Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665. Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] · Nr 70 — DONNERSTAG, 11. FEBRUAR 1932 — MORGEN-AUSGABE

Der Empfang bei Hindenburg

Entscheidung noch in dieser Woche

Reichskanzler Brüning hat gestern alsbald nach seiner Rückkehr aus Genf den Vorsitz in einer Kabinettssitzung geführt, auf deren Tagesordnung als wichtigster Gegenstand die vom Reichsfinanzministerium ausgearbeitete Notverordnung über die Bankenreform stand. Die Beratung dieses Verordnungs-Entwurfes ist aber nicht zu Ende geführt worden. Die Kabinettssitzung war nach kurzer Dauer zu Ende. Der Reichskanzler wird heute vom Reichspräsidenten zum Vortrag über Genf empfangen werden.

Das wichtigste und aktuellste Thema der inneren Politik, die Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl, wird in dieser Woche noch, wie in der „Vossischen Zeitung" bereits angekündigt wurde, dadurch zu einem gewissen Abschluß kommen, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg sich über die Annahme seiner Kandidatur erklären wird. Sie wird ihm nicht nur von dem Sahm-Ausschuß und anderen Ausschüssen, sondern auch von großen Verbänden, wie dem Kyffhäuserbund und dem Stahlhelm, angetragen werden.

Ueber den gestrigen Empfang der Stahlhelmführer Seldte und Düsterberg durch den Reichspräsidenten sind mehrere Versionen im Umlauf, u. a. die, daß dem Reichspräsidenten nahegelegt worden sei, mit seiner Erklärung über die Annahme der Kandidatur bis zum Zusammentritt des Reichstages zu warten. Das würde darauf schließen lassen, daß der „Stahlhelm" vor der offiziellen Proklamierung der Hindenburg-Kandidatur einen Kanzlerwechsel erwartet. Bei der Vertraulichkeit, die über Empfänge beim Reichspräsidenten selbstverständlich ist und streng gewahrt wird, ist eine Nachprüfung der verschiedenartigen Meldungen mit Zuverlässigkeit nicht möglich. Eines aber darf für gewiß gelten: daß der Reichspräsident, der sich nicht in den Kampf der Parteien einmischen, in ihn aber auch nicht sich hineinziehen lassen will, keine Zumutung akzeptieren wird, die seine Kandidatur mit irgendwelchen politischen Veränderungen oder Zugeständnissen in Zusammenhang bringen könnte.

Der Empfang gestern hat sich übrigens nicht nur auf die Stahlhelmführer beschränkt, es war auch der Vorsitzende des Kyffhäuserbundes, General von Horn, zugegen.

Zwischen den Vertretern der „Harzburger Front" sind gestern die am Dienstag wieder aufgenommenen Besprechungen fortgesetzt worden. Ihr negatives Ergebnis ist lediglich bestätigt worden.

Die „Harzburger Front" ist im Herbst gebildet worden als eine Zweckgemeinschaft zum Sturze des Kabinetts Brüning. Ihre parlamentarische Offensive im Oktober ist zurückgeschlagen worden, seither hat sich diese Front immer mehr gelockert. Heute ist sie nur noch ein Name, aber kaum mehr ein Begriff. Sie zerbröckelte bei dem hartnäckig wiederholten, aber aussichtslosen Versuch, sie zu einer Offensive gegen Hindenburg erneut zusammenzuschweißen. Ob Hugenberg sich von seinem Unentwegten als Kandidaten wird nominieren lassen, ist fraglich. Für gewiß darf gelten, daß die Nationalsozialisten einen eigenen Zählkandidaten aufstellen werden; da General von Epp abgelehnt zu haben scheint, wird Abgeordneter Dr. Frick genannt.

Frick gegen Hindenburg — in dieser Gegenüberstellung erschöpft sich auch die Kritik.

Schwarzenbergplatz

Von

KARL LAHM,

Berichterstatter der Vossischen Zeitung

WIEN, 10. FEBRUAR

Es ist ein sehr schöner Platz, mit dem Reiterdenkmal des fürstlichen Heerführers geschmückt. Man spricht schon seit längerem in Wien von einer „Politik des Schwarzenbergplatzes". Dort steht der Palast des Industriellenverbandes, der mit hohen Unterstützungen die Heimwehr großzügichtet hatte. Dort befindet sich auch im früheren Militärkasino das Parteisekretariat der Christlichsozialen. Und mit dem Blick auf das Schloß der Schwarzenbergs steht da, reich, aber für die Umgebung stilfremd, das kurz vor dem Krieg vollendete, mit mächtigen Bronzereliefs beladene Gebäude der französischen Gesandtschaft. Hier hat man die drei Komponenten der Politik des Schwarzenbergplatzes, die den neuen Regierungskurs vorbereitet hat.

Ist es ein französischer Kurs? Ist es ein legitimistischer Kurs? Daß es nicht mehr derselbe deutsche Kurs ist, der noch vor wenigen Wochen galt, das wird man trotz abgewogener Regierungserklärung Buresch II wohl überall eingestehen. Man soll es am Schwarzenbergplatz mit aller Deutlichkeit hören, daß die Absichten und Pläne der Politik des Schwarzenbergplatzes erkannt sind, daß sie im gesamtdeutschen Interesse als unerträglich bezeichnet werden müssen und daß die fremde Beeinflussung, der jetzt die österreichische Wirtschaft gewaltsam unterstellt werden soll, nicht hingenommen werden kann. Das gesamtdeutsche Interesse verbietet es, zu den Vorgängen in Wien zu schweigen, zumal das, was der Kreis um den Prälaten Seipel unternimmt, dem nationalen Willen von 95 v. H. der deutschösterreichischen Bevölkerung tatsächlich zuwiderläuft.

Noch hat Seipel die Uebernahme des Außenamtes abgelehnt, aber sein Einfluß ist im Augenblick überragend. Die Ernennung Dr. Kienböcks zum Präsidenten der „National-Bank" — Oesterreichs Reichsbank — ist sein Werk. Dr. Kienböck war der Anwalt der Bodencreditanstalt, deren Direktor einst jener Dr. Reisch war, der jetzt in der Nationalbank abgewirtschaftet hat. Die alte Bankverbindung der Seipel-Freunde bleibt bestehen. Dazu die Ernennungen in der Creditanstalt: ausländisches Direktorium. Nebst dem Holländer van Hengel auch Rist, obgleich die Franzosen kein Geld dort haben!

Schmitz, ein anderer Vertrauensmann Seipels, der ihn als Sturmbock gegen Schober verwandte, hat alles Mögliche dementiert, nur das eine nicht, daß er bei seinem Januaraufenthalt in Paris von dortigen „maßgebenden Persönlichkeiten" die Erklärung gehört haben will, Oesterreich sei nicht verhandlungsfähig, solange Schober im Amte bleibe. Damit war Dr. Buresch gezwungen worden, den Außenminister auszubooten. Die französische Anleihe soll jetzt kommen. Wird sie? Der „Temps" schreibt: „Nicht nur die Methode Schobers, sondern grade die Grundsätze seiner Politik werden aufgegeben werden müssen." Offiziös warnt denn auch die Regierung Buresch II, auf eine baldige Anleihe zu hoffen. Daß diese „Grundsätze", die deutsche Richtung, wirklich aufgegeben wurden, dafür soll Paris erst die Beweise erhalten. Man ist im Zuge, sie zu liefern.

Die Banken-Ernennungen erfolgten nach langer Aussprache mit dem französischen Gesandten Grafen Clauzel — dementiert und doch wahr. Die nächste Zeit muß noch weitere „Beweise" erbringen. Da wäre z. B. die Hinzuziehung eines französischen Beraters in die Verwaltung der Bundesbahnen eine schöne Geste, wo doch der französische Handelsattaché in Wien, Pouchol, ein Freund der völligen Loslösung der Bahn vom Staat ist, die auch von der christlichsozialen „Reichspost" schon anempfohlen wurde! Darlehen auf die Bahn erhielt jetzt Jugoslawien, alles Vorbereitungen für die Société Internationale des Chemins de fer Danubiens. Darlehen könnte es auch geben auf die Tabakregie, wo doch grade die Tschechoslowakei den zweiten Satz von ihren Tabak-Einnahmen für die neue französische Anleihe verpfändete. Die eigentliche donauföderalistische Aussprache soll von den Franzosen, wie es heißt, nicht vor April gewünscht werden. Bis dahin wird menschlicher Voraussicht nach die Ausblutung so weit fortgeschritten sein, daß die „sentimentalen" Widerstände viel geringere Bedeutung haben werden . . .

Wie will Seipel seine Pläne durchsetzen? „Keine Kombination ohne Deutschland", so hat er einst gesagt. Die früheren großdeutschen Koalitionsgenossen sind ausgeschaltet. Der Landbund wird wohl bald folgen. Seipel würde dann

Neuer Uebergriff in Memel

Landesdirektor Szigaud seines Amtes „enthoben"

Nach einer bisher unbestätigten Meldung ist Landesdirektor Szigaud, das einzige Mitglied des Memeler Direktoriums, das noch im Amte war, am Dienstag von dem „Landesdirektor" Tolischus gewaltsam seines Amtes enthoben worden. Szigaud gab beim Verlassen seines Amtszimmers eine schriftliche Erklärung ab, daß er wiederholt seine Bereitwilligkeit erklärt habe, die Amtsgeschäfte eines Landesdirektors weiterzuführen. Er werde jedoch an der Ausübung seines Amtes gehindert.

Freitag vor dem Rat?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 10. FEBRUAR

Staatssekretär von Bülow hat heute nachmittag dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, erneut einen Besuch abgestattet und ihn darauf hingewiesen, daß Deutschland auf einer beschleunigten Behandlung seiner Memelbeschwerde bestehen müsse.

Tatsächlich liegt trotz der Erkrankung des litauischen Außenministers Zaunius kein Grund für eine Vertagung der Angelegenheit vor, da Litauen hier in Genf sowohl durch seinen Pariser Gesandten Klimas wie durch den früheren Berliner Gesandten Sidzikauskas vertreten ist.

Auf Grund der erneuten deutschen Vorstellung wird nun wahrscheinlich spätestens am Freitag eine Ratssitzung über die Memel-Frage einberufen werden. Sollte Litauen seine Verschleppungsversuche fortsetzen und sich nicht vertreten lassen, so wird von deutscher Seite beantragt werden, daß ohne Litauen verhandelt wird.

DANZIG, 10. FEBRUAR

In einer Jubiläumsfeier polnischer Studenten in Danzig wurde in verschiedenen Reden die Forderung nach einer Vereinigung Danzigs mit Polen erhoben. Bemerkenswert war bei dieser Kundgebung die Anwesenheit von amtlichen Vertretern der Danziger diplomatischen Vertretung der Republik Polen. Der Senat hat jetzt gegen die betreffenden Studenten durch die in Frage kommenden Amtsstellen die entsprechenden Maßnahmen ergreifen lassen. Gleichzeitig wird in einer Note an die diplomatische Vertretung Polens gegen die Teilnahme amtlicher polnischer Personen an solchen gegen die Selbständigkeit des Danziger Staates gerichteten Kundgebungen Protest erhoben.

Sechs Kabinettsmitglieder in der Opposition

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 10. FEBRUAR

Bei den ersten Abstimmungen über den Zollplan stimmten mit Nein: 57 Sozialisten, 28 Liberale und 2 Unabhängige. Mit Ausnahme von vier Abgeordneten gehören die liberalen Opponenten sämtlich zur Samuel-Gruppe.

Von der Regierung stimmten gegen die Gesetzesvorlage der Innenminister Sir Herbert Samuel, Sir Donald Maclean (Unterrichtsminister), Sir Archibald Sinclair (Minister für Schottland), Isaac Foot (Minister für Bergbau) und die Unterstaatssekretäre Graham White und Sir Robert Hamilton.

Ein weiterer Abänderungsantrag der Arbeiterpartei, die Geltungsdauer des neuen zehnprozentigen Wertzolls auf ein Jahr zu begrenzen, wurde ebenfalls mit 345 gegen 52 Stimmen abgelehnt.

Auch im Oberhaus ist mit 73 gegen 7 Stimmen ein Antrag der Arbeiterlords abgelehnt worden, in dem der Beschluß MacDonalds verurteilt wurde, seinen eigenen Kabinettsmitgliedern die Abstimmung über das Regierungszollprojekt freizugeben.

*

Als künftige britische Freihäfen nennt man London, Bristol, Liverpool, Glasgow, Hull, Newcastle und vermutlich Leeth.

ohne Parlament regieren, mit der starken Hand. Nachher dürfen dann vielleicht Großdeutsche und Landbündler wiederkommen, wobei er irgendwie aufgeigen wird, daß die Kombination nicht ohne Deutschland war — freilich auch nicht mit Deutschland. Er wird ein großes Stück weiter in die Donaufoderation geiseuert sein, zu weit schon, um zurück zu können. Er wird irgend welche Bindungen eingegangen sein, als Retter des Vaterlandes, etwa von der Art des Genfer Protokolls von 1922, das er so unschuldig auslegte und das im Haag jetzt als Begründung für ein Gutachten gegen die Zollunion ausreichte!

Sind die Bundesbahnen preisgegeben, Monopole, anderes, so aus der Creditanstalt die wertvollen Industrien — dann mag man von wirtschaftlicher Freiheit in Oesterreich reden so viel man will. Nicht die Gefahr der Donaufoderation steht im Vordergrund, sondern der letzte Ausverkauf! „Verkaufts mein G'wand, ich fahr' in Himmel", sagt ein Heurigenlied. Wenn etwas Geld ins Land kommt, um für eine kleine Weile weiterzufretten, müssen doch alle den „Retter" preisen!

„Auch die Legitimisten sind Deutsche", versicherte jüngst Fürst Starhemberg in Berlin. Der Reiterfürst des Denkmals auf dem Platze, dem er den Namen gab, Karl Philipp Schwarzenberg, kämpfte abwechselnd mit und gegen Napoleon, auf dessen Wunsch er 1813 zum Feldmarschall ernannt wurde. Wird die Politik des Schwarzenbergplatzes sich wirklich durchsetzen, wird nicht eine nationale Welle hochgehen und dem traurigen altösterreichischen Spuk ein Ende bereiten? Dr. Seipels Feldgeschrei gegen den „Austromarxismus", als stünde dort der Feind, erschwert die nationale Sammlung, die von der „Arbeiter-Zeitung" heute gefordert wird. Was sich in Oesterreich gegenwärtig abspielt, ist überhaupt nur aus der unbestreitbar großen Führerkraft Seipels zu erklären. Mißbrauch der Volksnot! Doch der Widerstand regt sich schon; das Echo im Deutschen Reich könnte beitragen, den Anschlag zum Scheitern zu bringen.

Hainisch vor den Bauern

Die Gefahr, in der Deutschösterreich schwebt, hat den hochbetagten Altbundespräsidenten Michael Hainisch veranlaßt, aus seiner Zurückgezogenheit zu den Fahnen zu eilen. In einer aus weiter Umgebung massenhaft besuchten Versammlung kärntnerischer Bauern, zu welcher der Oesterreichisch-deutsche Volksbund eingeladen hatte, forderte er in begeisternden Worten dazu auf, sich zur Abwehr lebensbedrohender Pläne bereit zu halten. Starke Kräfte seien am Werk, die sogenannte Donaufoderation zu schaffen. Die Südost-Staaten, die unter der Agrarkrise leiden, erhielten dadurch die Möglichkeit, ihre Erzeugnisse in Oesterreich abzuladen. Die Donaufoderation wäre der Untergang des erbeingesessenen Bauernstandes. Es sei höchste Zeit, daß sich die Bauern ihrer Stärke bewußt würden und eine Einheitsfront bilden. Was sie brauchten, sei die sofortige Schaffung eines Getreide- und Schlachtviehmonopols. (Hierfür kämpft Dr. Hainisch schon seit vielen Jahren, und die Entwicklung hat ihm recht gegeben, da trotz starker Zollerhöhung und den Staatshaushalt zerrüttender Subventionen vor allem die Lage der Bergbauern trostlos geworden ist.)

Der Altbundespräsident schloß seine Rede mit den Worten: „Ich rufe alle Bauern auf, der Verwirklichung der Donaufoderation den stärksten Widerstand entgegenzusetzen."

Frankreichs Milliardendefizit

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 10. FEBRUAR

In der Kammer beziffert der radikalsozziale Lamoureux das Defizit für das kommende Budget 1932 auf rund 7,5 Milliarden Franken. Davon entfallen 4500 Millionen auf ungedeckte Ausgaben von 1931, 2000 Millionen betrage die Steigerung der öffentlichen Ausgaben, und falls Deutschlands Zahlungen, auf die man kaum rechnen könne, ausbleiben, kämen noch 1173 Millionen Franken hinzu.

Hoesch bei Rollin

Der französische Handelsminister Rollin hat den deutschen Botschafter von Hoesch empfangen, der, wie am Tage vorher bei Ministerpräsident Laval, über wirtschaftliche Fragen, vor allem über die Durchführung der französischen Kontingentierungsbestimmungen bei den deutschen Industrieprodukten verhandelte.

Konservative Nachwahlverluste

Die erste Nachwahl zum englischen Unterhaus fand für den Wahlbezirk Süd-Croydon statt. Bei einer wesentlich geringeren Wahlbeteiligung von nur 38 Prozent ging die Stimmenzahl der Konservativen um mehr als 50 Prozent von 40 672 bei der allgemeinen Wahl im Oktober 1931 auf 19 216 zurück, während die Stimmen der Arbeiterpartei mit 9189 gegenüber 9950 bei der allgemeinen Wahl fast konstant geblieben ist, unter Berücksichtigung der geringen Wahlbeteiligung aber eine relativ recht wesentliche Zunahme erfahren hat. Bei der Nachwahl im Bezirk New Forest entfielen auf den konservativen Kandidaten 23 327 Stimmen gegen 5135 für einen Unabhängigen Arbeiterparteiler. Bei den letzten Wahlen erhielt der konservative Kandidat 28 414 Stimmen.

Festessen im Haag

Am Montag, dem 15. Februar wird der Weltgerichtshof im Haag zehn Jahre bestehen. Das Jubiläum wird dadurch gefeiert werden, daß der jetzige Präsident des Gerichtshofes, Adatschi, ein Festessen gibt. An diesem wird Prinz Heinrich, der holländische Thronfolgemahl, teilnehmen.

Neue Unterschriften für Hindenburg

160 führende Namen aus allen Kreisen

Wie vom Hindenburg-Ausschuß mitgeteilt wird, haben sich folgende weiteren Persönlichkeiten dem Aufruf des Hindenburg-Ausschusses angeschlossen, sich in die ausliegenden Listen für die Nominierung Hindenburgs zur Volkswahl einzuzeichnen:

Staatsminister Wilhelm **Bazille**, Stuttgart, Franz **Behrens**, Vorsitzender des Reichsverbands ländlicher Arbeitnehmer, Prof. Dr. Friedrich **Bergius**, Heidelberg, Kardinal Dr. Adolf **Bertram**, Erzbischof von Breslau, Generaldirektor Dr. ing. e. h. **Bie**, Berlin, Prof. Dr. Karl **Bosch**, Ludwigshafen Konteradmiral a. D. Franz **Brüninghaus**, Berlin Landgerichtspräsident z. D. D. Dr. **von Campe**, Hildesheim, Dr. Karl **Diem**, Berlin, Prof. Dr. **Graf zu Dohna**, Bonn, Bürgermeister Dr. **Elsaß**, Berlin, Prof. **Erdmannsdörffer**, Rektor der Universität Heidelberg, Kardinal Dr. Michael **von Faulhaber**, Erzbischof von München-Freising, Generalsuperintendent **Gennrich**, Königsberg Prof. Dr. Friedrich **Giese**, Frankfurt, Walter **Graef**, Anklam, Alfons **von Ifenburg**, Langenselbold, Präsident des Allgemeinen Deutschen Jagdschutzvereins, Präsident des Reichsfinanzhofs i. R. **Jahn**, München, Generalleutnant a. D. Ernst **Kabisch**, Dr. ing. e. h. Moritz **Klönne**, Dortmund, Oberbürgermeister **Knorr**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtebundes, Landesbischof D. **Kortheuer**, Wiesbaden, Oberbürgermeister Dr. **Külz**, Dresden, Oberbürgermeister Dr. **Landmann**, Frankfurt am Main, Prof. **Lochlein**, Rektor der Universität Jena, Dr. **von Loesch**, Oberbürgermeister Dr. **Luppe**, Nürnberg, Reichskanzler a. D. Dr. Wilhelm **Marx**, Generalleutnant a. D. **von Maur**, Stuttgart, Geheimrat Prof. Dr. **Meinecke**, Berlin, Bürgermeister **Petersen**, Hamburg, Prof. **Poelzig**, Berlin, Oberbürgermeister **Poelchel**, Stettin, Kommerzienrat Hermann **Röchling**, Völklingen (Saar), Generalstaatsanwalt **von Röcker**, Präsident der Evangelischen Landeskirchenversammlung, Stuttgart, Frau Dr. Elisabeth **von Roon**, geborene Bassermann, Berlin, General der Infanterie a. D. **Freiherr von Soden**, Frau Irma **Stoß**, Hamburg, **Dr. Theinert**, Präsident des Landeskirchenamts Wiesbaden, Oberbürgermeister **Dr. Wagner**, Breslau, Generalpräses **Wolfer**, Düsseldorf.

Mit dieser Liste sind seit dem Aufruf am 1. Februar insgesamt 160 Namen bedeutender Persönlichkeiten öffentlich geworden, die den Aufruf zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg unterzeichnet haben. Der Ausschuß hat noch eine große Zahl weiterer Zustimmungserklärungen erhalten. Es konnte jedoch nur eine Auswahl veröffentlicht werden, die, wie wir hören, vorläufig abgeschlossen ist.

Hindenburg-Ausschuß in Württemberg

Wie in andern deutschen Ländern hat sich auch in Württemberg ein Ausschuß für die Wiederwahl Hindenburgs gebildet. Dem Ausschuß gehören u. a. an: Dr. h. c. Robert Bosch, Kommerzienrat E. Breuninger, Dr. Hugo Eckener, General z. D. Friedrich Gerok, Oberbürgermeister Dr. h. c. Lautenschlager, Staatsrat a. D. Dr. von Mosthaf, Staatsminister a. D. Dr. Pistorius.

In Leipzig hat sich ein Ortsausschuß gebildet, in dem Wissenschaft, Rechtspflege, Kunst und andere Gebiete von Kultur und öffentlichem Leben hervorragend vertreten sind. Die Universität durch die Professoren Apelt, Dessau, Brandenburg, Driesch, Oberreichsanwalt a. D. Ludwig Ebermeyer, Exner, Walter Goetz, den gegenwärtigen Rektor Theodor Litt, Morawitz, Richard Schmidt, L. L. Schuecking, Steindorff, Wiedenfeld, Witkowski und Wuerzburger. Das Reichsgericht u. a. durch den Senatspräsidenten Dr. David und die Rechtsanwaltschaft beim obersten Gerichtshof durch Justizrat Dr. Schroembgens, die Kunst durch Akademieprofessor Willi Geiger, Professor Dr. Richard Graul und den Thomas-Kantor Professor Karl Straube. Das Militär durch die Generalleutnants a. D. Gadegast und Loeffler, das ortsansässige Verlagsgewerbe durch Dr. Alfred Giesecke-Teubner und Dr. Felix Meiner.

1300000 Eintragungen

Die Zählung der beim Sahm-Ausschuß für die Hindenburg-Wahl eingelaufenen Stimmen ergab bis gestern abend 1 300 000 Eintragungen.

Gilsas Schmerz

Es fehlte ihm Hugenbergs Dach

Oberst a. D. von Gilsa, der kürzlich, wie berichtet, von der Deutschen Volkspartei zu den Deutschnationalen übergewechselt ist, hat nach Mitteilung des „Deutschen" in einer Denkschrift, die er kurz vor Weihnachten an seine damaligen Parteifreunde verschickte, vor seinem Uebertritt noch einmal versucht, die Politik der Volkspartei in seinem Sinne zu beeinflussen. In seinem Sinne, das heißt, wie aus der Denkschrift hervorgeht, in der sturen Gewerkschaftsfeindlichkeit der Schwerindustrie, deren Exponent Herr von Gilsa schon in der Volkspartei gewesen ist.

Gilsas Absicht war es, innerhalb der „Nationalen" Opposition einen privatwirtschaftlich orientierten Block zu schaffen, dessen Zweck sein sollte, in dem Augenblick, in dem der ersehnte Umschwung nach rechts getommen sein würde, den Kampf mit den Nationalsozialisten aufzunehmen, deren privatwirtschaftsfeindlichen Charatter er sehr wohl erkennt. Der Grund, aus dem sich Gilsa von der Volkspartei trennte, deren Politik an sich doch allen billigen Anforderungen an reaktionärer Gesinnung in Wirtschaftsfragen Genüge leistet, war, daß sie „bisher niemals den ernsthaften Versuch gemacht hat, zu einer tragbaren Verständigung mit Hugenberg zu kommen." Die Deutsche Volkspartei hätte sich nach seiner Meinung mit den Deutschnationalen, mit Teilen der Wirtschaftspartei und mit Teilen des Landvolks zu einer „Dachgesellschaft" unter Hugenbergs Führung zusammentun sollen, die alle „bürgerlich-privatwirtschaftlich orientierten Elemente innerhalb der Nationalen Front" zusammengefaßt hätte. Da offenbar Dingeldey die Zumutung, sein eigenes Häufchen, in dem er Führer spielen darf, aufzulösen, zurückwies, vollzog Gilsa für sich den Anschluß nach rechts, den seine Partei ablehnte.

Ueber die inneren Gegensätze, die die „Nationale Opposition" spalten, macht sich Herr von Gilsa keine Illusionen: „In rein nationalen, besonders in außenpolitischen Fragen stimmen wir innerhalb der Nationalen Front überein. In wirtschaftlichen und finanziellen Dingen sind noch zum Teil starke Gegensätze bezüglich des einzuschlagenden Weges vorhanden. Wenn wir in wirtschaftlicher Hinsicht auf die Nationalsozialisten einwirken wollen, müssen wir innerhalb der Nationalen Front eine möglichst starke privatwirtschaftlich orientierte Gruppe bilden. Wenn Hitler und sein Wirtschaftsstab wirklich die feste Absicht haben, den Kern des privatwirtschaftlichen Systems unangetastet zu lassen, so werden sie es auch leichter haben, ihre Leute umzustellen, wenn sie bei dieser geistigen Erziehung ihre Anhänger auf eine starke privatwirtschaftliche Gruppe in der Nationalen Front hinweisen können . . ."

Interessant ist aber, daß er nicht nur wirtschaftliche, sondern auch konfessionelle Spannungen entdeckt. „Eine Verbindung zwischen Hitler und dem Zentrum, ohne daß vorher die Nationale Front durch Bildung einer bürgerlichen Gruppe gestärkt worden ist, ist auch deshalb gefährlich, weil dann die konfessionellen Gegensätze in Deutschland wieder stark aufleben würden. Hitler und seine gesamten engeren Mitarbeiter sind katholisch, nur sein Sekretär Heß ist evangelisch. Käme eine Verbindung Hitler—Zentrum zustande, so würde der protestantische Norden dagegen Front machen."

So bestätigt auch diese Denkschrift das herzerfreuende Bild, das man von der inneren Homogenität im „nationalen" Lager hat. Ein jeder aus der bunten Schar, die sich dort zusammengefunden hat, ballt die Faust in den Taschen, bereit, in der ersten Pause, die der Kampf gegen das „System" läßt, die Auseinandersetzung mit seinen Bundesgenossen aufzunehmen. Gedächtnis solle der sein, der die Nationale Front verrät, hieß es so schön in Harzburg. Wer wird nun wen ächten?

Relegiert

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HALLE A. S., 10. FEBRUAR

Der Schriftleiter der Halleschen Universitätszeitung, der nationalsozialistische Student Günther Stöve, wurde vom Senat der Universität Halle wegen Störung der Sitte und Ordnung des akademischen Lebens mit der Relegation bestraft.

Stöve hat als Schriftleiter der Universitätszeitung verantwortlich gezeichnet für eine ganze Reihe gehässiger Angriffe gegen Prof. Dehn. U. a. hatte er in einem Artikel beleidigende Karikaturen zum Abdruck gebracht und über die Tätigkeit Prof. Dehns in Holland, als Pfarrer in den Internierten-lagern, unwahre Behauptungen verbreitet. Stöve hatte fest versprochen, diese Unwahrheiten zu widerrufen, er hat aber sein Wort nicht gehalten.

Freiwilliger Arbeitsdienst auch für Akademiker

Der Rektor der Universität Leipzig, Professor Dr. Litt, hat als Vorsitzender des Kuratoriums der akademischen Selbsthilfe beim Reichsarbeitsminister beantragt, daß die Verordnung über Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes vom 23. Juli 1931 dahin abgeändert wird, daß solche Personen, die bisher in der Ausbildung für ihren Beruf standen und die diese Ausbildung beenden oder abbrechen, aus den Mitteln, die der Reichsanstalt vom Reichsarbeitsminister zur Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes zur Verfügung gestellt werden, Förderung erhalten können. In erster Linie ist dabei an Akademiker gedacht, die wegen Mangel an Mitteln ihr Studium nicht beenden können oder nach Abschluß des Studiums keine Anstellung finden.

Abgeordneter Lohse verurteilt

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Lohse aus Altona wurde vom Schöffengericht Harburg-Wilhelmsburg wegen Beleidigung des Preußischen Ministerpräsidenten Braun und des Ministers Severing zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt; der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt. Lohse ist dadurch bekannt geworden, daß er im Verein mit dem früheren nationalsozialistischen Minister Frantzen durch mißbräuchliche Verwendung seines Abgeordnetenausweises einen Parteifreund bei den Krawallen anläßlich der Eröffnung des Reichstages vor der Feststellung durch die Polizei bewahren wollte.

Kunstprofessor Hitler

Staatsminister Baum gegen Frick

Der Vorsitzende des Thüringer Kabinetts, Staatsminister Baum, **nimmt** in einer Erklärung Stellung zu der Bemerkung des ehemaligen **Ministers** Dr. Frick, daß die Thüringer Regierung seinerzeit durchaus kein Verständnis dafür gezeigt habe, die Frage der Einbürgerung Hitlers von sich aus im deutschen Sinne zu erledigen, so daß ihm, Minister Dr. Frick, nichts anderes übriggeblieben sei, als selbst die Lösung zu versuchen.

Minister Baum erklärt: „Ich habe damals dem Herrn Dr. Frick gegenüber, als dieser in einem persönlich geführten Gespräch den Wunsch auf Einbürgerung des Herrn Hitler in Thüringen berührte, die Berechtigung des Wunsches unumwunden anerkannt. Allerdings habe ich Herrn Dr. Frick, als dieser mit dem Gedanken der Berufung des Herrn Hitler in ein bei der Staatlichen Hochschule für Baukunst, bildende Künste und Handwerk frei gewordenes Amt hervortrat, auf die im Kabinett zu erwartenden Schwierigkeiten hingewiesen. **Die darauf von Staatsminister Dr. Frick an mich gestellte Zumutung, gemeinsam mit ihm, unter Ausschaltung des Kabinetts, Herrn Hitler ein Staatsamt zu übertragen, habe ich zurückgewiesen.** Es geschah dies vor der Kabinettssitzung vom 15. April 1930, in der mit Stimmenmehrheit die Antwort auf eine Kleine Landtagsanfrage wie bekannt, dahin festgestellt wurde, daß es das Staatsministerium ablehne, Herrn Hitler die Thüringer Staatsangehörigkeit durch eine Proforma-Berufung in ein Amt zu verschaffen."

Für ihn, Minister Baum, hätte bei einer etwaigen Einbürgerung Hitlers nur der gerade, offene, legale, der wahrhaft deutsche Weg, niemals aber eine Scheinmaßnahme in Frage kommen können.

Eine nicht-loyale Handlung Dr. Fricks erblicke er besonders auch darin, daß die Anstellung versucht wurde, ohne dem vorsitzenden Minister, bei der damals durchaus einheitlichen Kampfgemeinschaft, bei der das Kabinett damals vollkommen auf der Seite Fricks stand, von der Durchführung seiner Absicht irgendeine Mitteilung zu machen.

Der diskrete Schimmer

Im „Ring" sucht Hans Prinzhorn seine Wendung zum Nationalsozialismus idealistisch zu untermauern Nicht ohne artistischen Reiz ist sein Bemühen, die nationalsozialistische Rassentheorie mit sich zu versöhnen:

„Rassenfragen sind in der Tat wichtig und müssen offen behandelt werden. Aber man darf sich ein paar indiskrete Wahrheiten nicht verhehlen: statistisch dürfte nach meinen Erfahrungen ein nicht unerheblicher Teil unserer städtischen Mitmenschen weiter als drei Generationen rückwärts frei von semitischem Einschlag sein. Daß die mit 25 bis 12 v. H. angemischten Individuen die heftigsten Reinheitsdoktrinäre sind, ist oft behauptet worden — meine Erfahrungen bestätigen es. Will man also mit seinen auf dem Papier klaren Grundsätzen nicht allzu häufig bei seinen bewährtesten Freunden in Verlegenheit kommen, so empfiehlt sich auch hier wiederum die Tugend der intellektuellen Redlichkeit. Man muß sich kraft ihrer nämlich entscheiden, ob man sich selbst oder die nahen Freunde, in deren Ahnentafel oder Antlitz ein noch so diskreter Schimmer des Orients erscheint, mit dem Buchstaben töten oder mit dem Geist der Liebe und der Kraft des klaren Urteile gerecht werten will."

Gute Erfolge mit Arbeitsstreckung

Auf der Reichskonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes in Bochum sprach der Bezirksleiter Hoffmann über die bisherigen Erfahrungen und Erfolge des Krümpersystems, durch das im niederschlesischen Bergbau 1864 Bergarbeiter in Arbeit bleiben konnten, die sonst erwerbslos geworden wären. Beachtenswert sei besonders, daß der Krankenstand der Belegschaft sich stark verbessert habe. Auch die Befürchtung der Unternehmer, daß durch den Wechsel der Belegschaft die Leistungsergebnisse zurückgehen würden, hätte sich als grundlos erwiesen; im Gegenteil sei ein weiteres Steigen der Schichtförderanteile zu verzeichnen.

Weshalb S.-A.-Appell?

Der Diktator und seine Parteitruppe

Hitler hat jetzt die „S.A." im Sportpalast und die „S.S." in der Tennishalle versammelt. Ein ungewöhnlicher Vorgang. Der „Führer" umwirbt seine Prätorianer. Die Spannungen zwischen Partei und Parteitruppe beleuchtet der nachstehende Bericht, der uns von gut informierter Seite zugeht:

Bei Personalkämpfen innerhalb der Führerschaft der N. S. D. A. P., besonders deutlich nach Hitlers Information an Dr. Goebbels und Frick über seine Verhandlung mit dem Reichskanzler Dr. Brüning, die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten von Hindenburg betreffend, wurde die Gegnerschaft der S. A.- (Wehrverband der Partei) und S. S.-Schutzstaffel (Parteipolizei) gegen die „Septemberlinge" der Partei ausgespielt. Das Mißtrauen von S. A. und S. S. richtet sich gegen den Einfluß der Parteimitgliedschaft jüngeren Datums, die in „betriebsamer Geschäftigkeit" bereit sind, Grundsätze aufgebend, „um Machtbeteiligung zu schachern". Man spricht von diesen Vertretern als „Konjunkturpolitikern", sobald ihnen ein Parteiamt zufällt. Hitler hat vor der S. A. und S. S. seine eigenen Beauftragten bei bekanntgewordenen Verhandlungen nicht gedeckt; wenn die bedenklichen Anbiederungen an die Industrieführer durchsickerten, beruhigte Hitler mit dem Hinweis, es seien „private Verhandlungen".

Bisher bestand die Gepflogenheit, die S. A.- und S. S.-Führer durch die Gauleitungen politisch zu informieren. Die Fronde der Unterführer gegen mißliebige Funktionäre der Umgebung Hitlers wurde sehr unbequem, als Hitler selbst verhandelte. Jahrelang standen die Mittelsmänner im Mißtrauen der S. A., nunmehr fügte sich Hitler selbst dem Weg des geringsten Widerstandes seiner Partei. Künftig sollen nunmehr die S. A.- und S. S.-Führer direkt von der Parteireichsleitung die politischen Informationen erhalten. Bis zu den Standartenführern wird ein Informationsdienst eingerichtet, der direkt von der Parteileitung geleitet wird.

Die parteiamtliche „Verordnung" dieser Maßnahme ist noch nicht erfolgt, vielleicht auch nicht beabsichtigt, doch geht die Meinung der S. A.-Führer dahin, daß auf längere Zeit die S. A. auf die Politik der Parteireichsleitung ihren entscheidenden Einfluß gesichert hat.

Diese inneren Vorgänge erklären die Haltung Hitlers in den letzten Wochen, die Versicherung der S. A. und S. S. Gefolgschaft für den Kurs der Reichsparteileitung in den kommenden Wochen durch besonders engen Kontakt läßt an Klarheit über den weiteren Weg nichts zu wünschen übrig.

Reichsbanner-Bundesamt in Berlin

Der Vorstand bleibt in Magdeburg

Die Bundesführung des Reichsbanners hat in Berlin ein politisches Bundesamt errichtet, das besonders dazu dienen soll, die Beziehungen zwischen dem Reichsbanner und den Zentralbehörden und Parlamenten enger zu gestalten. Die Leitung des Berliner Bundesamts hat der Geschäftsführende Bundesvorsitzende Karl Höltermann übernommen. Höltermann hat sich bereits vor einigen Wochen von seinem Amt als Chefredakteur der „Magdeburger Volksstimme" beurlauben lassen, um sich vollständig der Reichsbanner-Arbeit zu widmen. Auch der Bundes-Generalsekretär Gebhard ist nach Berlin übergesiedelt. Die Geschäftsführung des Bundes bleibt im übrigen auch weiterhin in Magdeburg.

Klare Abwehrfront der Polizei

Gegen den Faschismus

Die Polizeibeamten-Vereinigung der Deutschen Staatspartei hat in ihrer letzten überfüllten Kundgebung in den Germaniasälen am 11. Januar durch einmütigen Beschluß zu erkennen gegeben, daß sie den Staat in seiner heutigen Form gegen jeden Angriff der Nationalsozialisten zu schützen gewillt ist. Sie wendet sich jetzt mit einer großen Kundgebung am Montag, 15. Februar, 20 Uhr, in den Germaniasälen an die Oeffentlichkeit, um auch nach außen hin dem republikanischen Deutschland zu zeigen, daß die Polizei fest auf dem Boden der Verfassung steht und gegen den Terrorkampf der Faschisten in einer Reihe mit der Eisernen Front und der Republikanischen Aktion marschiert. Das Hauptreferat des Abends hält der staatsparteiliche Reichstagsabgeordnete, 2. Bundesvorsitzender des Reichsbanners, Ernst Lemmer, über das Thema: „Die klare Abwehrfront der Polizei gegen den Faschismus". Anschließend sprechen: der frühere braunschweigische Polizeiminister Rönneburg, Landtagsabgeordneter Major a. D. Hauff als Vertreter der Republikanischen Aktion, Dr. Nowak als Vertreter der Eisernen Front.

Stellenabbau im Reichsverkehrsministerium

Ueber die bereits gemeldete Vereinfachung im Reichsverkehrsministerium erfahren wir noch, daß außer der Zusammenlegung der Abteilungen der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums für 1932 24 Köpfe Personal weniger erfordern wird, als der Haushalt 1931. Die daraus folgende Ersparnis beträgt pro Jahr fortdauernd 185 000 Mark. Unter den fortgefallenen Stellen befinden sich außer den beiden Ministerialdirigenten zwei Ministerialratsstellen, eine Stelle für Oberregierungsräte, drei für Regierungsräte und zwei weitere Hilfsarbeiterstellen im Referentendienst.

Keine Volkszählung 1932

Die kommunalen Spitzenorganisationen haben sich an den Reichswirtschaftsminister gewandt und ihn gebeten, in diesem Jahre eine Volkszählung vornehmen zu lassen. Der Reichswirtschaftsminister hat mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage bei Reich, Ländern und Gemeinden eine Volkszählung im Jahre 1932 nicht stattfinden kann.

Bozener Zahlen

Die Ergebnisse der letzten Volkszählung in der Bozener Provinz betrugen 195 177 Deutsche, 65 508 Italiener und 1885 Slawen.

Zum Tode Edgar Wallaces

Im Alter von 57 Jahren starb, wie wir bereits in einem Teil unserer gestrigen Abendausgabe berichteten, in Hollywood der bekannte Kriminalschriftsteller Edgar Wallace, der seine Laufbahn als *einfacher* Soldat *mit* Kriegsberichten aus Südafrika begann.

Soviel man weiß, hat ihn keine Höllenmaschine umgebracht. Auch trieb ihn kein steuerloser Wagen dem gähnenden Abgrund zu. Nicht einmal ein Mörder, der aus einer verschobenen Geheimtür trat und ein Messer zückte, war im Spiel.

Seinen schlichten Tod indeß überdauert sein Bild:

Klein und beleibt — die lange Zigarettenspitze, die sich vom Mundstück aus kegelförmig erweiterte, in den linken Lippenwinkel gekerbt — schritt er durch diese Welt, von der ihm bekannt war, daß sie es dem Verlauten nach für unmöglich hielt, nicht von ihm gefesselt zu werden: er durchschritt sie in dem Bewußtsein, die mürrische Langeweile jeder Eisenbahnfahrt in ihr schmackhaftes Gegenteil verkehren zu können und durchaus imstande zu sein, die gestreckten Stunden einer schlaflosen Nacht zu knappen schlanken Minuten zu verkürzen.

Die pfiffigen, stets etwas zusammengekniffenen Augen seines kahl geschorenen starkknochigen Rundkopfs grüßten uns nicht ohne einen heiteren Zuschuß ermunternden Wohlwollens von jeder Umschlagseite seiner Bücher; der zwiefarbene Glanz von Missetat und Schurkereien webte um eine Stirn, die eigentlich für die Ehrbarkeit ernsten Geschäftsgebarens geschaffen schien; und für die Echtheit seiner Verfasserschaft bürgte die lässig aufs Genick gestülpte schwarze Melone, die so rechtschaffen aussah, daß sie schon wieder verworfen wirkte.

So lebte er für diese Welt, und so verließ er sie.

Er war ein Begriff geworden: der Inbegriff einer Schriftstellerei, die mit erstaunlichster Leichtigkeit Band um Band aus dem massiven Handgelenk schüttelte oder wenigstens in die Wachsrolle des Diktaphons hineinschmetterte ...

Wieviel Romane, wieviel Theaterstücke er so dahergeschüttelt oder dahingeschmettert hat, weiß niemand. Er selbst wird es auch kaum gewußt haben. Wie fleißige Männer dergleichen gemeinhin nicht haargenau zu wissen pflegen ...

Dennoch bleibt dies zu seinem unzerstörbaren Ruhm:

Er kannte die heimliche Sehnsucht nach dem Ungesetzlichen, dem Unguten, dem Abenteuerlichen, das sich nun einmal am liebsten mit Falltüren und abstürzenden Flugzeugen, mit heimtückischen Versenkungen und falschen Bärten, mit seltsamen Daumenabdrücken oder unvertrauten Giften verbündet: er ahnte, daß sich der Mensch im Bösen gern wie in einem jener unregelmäßig geschliffenen Spiegel beschaut, die das wirkliche Gesicht zwar verändern, aber auch noch aus den entstellten Zügen eine verwandte Gemeinschaft mit dem Urbild ahnen lassen.

Und er begriff wie kein anderer die versteckte kindliche Leidenschaft, die den Leser befällt, wenn man ihm ein paar Teile zeigt, die alle um etwas in der Mitte Liegendes gruppiert sind, das auf dem Weg über verschiedene Etappen des Nachdenkens erraten sein will: unfehlbar schätzte er den Reiz, der darin enthalten ist, wenn der Funke des Verstehens zündet und auf der vorletzten Buchseite den dunklen Mittelpunkt plötzlich erhellt. Und er wußte zugleich, daß man als Autor mit diesem Tun dem Scheckbuch vortreffliche Dienste leistet.

Mit einem Worte: er kannte seine englischen Leser.
Und da er die englischen kannte, kannte er nebenher auch die deutschen Bücherverzehrer und obendrein die von rund zwanzig anderen Nationen. In zwanzig Sprachen übersetzt, tummelte sich sein Werk um den lesenden Erdball herum ...

*

Er wird Nachfolger finden. Ob sie gleich ihm endlos lange Telegramme verfassen, auf Pferde wetten, Golf schlagen und vor allem dreitausendsechshundert Worte Roman in der Stunde herunterdiktieren werden, steht zwar noch dahin.

Ebenso wie es dahinsteht, ob auch sie von „Zinkern" und „Hexern" berichten oder von den „Vier gerechten Männern" erzählen können. Oder ob auch sie mittels eines Vierakters bösartige Gangster „auf den Fleck" schicken wollen.

Aber die falschen Bärte und die Gifte, die Falltüren und die Daumenabdrücke werden sie uns erhalten. Auf jeden Fall solange, als es noch — Eisenbahnfahrten, Schlaflosigkeit und kindlich erwartungsvolle Menschengehirne gibt!

Harry Schreck.

Panait Istrati spricht. Wir kennen ihn aus bunten Geschichten, über denen die Sonne des Orients zittert. Donaudelta, armselige Dörfer *und der mörderische Hafen von Braila* werden lebendig bei seinem Namen. Lastträger, Kuchenbäcker und verwegene Banditen, Verfolgte und Entrechtete auferstehen, wo man ihn nennt. Allen Gestalten, die neben seiner harten, verhungerten Jugend herlaufen, brennt — wie ihm selbst — ein Herz in der Brust, das nach den Schönheiten des Lebens und nach der großen Gerechtigkeit dürstet ... Und nun sitzt er vor uns, ein Herr aus Paris, der ein nervöses und leises Literatenfranzösisch spricht, ein Herr mit einem strengen Asketenkopf, aber einem urbanen Mund, der *lächeln kann, und will uns sagen,* wie sich heute die Kunst und das Gebot der Menschlichkeit zueinander verhalten.

Mit glänzenden Formulierungen über die Kraft der Kunst, das Leben zu steigern und die Liebesfähigkeit zu vermehren, beginnt er. Seine Sätze sind architektonisch klar und von jener Perspektive, die beinahe ins Leere geht. Aber bald triumphiert diese harte kantige Stirn über die Hand, die den französischen Essaystil nachschreibt. Das östliche Element, der Hang zum Bekenntnis mit dem Blick auf Gott, den Panait Istrati Totalität oder die gerechte Schönheit (la beauté judiciaive) nennt, drängt durch. Was war im 19. Jahrhundert die Literatur? Geschwätz und Geschäft. *Ist sie heute etwas anderes? Kann sie, kann die Kunst überhaupt* der universalen Liebe dienen in einer Zeit, die nur an Geld, an Egoismus, an die Gerissenheit von Gaunern glaubt? Sie kann es nicht, sie liefert sich einem weisen Skeptizismus aus und verzichtet auf ihren Beruf. Solange der Mensch hungert, hungert er auch nach der Schönheit und nach der Gerechtigkeit. Aber die Zivilisation hat uns satt und träge gemacht oder soweit verelendet, daß wir uns von Schlagworten nähren an Stelle von Sehnsuchten nach der großen Liebe.

„Wir alle sind faul", ruft der Dichter aus und spannt sein Wort über Orient und Okzident. Der Materialismus hat uns die Erde unter den Füßen fortgezaubert. Die Apokalypse ist über uns.

Panait Istrati schonte weder sich noch seine Zuhörer. Ein ernster Mensch sprach, der die Eitelkeit von sich abgetan hat. Von ihm strahlte die Größe derer aus, die durch hundertfaches Leiden, tausendfach im Glauben an den Sieg der ewigen Liebe bestärkt werden.

Die „polnische Minderheit" in Pommern

Ein Meineidsprozeß mit politischem Hintergrund

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

STOLP, 10. FEBRUAR

Als der Führer des polnischen Minderheitschulwesens in Pommern, Jan Bauer, am 16. März v. J. vor Gericht unter Eid aussagte, daß er keine nationalpolnische Propaganda treibe und nicht für die Errichtung polnischer Minderheitsschulen agitiere, gab er den Anlaß zu dem Meineidsprozeß, der jetzt gegen ihn vor dem Schwurgericht in Stolp unter großem Andrang des Publikums verhandelt wird. Nicht weniger als 75 Zeugen werden die Tätigkeit des Leiters eines polnischen Schulvereins in Deutschland nach allen Richtungen hin durchleuchten.

Der Stolper Prozeß lenkt zum ersten Male das Interesse der Oeffentlichkeit auf die kleine „polnische Minderheit" in Pommern. Diese Minderheit ist fast ausschließlich in dem unmittelbar am Korridor gelegenen Kreis Bütow ansässig und spricht kassubischen Dialekt. Dieser Dialekt war es auch, der den Angeklagten nach seiner Aussage veranlaßt hat, eine aus der Vorkriegszeit stammende ultranationalistische kassubische Hymne mit seinen Anhängern einzuüben.

Die Anklage wirft dem Angeklagten ferner vor, er habe entgegen seiner Eidesaussage großpolnische Propaganda betrieben. Als Beweis wird ein Wahlaufruf Bauers herangezogen, in dem nach einer allerdings von der Verteidigung beanstandeten Uebersetzung mit dem Bruch der Loyalität gegenüber der deutschen Mehrheit gedroht wird. Er soll weiter Mitglied einer militärisch organisierten Pfadfindergruppe in Polen gewesen sein. Schließlich zieht die Anklage in Zweifel, daß Bauer, der vorübergehend in polnischen Schuldiensten stand, tatsächlich sein polnisches Amtsverhältnis ganz gelöst habe. Hierzu führt sie das Schreiben eines anderen Minderheitsschulleiters an Bauer an, der eine Order zu einer Konferenz ins Konsistorium zu Posen enthält.

Der Hauptbelastungszeuge Staatsförster Zimmermann, Gemeindevorsteher des Grenzdorfes Oslawdamerow im Kreis Bütow, sagte heute aus, daß erst mit dem Erscheinen Bauers die politische Unruhe in den Ort hineingetragen worden sei, der gar keine eigentliche polnische Minderheit, sondern nur einen kaschubischen Bevölkerungsteil habe. Die Deutschfühlenden hätten sich nicht mehr auf der Straße zeigen dürfen, ohne auf das gemeinste beschimpft zu werden. Bei einigen mit Polen sympathisierenden Familien sei, obgleich ihre Ernährer zum Teil ohne Arbeit waren, eine so auffällige Besserung in der Lebenshaltung festzustellen gewesen, daß man daraus nur auf bedeutende Geldzuwendungen von polnischer Seite schließen könne.

Mehrere andere Zeugen aus Oslaw-Damerow bekundeten, daß Bauer im Februar 1930 in einem Vortrag gesagt habe, wenn alle treu zusammenhielten, würde noch einmal die Zeit kommen, wo Polen bis Stolp und bis zur Oder reiche...

Die beiden Abrüstungstheorien

Die Pariser Presse zieht Zwischenbilanz

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 10. FEBRUAR

Die Großmächte haben — bis auf die noch ausstehende Rede des russischen Außenkommissars — in Genf gesprochen. In Paris versucht man, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Im ganzen ist man in den offiziösen Kreisen mit dem bisherigen Verlauf der Abrüstungskonferenz nicht unzufrieden. Nach den vielen pessimistischen Prophezeiungen, die es vorher gegeben hat, ist es schon beinahe als ein Erfolg zu betrachten, daß die Sitzungen bisher in Genf so ruhig und in so gemäßigtem Ton verlaufen sind. Das scheint die vorherrschende Meinung bei den Konferenzteilnehmern zu sein.

Die programmatischen Reden der Großmächtevertreter haben aber auch schon eine gewisse Klarheit über die praktischen Aussichten der Konferenz geschaffen. Der „Temps" präzisiert die bisherigen Ergebnisse dahin, daß sich zwei Methoden gegenüberstehen, die durch den Plan Tardieus und durch die grundsätzlichen Forderungen Brünings gekennzeichnet sind. Natürlich erklärt sich der „Temps" für die Methode Tardieu und für — internationale Schutzmaßnahmen, wodurch die Rüstungen der einzelnen Länder allmählich überflüssig würden. Die These Brünings dagegen, die Forderung sofortiger unbedingter Abrüstung genüge noch nicht, um Kriegsgefahren zu beseitigen, denn auch bei noch so starker Verminderung der Rüstungen bliebe das Potentiel de guerre übrig, das eben internationale Schutzmaßnahmen erforderlich mache.

Der Rede Brünings habe „der Sinn für die Realitäten gefehlt, der die wertvollste Gabe des wahren Staatsmanns ist".

Uebrigens aber hat zumindest die Form der Rede Brünings auch in Frankreich einen günstigen Eindruck gemacht. Das Unbehagen, das die Rechtsblätter über den Erfolg Brünings zur Schau tragen, wird durch die Stimmung der Linken kompensiert. So schreibt die „Volonté": „Der Kanzler Brüning hat jede Brutalität und jede Zwangsmahnung vermieden. Sein Standpunkt ist trotzdem gut verstanden worden." Aehnlich die „République": „Der Weg steht offen. Die Rede Brünings ist sehr gemäßigt. Sie enthält keine Formel, die das Projekt Tardieu zu ruinieren sucht, und der klassische Vers über die Rüstungsgleichheit klingt mehr wie eine obligatorische Litanei als wie eine Provouérie. Der Kanzler hat sogar einen gewissen Mut gezeigt mit seinen Worten, aus denen viel eher die Sorge hervorgeht, eine internationale Einigung zu erleichtern, als den Hitler-Leuten zu gefallen."

Das einzige Blatt der Linksparteien, das sich kritischer zu Brüning verhält, ist die Herriot nahestehende „Ere Nouvelle": „Wenn man noch eine Berechtigung hätte suchen müssen für die von Frankreich proklamierte Notwendigkeit, der Justiz des Völkerbundes ein Schwert in die Hand zu geben, dann fände man sie leicht in der Rede des Kanzlers Brüning. Nicht etwa, daß diese Rede provozierend oder kriegerisch war. Der Redner war ganz Salbung und seine Rede ganz Honig. Der ewige Vorstoß gegen die Verträge, die unermüdliche Sucht, ihre Revision zu fordern, das ist im Grunde das verhüllte, aber höchst reale Thema der Rede Brünings gewesen, und die Abrüstungsfrage war nur ein Vorwand, um die große deutsche nationale Forderung noch einmal darzulegen."

Türkische Gäste in Berlin

Der türkische Außenminister, Tewfik Rüschdi Bey, hat sich auf der Durchreise nach Genf zur Abrüstungskonferenz in Berlin aufgehalten. Zu Ehren des Gastes gab der türkische Botschafter ein: Diner, an dem der russische Botschafter, der griechische Gesandte, die Reichsminister Dietrich und Groener, Admiral Räder, der Gesandte Prüfer und Graf Tattenbach teilnahmen. Abends war Rüschdi Bey Gast der Reichsregierung.

Interessant waren die Erzählungen des Ministergastes, der seit 1925 die türkische Außenpolitik leitet, über seine Reise von Teheran — wo er die neuen Grenzverträge zwischen Persien und der Türkei unterzeichnete — nach Moskau. Infolge starker Schneeverwehungen war der Bahnverkehr unterbrochen, und drei Junkers-Flugzeuge mußten die Delegation nach Tabkeri am Kaspischen Meer bringen. Von dort brachte sie ein Schiff bis zum Anschlußpunkt des Expreßzuges nach Moskau.

Exkaiserin Yi †

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 10. FEBRUAR

In einem baufälligen früheren Tempel in einer engen Straße Pekings, die zu den schmutzigsten der Stadt gehört, ist die Witwe des früheren Kaisers von China, Tungtschi, die Exkaiserin Yi, gestorben. Sie lebte dort seit einiger Zeit völlig verarmt in Abgeschiedenheit, und kaum einer ihrer Nachbarn wußte, wer sie war.

Chinesische Riesenverluste am Taling

Nach einer Meldung der Agentur Indopacifique aus Peking, soll es zwischen Chinesen und Japanern in der Mandschurei am Taling-Fluß in der Nähe von Kintschu zu schweren Kämpfen gekommen sein.

Dabei sollen tausend Chinesen ums Leben gekommen und 1200 Chinesen von den Japanern gefangen genommen worden sein.

Waffen für Fernost

WASHINGTON, 10. FEBRUAR. (T. U.)

Die großen amerikanischen Verschiffungen von Waffen und Munition nach dem Fernen Osten dauern an. Der Antrag des Abgeordneten Fish-New York, der ein Verbot dieser Ausfuhr vorsah, ist auf Antrag von Staatssekretär Stimson zurückgestellt worden. Hohe Beamte erklärten, der Antrag von Fish könne eine unerwünschte Wirkung auf die Friedensverhandlungen im Fernen Osten haben.

*

Die Fenster des japanischen Generalkonsulats in Hamburg sind von kommunistischen Ruhestörern durch Steine eingeworfen worden. Einer der Burschen konnte verhaftet werden; die kommunistische Presse hatte in den letzten Tagen aufs heftigste gegen Japans Vorgehen in China polemisiert.

Tragödie des Slowakenführers Tuka

Der tschechoslowakische Justizminister hat die Ueberführung des im Jahre 1929 wegen „Hochverrats" zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilten slowakischen Professor Tuka in das Gefängnis des Preßburger Kreisgerichts angeordnet. Während der dreijährigen Kerkerhaft hat sich das Augenleiden Tukas so verschlimmert, daß der Verlust des Sehvermögens zu befürchten ist. Tuka wird täglich in Begleitung eines Justizsoldaten zur Behandlung in die Augenklinik geführt werden. Nach einem Bericht der „Lidowe Nowini" hat der von seinen slowakischen Parteifreunden, die sich einst hinter ihn stellten, vollständig verlassene Tuka Anzeichen geistiger Extraktung gezeigt, weshalb an die Ueberführung in eine Nervenheilanstalt gedacht werde.

Wir blättern

in ausländischen Zeitschriften

Kassenebbe

Sunfo, Sunyatsens Sohn, bis vor kurzem chinesischer Ministerpräsident, schreibt in einer neuen Zeitschrift der Kantonleute: „Ich fand bei meiner Amtsübernahme nicht nur keinen Cent im Schatzamt vor, sondern meine Vorgänger hatten auch noch sämtliche Einnahmen der kommenden vier bis fünf Jahre verpfändet. Durchschnittlich betrugen die monatlichen Regierungsausgaben 30 Millionen Dollar bei Einnahmen von weniger als 10 Millionen. Die militärischen Ausgaben der Nanking-Regierung beliefen sich in den letzten beiden Monaten auf 16 Millionen, die Verwaltungsausgaben auf nur 6 Millionen, während andererseits nur 6 Millionen einkamen, so daß monatlich ein Defizit von 16 Millionen Dollar blieb. Alle paar Monate wurde deshalb eine Anleihe, meist im Betrag von 70 bis 80 Millionen Dollar, ausgegeben, so daß eine öffentliche Schuld von 1,1 Milliarden aufgelaufen ist, die verzinst und getilgt werden muß. Beträge, die zum Beispiel zu Erziehungszwecken auf dem Anleihewege aufgenommen waren, stellten sich zudem als bis auf den letzten Cent verpfändet heraus, um die enormen Schulden der Regierung bei den ausländischen Gläubigerbanken zu decken. Die Finanzverwaltung muß völlig neu geordnet werden, für jeden Cent muß die Regierung künftig öffentlich Rechenschaft ablegen, und es muß strikt verhütet werden, daß öffentliche Gelder im Bürgerkrieg vergeudet werden; im anderen Falle wird nicht mehr eine Regierung nach der anderen, sondern China als Staatswesen zusammenbrechen!"

„The People's Tribune", Schanghai

Der Ueberstaat

In einer Völkerbundbetrachtung „Zahnrad ohne Zähne?" meint Dr. Albert Oeri, der Chefredakteur der „Baseler Nachrichten": „Der Völkerbund wird vom großen Publikum fast durchweg als eine Art Ueberstaat betrachtet, der, sobald dies international erwünscht scheint, die Aufgaben der Einzelstaaten übernehmen und zusammenfassen kann. Die lange Reihe der Bemühungen des Völkerbundes um die Bekämpfung der Wirtschaftskrise ist ein heroischer Versuch mit untauglichen Mitteln auf einem Gebiet, das mangels Kraft und Kompetenz vom Völkerbund nie hätte betreten werden sollen. Hübsche Einzelerfolge veranlasten ihn immer wieder, den Hans in allen Gassen zu spielen. Allerdings ermutigen ein paar nebensächliche Bestimmungen des Pakts zu solchen Extratouren. Gewisse humanitäre Aufgaben, den internationalen Schutz des Arbeitsrechts und ähnliches, hätte man aber nach den Methoden der Vorkriegszeit mit besonderen Konventionen nach wie vor bewältigen können. Die klassische Aufgabe des Völkerbundes bleibt: die Kriegsverhütung.

„Schweizerische Rundschau"

Der Nobelpreisträger schlägt vor:

In einer geistvollen Studie über die Arbeitslosigkeit bedauert der Friedensnobelpreisträger von 1931, der amerikanische Nationalökonom Nicholas Murray Butler, das Antikraftgesetz von 1890, das, ursprünglich als Schutz des Kleinerzeugers und Kleinhändlers gedacht, die heute so notwendige Organisierung der einzelnen Industriezweige verhindert habe. Diese müsse schleunigst nachgeholt werden; der Petroleumindustrie solle dann die Sorge für sämtliche Petroleumarbeiter der Vereinigten Staaten, der Eisenindustrie die Verantwortung für alle Eisenarbeiter usw. übertragen werden. Die Industrien, jede für sich, stellen Produktionspläne auf, wobei bei denen der primäre Gesichtspunkt nicht, wie bisher, die Frage ist: „Rentiert sich das investierte Kapital?", sondern die humane Frage: „Sind auch alle Arbeiter beschäftigt?" Die Schaffung einer neuen, nach Branchen aufgeteilten sozialen Verantwortung werde den einzelnen U. S. A.-Bürger weniger kosten als eine eventuelle staatliche Arbeitslosenversicherung, die in allen Ländern zum glatten Mißerfolg verurteilt sei, weil ihr die wichtigste Grundlage für eine wissenschaftliche Versicherungsberechnung, die voraussichtliche Dauer der Arbeitslosigkeit, vollkommen fehle.

„L'esprit international"

Service-Leben

Die „Service-Gattin", d. h. die Frau des amerikanischen Armee-, Marine- oder Fliegeroffiziers, kennt während ihres wechselreichen und trostlosen Lebens in den verschiedenen hermetisch abgeschlossenen Stationen und Reservationen des Militärdienstes nur eine Maxime: „unterhaltend zu sein". Diese Qualität ist entscheidend, denn nichts bindet die Menschen dieser überengen und doch stets nur temporären Gemeinschaft aneinander, die bunt zusammengewürfelt aus Rechtsanwaltssöhnen, Händlerssöhnen, Redakteurssöhnen oder Polizistensöhnen besteht, die Studentinnen, Krankenschwestern, Revuegirls oder Lehrerinnen usw. geheiratet haben. „Unterhalten" bedeutet Bridgespielen, Autofahren und Tanzen. Ein Privatleben, überhaupt Alleinsein, gibt es auf der Station nicht; Geld zurücklegen und Bücher lesen sind verpönt und werden als unerlaubte Sabotage der gemeinsamen „Unterhaltung" angesehen. Selbst die Versuche der Regierung, die geistige Oede des Lebens der Soldatentrauen, die meist weit weg vom nächsten Theater, Kino oder Museum wohnen, durch kostenlose Leihbücher oder Abonnements auf Säuglingspflege-Fernkurse zu unterbrechen, finden fast gar keinen Anklang. Auch die zur Verfügung gestellten Sprachlehrer werden von der Service-Gattin selten in Anspruch genommen, die dann — am Ende eines weltgereisten Lebens — als Augenzeugin von der chinesischen Revolution ein paar Schüsse bei einer unterbrochenen Tennispartie behalten hat, von Honolulu ein dichtbepflanztes Ananasfeld, von Manila ein ausgezeichnetes Stiereisgeschäft, von Managua den steten stickigen Wind, während ihr Haiti durch die Flasche Champagner für zwei Dollar repräsentiert wird...

„The American Mercury"

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsgeldes — Täglich: „Unterhaltungsblatt" — „Finanz- und Handelsblatt" — Wöchentlich einmal: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" — „Literarische Umschau" — „Reise und Wanderung" — „Recht und Leben"

Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen

VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Was soll mein Kind werden?

Individuelle Berufsberatung bei den Arbeitsämtern

In etlichen Wochen werden wir das Osterfest feiern, für abertausende junger Menschen bedeutet es Lebenswende. Die Schule gibt sie frei, und kaum daß sich die Tore des Schulhauses hinter ihnen geschlossen haben, sehen sie sich vor die schicksalsschwere Frage gestellt: Was soll ich werden? Welchen Beruf soll ich ergreifen? Und mit den schulentlassenen Knaben und Mädchen fragen sich die Eltern: Was lasse ich mein Kind werden? Zu wem gehe ich es in die Lehre?

In einer Zeit wachsender Arbeitslosigkeit, in der zugleich eine wirtschaftliche und soziale Umschichtung der Berufe vor sich geht, fällt die Entscheidung über die Berufswahl besonders schwer. Stehen doch auch bei den Lehrstellen Angebot und Nachfrage im gleichen Mißverhältnis wie auf dem übrigen Arbeitsmarkt, gibt es doch zahlreiche Berufe, die nicht nur durch den wirtschaftlichen Schrumpfungsprozeß, sondern auch durch die Wandlung des Geschmacks — man braucht da nur an die Stuckateure und Holzbildhauer zu denken — der Gefahr völligen Verschwindens ausgesetzt sind. Dazu kommt noch, daß eine große Reihe der Abiturienten mehr als früher nicht in die akademischen Berufe drängt, sondern in die kaufmännischen und handwerklichen; hier aber begegnet ihre Unterbringung größten Schwierigkeiten, da namentlich der Handwerksmeister nur sehr ungern Achtzehn- und Neunzehnjährige in die Lehre nimmt.

42 000 junge Menschen . . .

Was also bleibt zu tun? Ein Rat ist es, der allen, den Eltern und den jungen Menschen, gegeben werden kann: Man gehe zur Berufsberatung. 500 Berufsberater sind bei den jedem deutschen Landes-Arbeitsamt angegliederten Berufsberatungsstellen tätig, deren Arbeitsgebiet auch die Lehrstellenvermittlung ist. Neun Arbeitsämter und also auch die gleiche Zahl von Berufsberatungsstellen gibt es in Groß-Berlin. (Sie sind die Organe der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, deren Aufsichtsbehörde das Reichsarbeitsministerium ist.) In der Zeit von Juli 1930 bis Juli 1931, dem Berichtsjahr der Arbeitsämter, wandten sich an die Berliner Berufsberatung 42 000 junge Menschen, die etwa je zur Hälfte auf das männliche und weibliche Geschlecht entfallen. Hiervon suchten 16 000 Schulentlassene (und zwar 9000 männliche und 7000 weibliche) eine Lehrstelle; für 80 v. H. konnte eine solche beschafft werden; zwei Drittel der Stellen entfielen auf die kaufmännischen Berufe.

Berlins größte Beratungsstelle befindet sich beim Arbeitsamt Mitte (Stralauer Platz 31). Die Beratungsstelle befaßt sich in der Hauptsache mit den — wie der nüchterne amtliche Fachausdruck lautet — „Volksschul- und Mittelschulabgängen". Hier ist aber auch die Groß-Berliner Zentrale für die Beratung der höheren Schulen und der Oberstufen an den oberen Lehranstalten. Ebenfalls zentralisiert ist hier die Beratung für erwerbsbehinderte Schulentlassene und Erwachsene, und auch für die Eignungsprüfungsstelle umfaßt der Arbeitsbereich das Groß-Berliner Stadtgebiet.

Es ist ein unaufhörliches Kommen und Gehen von Ratsuchenden und ihren Angehörigen in diesen zweckmäßig und modern eingerichteten Räumen. Auch abendliche Beratungsstunden sind festgesetzt, um berufstätigen Eltern die Rücksprache mit den Beratern zu ermöglichen. Neun Berater walten hier ihres verantwortlichen Amtes, das nicht nur psychologisches Einfühlungsvermögen, sondern auch genaue Kenntnisse über die wirtschaftliche Lage und die Aussichten in den einzelnen Berufen, sowie über die Kosten und Möglichkeiten der Ausbildung verlangt. Die Beratung muß, wie sich von selbst versteht, individuell sein. Zu berücksichtigen sind u. a. die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Eltern, aber auch die Eignung des jungen Menschen für den Beruf, den er einschlagen soll und möchte.

Ohne Beruf im Elternhaus

Grundlage der Beratung bildet zunächst die „Schülerkarte". „Diese Karte unterliegt völliger Amtsverschwiegenheit", so heißt es auf der großen, mit vielen Fragen und Rubriken bedruckten Doppelkarte; auf ihr hat zunächst der Ratsuchende seine Personalien auszufüllen und Fragen zu beantworten (wie: „Zu welchen anderen Berufen hättest du noch Neigung?", „Lieblingsbeschäftigung in der Freizeit", „Willst du zunächst ohne Beruf im Elternhause bleiben?"), die dem Berater wichtige Anhaltspunkte geben. Die Karte wird dann vom Arbeitsamt an die Schule gesandt, die nun eine große Reihe von Fragen zu beantworten hat, um dem Berufsberater ein erschöpfendes Charakterbild des jungen Menschen zu geben.

Da erfährt der Berater, wie das Willensleben des Betreffenden ist, ob seine Stellung in der Arbeits- und Lebensgemeinschaft der Schule die eines Führers, Organisators, Helfers oder Unbeteiligten war. Ob er beharrlichen oder ungezügelten Willens war, ob sein Intelligenztyp mehr theoretisch oder mehr praktisch bedingt war, ob sein Denken selbständig oder oberflächlich, seine Phantasie rein gefühlsmäßig frei oder mehr vom Denken geleitet — hierüber und über vieles andere muß der Lehrer Auskunft erteilen. Aber für den Berufsberater ist diese Karte, die selbstverständlich nicht zur Kenntnis des Betreffenden gelangt, nur eine der Unterlagen für seine Naterteilung. Auch das Urteil der Eltern und der persönliche Eindruck, den der Berater empfängt, sprechen mit und nicht zuletzt die Zeichnungen und Bastelarbeiten, die jeder nach Möglichkeit mitbringen soll. Der Arzt hat ebenfalls noch ein Wort mitzusprechen — im Arbeitsamt befindet sich eine ärztliche Dienststelle —, damit stärker, als dies früher der Fall war, auch die physischen Anlagen bei der Berufswahl berücksichtigt werden können. Denn wem das Stehen schwer fällt, der darf keinen Beruf ergreifen, bei dem er keine Gelegenheit zu sitzender Beschäftigung hat, wer schwach auf der Lunge ist, soll nicht in Werkstätten mit Staubentwicklung arbeiten.

In Zweifelsfällen oder da, wo vom Lehrherrn besonders eingehende Prüfung verlangt wird, tritt die Eignungsprüfungsstelle in Aktion. Außer schriftlichen Arbeiten muß sich hier der Prüfling einer Reihe von Prüfungsvorgängen unterziehen, die eine ganz genaue Beurteilung seiner Handgeschicklichkeit, der Fähigkeiten seines Auges und seiner geistigen Veranlagung gestatten. Seltsame Gegenstände befinden sich in dieser Eignungsprüfungsstelle. Da ist ein aus Kurbeln und Rädern bestehender Apparat, und aus der Art, wie ihn der Prüfling in Bewegung setzt, merkt man, ob er sich in die konstruktiven Gesetze eines technischen Gebildes einzuleben weiß. Man sieht ein Drahtgestell, unter dem er Schrauben, die an einem Kupferdraht hängen, an diesem entlangzuführen hat; Geschicklichkeit und Schnelligkeit wird so festgestellt. Bei einem elektrischen Experimentiergerät ist eine sich drehende Walze geschützt; der Prüfling muß einen Stift so ruhig in den Schlitz halten, daß die Walze nicht berührt wird.

Viele junge Menschen mit ihren Eltern sitzen in den Wartesälen der Berufsberatungsstellen; an Wänden und in Kästen ist berufliches Anschauungsmaterial ausgestellt, das ihnen gleich einen Begriff bietet von den Anforderungen, die ihrer warten. Viele müssen häufiger kommen, bis die Beratung abgeschlossen und bis ihnen eine Lehrstelle vermittelt ist. Aber es ist auch mancher darunter, der bei seinem Lehrherrn nicht vorwärts kommt und umsatteln möchte, und nicht unbeträchtlich ist heute die Zahl derjenigen Lehrlinge, die wegen des Zusammenbruchs der Firma ihres Lehrherrn in eine neue Stelle untergebracht werden müssen.

Die Arbeitsämter legen großen Wert darauf, daß ihnen von Innungen und Firmen alle freien Lehrstellen bekanntgegeben werden. Denn es muß alles geschehen, um denen, die zu Ostern aus der Schule kommen, den Eintritt in einen Beruf zu ermöglichen, in dem sie — in einer hoffentlich nicht mehr fernen Zeit — Aussicht haben, es zu etwas zu bringen.

—olli—

Wieder Ueberfall auf Taxischoffür

Bisher keine Spur der Verbrecher

Die erschreckend lange Serie von Raubüberfällen auf Taxischoffüre reißt nicht ab. Nachdem erst am Dienstag abend, wie berichtet, auf einen Berliner Droschkenschoffür im Grunewald ein Ueberfall verübt wurde, ist auch am Mittwoch abend wieder ein Schoffür von bewaffneten Banditen gezwungen worden, ihnen seinen Wagen zu überlassen. Es sieht so aus, als ob die sechs Ueberfälle, die sich in der letzten Zeit in Berlin ereigneten, alle von ein und derselben Bande ausgeführt worden sind. In allen Fällen sind die Verbrecher in der gleichen Weise vorgegangen. Aber obwohl die Kriminalpolizei fieberhaft bemüht ist, der Bande auf die Spur zu kommen, sind bisher alle Ermittlungen im Sande verlaufen.

Der gestrige Ueberfall spielte sich folgendermaßen ab: an der Kreuzung der Yorck- und Mückernstraße riefen zwei junge Burschen den 31 Jahre alten Droschkenschoffür Paul Thom aus der Kloedenstraße 7 zu einer Fahrt an. Die Fahrgäste dirigierten den Wagen nach der Oberlandstraße in Tempelhof. Hier stiegen sie aus und gaben sich den Anschein, als wollten sie zahlen. Dabei zogen sie jedoch blitzschnell Pistolen aus der Tasche. Mit den Waffen bedrohten sie den Schoffür und zwangen ihn, den Führersitz zu verlassen. Dann setzten sie sich selbst ans Steuer und jagten mit dem Wagen davon.

Kurz vor diesem Ueberfall hatte man den am Dienstag abend geraubten Wagen im Zentrum der Stadt wieder aufgefunden. Es ist bisher noch völlig unklar, was die Verbrecher mit den Wagen anstellen. Es ist möglich, daß sie auf eigene Faust Fahrten unternehmen, möglich aber auch, daß sie die Autos bei Einbrüchen zum Abtransport der Beute benutzen oder Einbrecherbanden zur Verfügung stellen.

Prozesse um den Leopard „Nanosch"

Anklageerhebung gegen von Othegraven

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Maler von Othegraven wegen fahrlässiger Tötung der zweijährigen Erika Scharries Anklage erhoben, so daß das durch den Leoparden „Nanosch" verursachte Unglück demnächst sein strafgerichtliches Nachspiel haben wird. Aber auch die wegen der Erschießung des Tieres angekündigten Zivilprozesse gegen das Berliner Polizeipräsidium sind bereits eingeleitet. Im Namen des Malers hat gestern Rechtsanwalt Dr. Manger eine Schadenersatzklage von 10 000 Mark eingereicht. Weiterhin hat der Ingenieur Reichel, dem das Tier wegen seiner Ansprüche von Othegraven verpfändet worden war, die Polizei wegen Vernichtung seines Pfandobjekts verklagt. Es folgen ferner Prozesse, welche die Dompteure in dem Vergnügungspark „Fortuna" angestrengt haben. Der eine hatte den Leoparden erworben, um aus ihm eine Varietätnummer zu machen, der andere fordert 6000 Mark Schadenersatz dafür, daß durch die Schüsse, die die Polizei auf das Tier abgegeben hatte, sein im Nebenläßig untergebrachter Bär für weitere Dressuren untauglich wurde.

Bergmannslos. Bei einem Einsturzunglück in der Grube Margarete bei Finkenheerd (Mark) wurden die Bergleute Pflanzer und Scheffler verschüttet. Die Verunglückten haben noch 12 Stunden nach dem Einsturz Klopfzeichen gegeben, doch war es bisher nicht möglich, sie zu befreien, da die sechsköpfige Rettungsmannschaft durch herabstürzende Sandmassen am weiteren Vordringen gehindert wurde. Man nimmt an, daß die Verschütteten inzwischen erstickt sind.

Ich bleibe wohnen

Silvester 1931 verbrachte ich im Kreise meiner zahlreichen, dennoch lieben Verwandten. Das Gesprächsthema drehte sich um die letzte Notverordnung, nach der, wie ich den einzelnen Aeußerungen entnahm, jeder deutsche Staatsbürger verpflichtet sei, seinen Mietsvertrag bis zum 5. Januar aufzukündigen — aus Ersparnisgründen selbstverständlich. Ich hatte bisher nicht daran gedacht, meine schöne eingewohnte Behausung zu verlassen und kam mir zwischen Onkeln, Tanten, Basen usw. wie ein vaterlandsverräterischer Verschwender vor. Tante Agathe hatte mir wohl dieses niederdrückende Gefühl von der Stirn abgelesen, jedenfalls flötete sie über den Tisch: „Ernst, du hast doch sicherlich auch schon gekündigt?" Und ich sagte: „Ja."

Am Nachmittag des 1. Januar schrieb ich meiner Wirtin, daß ich auf Grund der Notverordnung gezwungen sei, meine Wohnung zu verlassen, legte aber einen Zettel bei, der deutlich zum Ausdruck brachte, daß ich die Kündigung zurückziehen würde, falls sie sich bereit erklärte, den Mietspreis erheblich zu senken. Dann malte ich mir im Geiste aus, wie sie gekrochen kommen werde, um mich ihrem hochherrschaftlichen Hause zu erhalten.

Drei Tage lang wartete ich auf Antwort. Drei Tage lang fühlte ich mich in meinen eigenen Räumen wie ein Untermieter am ersten Tage seines Quartierwechsels. Am vierten Tage läutete das Telefon. „Ich habe Ihre Kündigung erhalten. Was gedenken Sie denn, für die Wohnung auszugeben?" Ich dachte an Tante Agathe und nannte einen phantastisch niederen Preis. Und da geschah etwas Fürchterliches. Irgendein Tobsüchtiger hatte wohl das Telefonkabel angezapft. Ich hörte: „Was? Sie werden noch eines Tages zu mir gekrochen kommen, um wohnen bleiben zu dürfen." Aus.

Ich war wütend. Der werde ich zeigen, wer hier im Hause kriechen wird. Für diese dunkle Bude soll ich überhaupt noch Miete bezahlen? Im ganzen Leben wird sie die Wohnung nicht mehr los. Für das Geld könnte ich eine Tiergartenvilla beziehen. Und so geschah es, daß ich auf die Wohnungssuche ging.

Inzwischen war in Berlin eine Seuche ausgebrochen. Fast jedes Haus war mehr oder weniger von Wohnungsangeboten befallen. Es machte mir anfangs Spaß, endlich Gelegenheit zu haben, fremde Behausungen zu betreten, die schon längst meine Neugier erregt hatten. Wo ich auch hinkam, wurde ich von einem unfreundlichen Portier begrüßt: „Sie sind heute schon der Zwanzigste.

Nach mehreren Stunden treppauf, treppab war mein Notizbuch von Wohnungsadressen übersät. Totmüde kam ich nach Hause, um das Aufgeschriebene zu sichten. Da machte ich die peinliche Feststellung, daß in der Erinnerung alle Wohnungen durcheinandergeraten waren. Das Notizbuch wanderte in den Papierkorb und statt dessen nahm ich den Telefonhörer zur Hand, um einen guten Freund anzurufen, von dem ich wußte, daß er in dem guten Ruf stand, „tüchtig" zu sein. Er versprach mir, in einigen Tagen zu helfen.

Nach Ablauf dieser einigen Tage kam er und überbrachte mir einen Mietsvertrag, aus dem hervorging, daß er ab 1. April Inhaber meiner Wohnung sei. Er war zur Wirtin gegangen, hatte sie gefragt, was die Wohnung koste. Der Preis wäre ihm äußerst niedrig erschienen und da habe er gemietet. Ich starrte verzweifelt ins Nichts, bis mich das höhnische Gelächter meines „gewesenen" Freundes wieder zum nüchternen Dasein erweckte: „Mensch, jetzt braucht du doch nicht umzuziehen!" — „?" — „Ich überlasse dir die Wohnung als Untermieter." Gierig griff ich zum Vertrag — und da stand als Mietspreis die gleiche Summe, die ich angeboten hatte, falls ich wohnen bleiben würde.

Und nun zerbreche ich mir den Kopf darüber, wer vor wem zu Kreuze gekrochen ist — ich vor der Wirtin oder die Wirtin vor mir.

Ernst Fürst.

Das Unterhaltungsblatt der

„Vossischen Zeitung"

enthielt im Abendblatt u. a. folgende Beiträge:

Münchener Aschermittwoch . . . von Ossip Kalenter
Marie von Bülows 75. Geburtstag von Max Marschalk
Biologie als Wesensschau . . . . von Heinrich Mühsam

Die Strömung des Schultheiß-Kurses

Bankdirektor Fehr als Zeuge

Nach der Mittagspause trat das Gericht in die Vernehmung des Zeugen Fehr ein, früher Vorstandsmitglied der DD-Bank, jetzt Mitinhaber des Privatbankhauses Fromberg u. Co. Im Februar 1931 fanden zwischen Fehr und Katzenellenbogen Unterhaltungen über die Schultheiß-Kurse statt. Fehr war der Ansicht, daß bei den Schultheiß-Aktien bei einer vernünftigen Kurspflege Geschäftsmöglichkeiten bestehen. Es kam zwischen ihm und Katzenellenbogen zu einem Abkommen: Fehr übernahm 450 000 M Schultheiß-Aktien fest und erhielt eine Option über den gleichen Betrag und eine Option über weitere 300 000 M Aktien. Auf diese Weise hatte Fehr 1,2 Mill. M Schultheiß-Aktien zur Verfügung, mit denen er operierte. Fehr empfahl seiner Kundschaft die Schultheiß-Aktien mit so großem Nachdruck und Erfolg, daß er bald alle Aktien untergebracht hatte. Die Erhöhung der Gemeinde-Biersteuer verfetzte aber dann — nach Fehrs Bekundung — der gesamten Brauerei-Industrie einen so schweren Schlag, daß Schultheiß-Aktien nicht mehr zu placieren waren. Aus diesem Grunde wurde die Option auf die letzten 300 000 M Aktien storniert.

R.-A. Alch: Die Anklage geht davon aus, daß Katzenellenbogen betrebt war, seine Aktien möglichst günstig abzustoßen. Hatten Sie den Eindruck, daß damals Katzenellenbogen den Willen hatte, möglichst viele Aktien loszuwerden? Fehr: Wenn er diesen Willen gehabt hätte, hätte er auch die Möglichkeit dazu gehabt. Ursprünglich wollte ich die doppelte Menge Aktien haben. Ich hatte nie das Gefühl, daß Katzenellenbogen mich als Abladestelle benutzen wollte. Meiner Ansicht nach strebte er eine Markterweiterung und Kursregulierung an.

R.-A. Alch: In Zusammenhang mit diesem Geschäft wird Katzenellenbogen auch vorgeworfen, daß er gegen die Interessen seines Konzerns gehandelt habe. Fehr: Nach meinem Gefühl konnte und mußte man Katzenellenbogen mit seiner Gesellschaft identifizieren.

Oberstaatsanwalt: Wußten Sie, daß für den Konzern damals große Stützungskäufe vorgenommen wurden? Fehr: In meiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Deutschen Bank wußte ich, daß große Beträge Schultheiß-Aktien von der Danatbank und der Commerzbank aufgekauft wurden, kannte aber keine Einzelheiten. Ich habe auch öfter zu meinem Kollegen von Stauß gesagt: Ihr werden Käufe getätigt. Was bedeutet das? Wir sind doch die Führer des Konsortiums. Wir erhielten nur die Auskunft, daß die Käufe für ausländische Rechnung vorgenommen würden. Das war für mich ein Grund mehr, das Geschäft mit Katzenellenbogen nachdrücklich zu betreiben. Ich war der Ansicht, daß durch diese Käufe der Banken schon eine gewisse Marktbereinigung stattgefunden hatte, durch die ein Handel in dem Papier sehr erleichtert wurde.

Der Weg der Mörder

Spürhunde in Oranienburg an der Arbeit

Die Mordkommission war gestern bis spät in die Abendstunden hinein damit beschäftigt, das Verbrechen an dem Bierkutscher Reinhold Müller in seinen Einzelheiten aufzuklären. Mit Unterstützung der Oranienburger Polizei und begleitet von einigen Spürhunden, sind die Beamten die Wege zurückgegangen, die der Ermordete vor der Tat passiert hatte. Zunächst fand man in der Nähe der Schlagbrücke einige Geschäftspapiere, die Müller stets unter seiner Mütze bei sich führte. Da er nach seiner Erschießung vornüberkippte, war ihm die Mütze mit den Papieren sicherlich vom Kopfe gefallen. Außerdem wurde in der Nähe der Brücke eine Patronenhülse gefunden, so daß der Täter nunmehr einwandfrei feststeht. Etwa zwei Kilometer von hier entfernt, auf der Anhöhe eines Waldes, wurde dann später auch die Mütze entdeckt. Die Mörder waren demnach hierher gegangen, um sich des verdächtigen Kleidungsstückes zu entledigen. **Die Mordkommission kann aus diesen Funden wichtige Rückschlüsse über den Fluchtweg der Mörder ziehen.** Die Sektion der Leiche findet heute nachmittag in Oranienburg statt.

Personalien. Am vergangenen Dienstag verstarb im 72. Lebensjahr Justizrat Max Drucker. Der Verstorbene war besonders in Binnenschiffahrtskreisen ein bekannter Anwalt. Er bekleidete den Posten eines Syndikus der Transportgenossenschaft Berlin.

Wilde Jagd auf einen Schaufensterdieb. In der Berliner Straße in Pankow kam es gestern abend zu einer aufregenden Verbrecherjagd. Um 8 Uhr trat ein junger Bursche an die Schaufensterscheibe des Uhrengeschäftes von Neppin im Hause Nummer 91 heran und betrachtete die Auslagen. Plötzlich hob er die Hand, zertrümmerte das Fenster, faßte durch das Loch hindurch und raffte etwa ein Dutzend goldener Damen- und Herren-Armbanduhren an sich. Dann ergriff er die Flucht. Der Inhaber des Geschäfts, der das Klirren der Scheibe gehört hatte, stürzte heraus und rannte gemeinsam mit Passanten hinter dem Dieb her. Als die Verfolger ihm zu nahe kamen, wandte er sich um und gab auf sie mehrere Schüsse ab. Glücklicherweise wurde niemand getroffen. Durch das Schießen gewann der Bandit aber einen solchen Vorsprung, daß er entkommen konnte.

Der Bankkrach in der Jägerstraße. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann gestern der Prozeß gegen die Bankiers Max Marcus und Bertold Schreiber wegen des Verbrechens der Depotunterschlagung und des Konkurses. Beide waren die Gesellschafter des Bankhauses Marcus u. Co., einer offenen Handelsgesellschaft, in der Jägerstraße 12, das durch Verschleppen und Entnehmen der Inhaber mit 4 Millionen Mark Schulden in Konkurs gehen mußte. In der gestrigen Verhandlung wurden Geschädigte des Bankhauses als Zeugen vernommen.

Die Pappeln der Pfaueninsel-Chaussee. Zu den Mitteilungen über die Bedrohung des großartigen alten Baumbestandes an der Havelstraße zwischen Moorlake und Glienicker Brücke, auf die in der „Vossischen Zeitung" wiederholt hingewiesen wurde, versendet das Bezirksamt Zehlendorf eine höchst merkwürdige Berichtigung. Indessen, sie beginnt finster und endet ausschließlich — das ist die Hauptsache. „Es sei festgestellt worden", heißt es, „daß zwölf Pappeln, eine Esche und eine Erle eine direkte Gefahr für Leib und Leben der Vorübergehenden bedeuten, so daß sich aus sicherheitspolizeilichen Gründen ein Einschreiten nicht vermeiden ließ." So bedauerlich es sei, fährt die Kundgebung fort, es bleibe nichts anderes übrig, als die herrlichen Bäume zu entfernen. „Uebrigens", heißt es nun aber verblüffend weiter, „brauchte bisher nur eine Pappel gefällt zu werden". Und: „Bei dem gegenwärtigen Zustand ist zu hoffen, daß erneute Abholzungen in absehbarer Zeit nicht vorgenommen werden müssen!" Das nennt ich mir eine amtliche Erklärung! Jedenfalls aber scheint das schlimmste vorläufig abgewendet. Waren denn nun die „Zeitungsnotizen" wirklich, wie sich das Bezirksamt Zehlendorf einleitend in beleidigtem Ton ausdrückt, so „irreführend" und „unnötig beunruhigend"? Es scheint doch, daß sich die Auffassung von dem „aus sicherheitspolizeilichen Gründen Unvermeidlichen" in den jüngsten Tagen erfreulich verändert hat. . . .

Erinnerung an die Schulzeit

Aus den Berliner Gerichten

Ein Fabrikant soll sich mit Hilfe von Schmiergeldern Aufträge verschafft haben. Unlauterer Wettbewerb. Die Bank sitzt voller Angeklagter, sie lassen sich, untermischt mit ihren Verteidigern, nicht gleich übersehen.

Einer, der Aufträge an den Fabrikanten vergeben hat, rechtfertigt sich gerade. Er nennt dabei die Firma, es ist ein auffälliger Name, der einem im Ohre bleiben würde, auch wenn man ihn nur einmal gehört hätte. Er erinnert mich an meine Schulzeit, ich hatte einen Mitschüler, der hieß so. Ich habe lange nicht an ihn gedacht. Wie ich den Namen höre, fällt er mir ein; es gehört nicht hierher, aber ich muß an ihn denken.

Zu dieser Aussage des angeklagten Auftraggebers soll sich der angeklagte Fabrikant äußern. Er steht auf, erhebt sich aus dem gedrängten Haufen. Was sehen meine Augen! Das ist er ja selbst, mein Mitschüler mit dem auffälligen Namen.

Welch ein Wiedersehen! Das heißt: er sieht mich ja wohl nicht, er darf mich nicht sehen. Aber ich sehe ihn. Wie lange ist das her, daß wir auf der Schulbank zusammensaßen? Länger als dreißig Jahre. Hat er sich verändert? Nein, er hat sich nicht verändert. Das Haar ist ihm ein bißchen aus der Stirn gerutscht, aber noch schwarz wie damals. Er trägt auch den Scheitel noch an derselben Stelle. Ein Schnurrbart zierte ihn schon in Sekunda, zum Aerger der Lehrer, aber unter unserer respektvollen Bewunderung. Und er spricht, er spricht genau wie damals, mit dem seltsam harten R, eindringlich und deutlich.

Denn grade in dieser Rolle, mein lieber Schulfreund, habe ich dich schon gesehen. Du konntest den Cicero nicht übersehen, du warst nicht präpariert; du wußtest nicht zu sagen, was ein Sinus ist, du hattest nicht gelernt. Du pflegtest dann zu reden mit deinem harten R, eindringlich und deutlich, so wie jetzt, damit es der Lehrer nicht merken sollte. Der Lehrer merkte es doch. Du stießest auch deinen Nachbarn an, er möge dir das Buch hinhalten, damit du heimlich ablesen könntest. Es machte dir nichts aus, ein bißchen zu mogeln. Nur merken hätte es der Lehrer nicht dürfen. Aber auch das merkte der Lehrer. War ich dir deswegen böse, damals, in unserer Schulzeit? Aber nicht doch, das wäre ja gegen alle Schulkameradschaft gewesen.

Nun sehe ich dich wieder. Soll ich sagen: ich muß ich dich wiedersehen? Aber es scheint dir ja nicht schlecht zu gehen. Du lebst noch immer, bist jugendlich geblieben, trotz der mehr als dreißig Jahre, und offenbar gesund. Du betreibst auch, wie ich vernehme, eine Fabrik. Freilich sitzest du jetzt auf der Anklagebank, und am Ende werden sie dich bestrafen. Soll ich deswegen brechen mit dir, in Gedanken, mein' ich; denn sonst unterhalten wir ja keine Beziehungen, die gebrochen werden könnten.

Ich will lieber nicht warten, wie diese Strafsache ausgeht. Ich will den Saal verlassen, damit ich nicht zu wissen brauche, ob sie dich verurteilen oder freisprechen. Denn was hätte ich davon? Menschen, die einmal zusammen auf der Schulbank gesessen haben, können sich einander nicht mehr vormachen. Und wenn du Minister geworden wärest, und wenn sie dich ins Gefängnis stecken sollten, ich sehe dich, wie du dich auf den Cicero nicht präpariert hattest und wie du mit dem Sinus nicht Bescheid wußtest. Und dabei mag es bleiben bis an unser seliges Ende.

Inquit.

Das neue K. Z.-Telegramm

Eine neue, bedeutend billigere Telegrammart wird am nächsten Dienstag zunächst versuchsweise im Inlandverkehr von der Deutschen Reichspost eingeführt. Das neue „Kurztelegramm" darf mit der Adresse und dem Dienstvermerk K. Z. nicht mehr als acht Wörter enthalten und kostet im Orts- und Fernverkehr 50 Pfennig. Das K. Z.-Telegramm wird wie jede andere Depesche aufgegeben, also auch durch den Fernsprecher oder mit der sogenannten Fernsprech-Anschrift.

Gasvergiftung zweier Kinder. Die Feuerwehr wurde gestern nachmittag nach der Christstraße 2 gerufen, wo der fünfjährige Walter und der sechsjährige Gerhard Schulz durch Gas vergiftet bewußtlos aufgefunden wurden. Die Kinder hatten, während die Mutter abwesend war, in der Küche gespielt und hatten hierbei versehentlich den Gashahn geöffnet. Die Wiederbelebungsversuche waren erfolgreich. Die Kinder wurden nach dem Westend-Krankenhaus gebracht.

Haftbefehl gegen acht Nationalsozialisten. Dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium wurden gestern 36 Nationalsozialisten vorgeführt, die in den Sonntagnacht an dem Ueberfall auf das Lokal in der Oberstraße 6 in Schöneberg beteiligt waren. Gegen acht der Angeschuldigten wurde Haftbefehl wegen dringenden Verdachts des schweren Landfriedensbruchs erlassen. Da gegen die übrigen lediglich der dringende Verdacht des einfachen Landfriedensbruches und Sachbeschädigung vorliegt, wurden sie nach vorläufiger Festnahme auf freien Fuß gesetzt.

Wer sich nicht verlaufen will, hat „Berlin in der Tasche", den praktischen Stadt-Atlas auf 52 Einzel-Karten. Mit vollständigem Straßen-Verzeichnis, Adressen von Theatern, Behörden, Museen usw. für 2,70 Mark im Buch- und Zeitungshandel, in den Papier-Geschäften sowie in allen Geschäfts-Stellen der „Vossischen Zeitung" zu haben.

Der Raubüberfall in der Portierloge. Das Schwurgericht III verurteilte wegen gemeinschaftlichen versuchten schweren Raubes mit Todeserfolg den Arbeiter Rudolf Baumann und den Fleischer Edmund Hollmann zu je zwölf Jahren Zuchthaus, den Transportarbeiter Friedrich Herforth zu zehn Jahren Zuchthaus und den Arbeiter Fritz Voß zu acht Jahren Zuchthaus und erkannte gegen sämtliche vier Angeklagten auf zehn Jahre Ehrverlust. Die vier im Alter von 20 und 21 Jahren stehenden Angeklagten hatten, wie berichtet, einen Raubüberfall in der Portierloge des Hauses Kösliner Straße 4 ausgeführt und dabei den 19jährigen Willi Kirchert getötet.

Schreiberhau vor großen Tagen

SCHREIBERHAU, 10. FEBRUAR

Das Wichtigste zuerst: Es schneit! — Denn was nützten alle Vorbereitungen, ein noch so gutes Meldeergebnis, alle formalen, gewissenhaftesten Erledigungen, wenn der Schnee fehlen würde. Wenn man, wie damals in Krummhübel, den Schnee zur Schanze schleppen oder den Boden bedecken muß, damit der Langlauf durchgeführt werden kann. Heute kann man lagen, daß die Durchführung der Deutschen Skimeisterschaften 1932 endgültig gesichert ist. Ueber Nacht ist es kalt geworden, sogar empfindlich kalt (bis zu 20 Grad!), und vom Himmel fällt in dicken, weißen Flocken herrlichster Pulverschnee. Kein Wunder, daß man überall lachenden Gesichtern begegnet und sich über den Damm zuruft: „Nun kann es losgehen!"

Schon sind die ersten Prominenten eingetroffen. Der Glaß, der Pom und der Stoll, die direkt von den Oesterr. Skimeisterschaften kommen. Und da auch das Heer seine 4. Meisterschaften durchführt, so ist ganz Oberschreiberhau in „olympische Dörfer" aufgeteilt. Da gibt es ein österreichisches „Dorf", eins für die S. D. Wer, für die Thüringer, für die Bayern usw. So sieht man über jeder Ortstafel die Landesflaggen als Orientierungszeichen friedlich wehen.

Ueber 250 Teilnehmer haben aus 15 verschiedenen Landesverbänden genannt. Darunter der dreifache deutsche Meister Gustl Müller aus Bayrisch-Zell; Rudi Matt aus St. Anton als einer der ernsthaftesten Bewerber, Hellmuth Lantschner-Innsbruck, Herbert Leupold, der schlesische Meister, Willi Bogner, Ludwig Böck, Heinz Strickeck, Franz Wende, Alois Kratzer usw. Als einziger Norweger startet Koppenstadt und zwar für den Norddeutschen Skiverband. Im ganzen sind 386 Nennungen abgegeben worden, alle deutschen Skiläufer, die überhaupt für die Meisterschaft in Frage kommen, sind genannt. Mit dem Langlauf über 16 Kilometer beginnt es am Freitag; er hat über 150 Meldungen erhalten. Am Sonnabend folgt dann der Staffellauf und erstmalig ein Damenabfahrtslauf, der von der Reifträger Baude zum Zackelfall führt und 40 Läuferinnen am Start vereinigen wird. Der Haupttag ist der Sonntag. Auf der neuen, herrlichen Sprungschanze im Himmelsgrund wird die Sprungmeisterschaft zum Austrag kommen, an welcher 115 Springer teilnehmen. Anschließend wird dann die Verkündigung des deutschen Skimeisters von 1932 stattfinden. Der Montag schließt die 27. Deutsche Skimeisterschaft mit dem 50-Kilometer-Langlauf, an dem über 50 Läufer starten werden. — M. H. E. —

Einbrüche für — die „Rote Hilfe"

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ESSEN, 10. FEBRUAR

Die Essener Kriminalpolizei hat eine aus 17 Personen bestehende kommunistische Einbrecherbande ermittelt und festgenommen. Bisher konnten ihr 20 Einbrüche nachgewiesen werden. Sämtliche Personen sind Mitglieder der K. P. D. bzw. des Kampfbundes gegen den Faschismus. **Das Diebesgut wanderte in die inzwischen eingegangene Küche der „Roten Hilfe" in der Engelbertstraße.** Eine Anzahl der Festgenommenen hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Die Aufklärung der Diebstähle gestaltete sich besonders dadurch schwierig, daß die Führer der Bande, kommunistische Funktionäre, sämtliche Mitglieder für den Fall eines Geständnisses mit dem Tode bedroht hatten.

KASSEL, 10. FEBRUAR

In Ober-Ellenhausen in der Nähe von Marburg kam es infolge politischer Gegensätze zu einem Streit und einer anschließenden Messerstecherei. Dabei wurden ein Landwirt getötet und zwei andere mit schweren lebensgefährlichen Verletzungen in die chirurgische Klinik der Universität Marburg übergeführt.

Banküberfall in Hamburg. Gestern abend wurde in Hamburg, wenige Minuten nach Geschäftsschluß, ein planmäßig vorbereiteter Raubüberfall auf die Filiale der Hamburger Sparkasse von 1864 in der Lübecker Straße verübt. Zwei Männer drangen in die Bank ein. Der eine hielt mit zwei vorgehaltenen Revolvern die Angestellten in Schach, der andere raffte einen Geldbetrag von über 1000 Mark zusammen. Dann wurden die Angestellten in einen anderen Raum gedrängt und dort eingeschlossen. Die Täter — junge Burschen von etwa 25 Jahren — entkamen unter Mitnahme der Schlüssel in einem bereitstehenden Auto, in dem noch zwei Männer saßen. — Gestern abend gegen 19 Uhr 30 wurde auf der Bergstraße in Beuthen ein Postkraftwagen, der von einem Schaffner und dem Kraftwagenführer begleitet war, von zwei bewaffneten Banditen überfallen. Sie zwangen den Wagenführer zum Halten, forderten mit vorgehaltener Pistole die Schlüssel zum Wagen und raubten eine Geldkiste mit 5000 Mark. Darauf flüchteten sie in der Richtung auf die polnische Grenze.

„Der Roman einer Nacht" heißt ein neues Werk Wilhelm Speyers, des Autors von „Charlott etwas verrückt", das heute in der „Berliner Illustrirten" beginnt. Es schildert die aufregenden Erlebnisse eines Kriminalschriftstellers.

Postdiebstahl im Pariser Schnellzug. Aus dem Postwagen des Schnellzuges Paris—Berlin wurden, wie aus Paris gemeldet wird, auf belgischem Gebiet 500 000 Franken gestohlen.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie

In der Mittwoch-Nachmittags-Ziehung wurden folgende Gewinne gezogen:

10 000 M: 39190 47603 146184.

5000 M: 27574 182148 210133 310794.

3000 M: 24667 58849 64604 110474 120758 142447 301537 310174.

2000 M: 13769 46957 49698 62249 64359 65194 116769 122500 133841 149875 167155 174669 180227 186709 197005 208217 255154 263352 278473 317383 323708 359105 364877 368722 369423 385659 388155.

1000 M: 15935 29626 31264 47515 61412 67087 78311 85465 103666 104820 105975 107076 110243 110396 113894 114040 114576 125206 138962 144041 152263 164019 166297 167299 177018 177757 189147 196443 200858 204066 212855 218880 220340 222746 241786 249450 257108 259993 277050 289946 290426 293400 313452 319403 320080 333825 334733 345210 346535 349260 355759 359650 378640 382299 385108 385362 385447 396816 399759.

500 M: 4204 5679 6478 11996 15453 20766 23478 45906 51151 52243 55339 60744 68980 74121 81684 83741 84905 87613 90189 98820 102186 102784 106601 112566 118799 120100 126191 129435 144710 148559 149320 150276 150339 158906 169474 172609 179344 179412 181282 182089 183661 191367 193338 200355 203831 204717 210392 211415 223585 230566 238520 239314 249329 254689 265423 268912 271365 271458 272971 282886 283370 283560 304892 311580 315843 316798 319635 330230 332251 338080 348159 350945 363471 363519 365664 376297 381542 384724 392541 391989 397152 398276.

Donnerstag, 11. Februar
Staatsoper
Unter den Linden
140. Abonnements-Vorstellung
Die Meistersinger von Nürnberg
Heldersbach, Arndt-Ober, Wolff, Großmann, Zimmermann a. G., Helgers, Janssen.
Anfang 7 Uhr Ende nach 11½

Donnerst., 11. Fbr.
Staatliches
Schauspielhaus
Am Gendarmenmarkt
140. Abonnem.-Vorstellung
Gutscheine ungültig.
Zum 1. Male:
Anfang 7½ Uhr
Cyrano von Bergerac
Müthel, Maurus, Wäscher, Frey, Leibelt, Heinz, Donath
Ende gegen 11
1. Wiederholung am Dienstag, dem 16. Febr.

Donnerst., 11. Fbr.
Staatliches
Schiller-Th.
Charlottenburg
Grolmanstraße 70
Anfang 8 Uhr
Ein besserer Herr
Hierauf:
Die Zauberin, der Riese und der Affe
Klockow, Sussin, Bildt, Harlan, Florath, Pategg, Schanda, Borodin, Otto.
Ende nach 11

Deutsches Theat. Schumannstr. 13a
8 Uhr **TIMON** 8 Uhr
von Ferdinand Bruckner, Regie: Heinz Hilpert

Deutsches Künstler-Theater
8¼ und Sonntag nachm. 4 Uhr
Heute zum 25. Male:
Letzte Vorstellungen: **Der Biberpelz**
v. G. Hauptmann. Regie: V. Barnowsky

Theater i. d. Behrenstraße
8¼ Uhr: Ralph Arthur Roberts in
Der Mann mit den grauen Schläfen

Th. i. d. Stresemannstr.
Tel. Bergmann 2110, 3996
8½ Uhr
Juwelenraub am Kurfürstendamm
von Fodor
Regie: A. E. Licho.
Bard, Haack, Wohlbrück, Schroth, Steinbeck, Henckels, Landa.

8¼ Metropol-Th.
Behrenstr. 55
Ein Lied der Liebe
Richard Tauber
Anny Ahlers
Sonntag 4½:
Die Fledermaus

Rose-Theater
Gr. Frankf. Str. 132
T. Weichs. E 7 3422
8¹⁵ Uhr:
Der Bettelstudent

Klaviere kauft sofort
Weidendamm 8875.

GR. SCHAUSPIELHAUS Tägl. 8 U.
Hoffmanns Erzählungen
REINHARDT INSZENIERUNG
Sonntag nachm. 3 Uhr billige Preise der Plätze

8¼ Berliner Th.
Charlottenstr. 90-92
Die spanische Fliege
Schwank v. Arnold u. Bach
Junkermann, Vespermann
Ab Sonnabend:
Kampf um Kitsch

Lustspielhaus
Friedrichstr. 236
Gruppe junger Schauspieler
Täglich 8½ Uhr
Die Mutter
von Bert Brecht

8¼ Theater in d. Klosterstraße
(unmittelbar a. U-Bahnhof)
Nur bis Freitag
Büchse der Pandora
Für Jugendl. verbot.
Sonnabd. 4 U.: Mit dem Zeppelin ins Märchenland

Reichshallen-Th
Dönhoffplatz
8 Uhr Sonntags 3½
zu klein. Preisen

Stettiner Sänger
Nur noch kurze Zeit:
So'n Reinfall!

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstr. 34
Turnus I
Beginn 8 Uhr
Das Rheingold
Ende nach 10 Uhr

8¼ Lessing-Th.
Zum 50. Male:
Morgen gehts uns gut!
Grete Mosheim
Max Hansen
Orchester: Dajos Béla

Volksbühne
Theat. am Bülowplatz
D 1 Nord. 2946. 8 U.:
Hans Albers in Liliom
12. 2. 8 U.: Zum 1. Male
Emil Jannings
Marg. Melzer
in
Fuhrmann Henschel

Die Tribüne 8¼
Charlottb., Berliner Str. 38
Spiel im Schloß
von Franz Molnar
Regie: Eugen Robert.
Blandine Ebinger, Brausewetter, Edthofer, Grünbaum, v. Meyerinck, Pröckl, Schröder.

Komische Oper 8½
Friedrichstr. 104
Ein entzückender Mensch
Operette von Erwin Straus mit Oskar Karlweis
Mardayn, Trenk-Trebitsch, Schwind, Wangel.
Auch Stg. nachm. 4 Uhr zu kl. Preis.

8¼ Th. d. Westens
Kantstraße 9
Prinz Methusalem
Operette v. Strauß
Waldmüller, Morgan, Jankuhn, Lilien, Ewald.
Sonnab. ¼4: Kai aus der Kiste
Kinderkomödie

Th. im Admiralspalast
Friedrichstr. 101-102
Täglich 8¼
Wegen des großen Erfolges bis 14. Febr. verläng.
Die Dubarry
Preise v. 50 Pf. an

8¼ Kleines Th.
U. d. Lind. 44. Merk. 1624
Truppe 1931
Die
Mausefalle
75 Pf. bis 5.– M
Stg. nm. 4 Uhr halbe Pr.
Donst., Frtg. gesch. Vst.

PLAZA
Täglich 5 u. 8¹⁵ Uhr
Sonnt. 2, 5, 8¹⁵ Uhr
Operetten-Gastspiel
Die Försterchristl

Th. a. Nollendorfpl.
Täglich 8¼
Gasparone
Operette von Millöcker
Bearb. von Steffan u. Knepler
Regie: Saltenburg
mit Leo Slezak
Suchy, Flamme, Ballarini, Heil

Die Grundbuchbezeichnungen der Berliner Grundstücke

Verzeichnis aller bebauten Grundstücke Groß-Berlins,
das straßenmäßig neben der Grundstücksnummer die Gemarkung, das Amtsgericht, den Grundbuch-Bezirk und die Band- und Blatt-Nummer des Grundbuchs aufweist.

*

886 Seiten stark. Herabgesetzter Preis: 6.- M. Amtliche Ausgabe.

Bestellungen nimmt die Hauptgeschäftsstelle (Dönhoff 3600, Hausapparat 788), Eingang Charlottenstraße 6, im Hause der Bauwelt-Musterschau entgegen.

VERLAG ULLSTEIN BERLIN SW 68

Der fesche Anzug für die Jugend

Flotter modischer Schnitt, erprobte und bewährte Stoffqualitäten, sorgfältige Serienherstellung, das ist P&C-Arbeit

	Brustweite 76-80 cm	82-86 cm
Dunkelblaue Anzüge	28.-	38.-
	38.-	48.-
	48.-	58.-
	64.-	74.-
Smokinganzug	58.-	
Schwarze Anzüge	38.-	48.-
	58.-	68.-
	68.-	78.-
Farbige Anzüge	28.-	38.-
	38.-	48.-
	48.-	58.-
	58.-	68.-

824

PEEK & CLOPPENBURG
BERLIN C 19, GERTRAUDENSTRASSE 25-27

Gerichtliche Bekanntmachungen

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll

am 13. 4. 1932, 10 Uhr,

an Gerichtsstelle, Grunewaldstraße 66/67, Zimmer 74, versteigert werden das im Grundbuche von Berlin-Schöneberg, Band 32, Blatt 1328 (eingetragener Eigentümer am 10. 12. 31, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Kaufmann Michael Vartapetoff, Charlottenburg) eingetragene Grundstück Gleditschstr. Nr. 33, Gemarkung Schöneberg, Kartenblatt 7, Parzelle 2588/122, 6,95 a groß, Grundsteuermutterrolle Art. 520, Nutzungswert 11 400 M, Gebäudesteuerrolle Nr. 520, Vorderwohnhaus mit rechtem Seitenflügel, Querwohnhaus, Hof mit Gartenanlage. — 10. K. 234/31. —

Bln.-Schöneberg, 13. 1. 1932.
Amtsgericht.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll

am 13. 4. 1932, 10½ Uhr,

an Gerichtsstelle Grunewaldstraße 66/67, Zimmer 74, versteigert werden das im Grundbuche von Berlin-Friedenau, Band 10, Blatt Nr. 750 (eingetragener Eigentümer am 3. 10. 1931, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Kaufmann Joseph Meckeler in Berlin-Friedenau) eingetragene Grundstück Bismarckstraße 22, Gemarkung Wilmersdorf, Kartenblatt 7, Parzelle 881/96, 7 a 9 qm groß, Grundsteuermutterrolle Art. 271, Nutzungswert 8200 RM, Gebäudesteuerrolle Nr. 201, Wohnhaus mit Seitenflügel und Hofraum, Friedensmiete angeblich 878,35 RM.

— 10. K. 174/31. —

Berlin-Schöneberg, 23. 1. 1932.
Amtsgericht.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll

am 2. 5. 1932, 10 Uhr,

an Gerichtsstelle Grunewaldstraße 66/67, Zimmer 74, versteigert werden das im Grundbuche von Berlin-Friedenau, Band 30, Blatt 1360 (eingetragener Eigentümer am 23. 12. 1931, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: **Architekt Heinrich Schwarz, Charlottenburg**) eingetragene Grundstück Lefèvrestr. 2, Gemarkung Wilmersdorf, Kartenblatt 7, Parzellen 3152/109 und 3153/109, 6,54 a groß, Grundsteuermutterrolle Art. 897, Nutzungswert 7730 M, Gebäudesteuerrolle Nr. 906, Vorderwohnhaus mit Hofraum.

— 10. K. 237/31. —

Berlin-Schöneberg, 31. 1. 1932.
Amtsgericht.

Zwangsversteigerung

Am 8. April 1932, 12 Uhr, wird an Gerichtsstelle Berlin-Spandau, Potsdamer Straße 34, Zimmer 4, das im Grundbuche von Kladow, Band 24, Blatt 718 eingetragene Grundstück, 2 Parzellen Acker am Glienicker See, Gesamtgröße 11 a 84 qm, des Malermeisters Franz Fleischer, Bln.-Spandau, Baumgartensteg 6, zwangsweise versteigert werden. Bieter haben auf Verlangen in der Regel eine Sicherheit von 10 v. H. des Bargebots in bar oder Wertpapieren zu leisten. Die Nachweisungen über Bezeichnung, Lage und Größe pp. können hier, Zimmer 18, eingesehen werden. — 7. K. 257/31.

Berlin-Spandau,
den 11. Januar 1932.
Das Amtsgericht.

Zwangsversteigerung

Am 15. April 1932, 10½ Uhr, wird an Gerichtsstelle Berlin-Spandau, Potsdamer Str. Nr. 34, Zim. 4, das im Grundbuche von Kladow, Band 11, Blatt 325 eingetragene Grundstück, Holzung im Fuchsberge IXa, Größe 23 a 22 qm, des Klempnermeisters Karl Panknin, Bln.-Kladow, zwangsweise versteigert werden. Bieter haben auf Verlangen in der Regel eine Sicherheit von 10 v. H. des Bargebotes in bar oder Wertpapieren zu leisten. Die Nachweisungen über Bezeichnung, Lage und Größe pp. können hier, Zimmer 18, eingesehen werden. — 7. K. 253/31.

Berlin-Spandau,
den 11. Januar 1932.
Das Amtsgericht.

Eigene Feststellungen.
Nachdruck verboten. (Ohne Gewähr.)

Belastungen

Zu Grundstück Gleditschstraße 33 in Berlin: 1. 40 000 RM 9 v. H. Zs. Württemb. Hypothekenbank, Stuttgart. 2. 894 RM Gerichtskasse, Schöneberg. 3. 32 451 RM Vereinigte Berlinische u. Preuß. Lebensversicherung, Berlin, Markgrafenstraße 11. 4. 5000 RM Frau Martha Friedmann, Neapel. 5. 7000 RM Cosmopolit Immob.-Verkehrs- und Handelsges., Charlottenstr. 48. 6. 20 000 RM David Wolmann, Charlottenstraße 48. 7. 15 000 RM wie zu 5. Betr. Gläub. Bezirksamt Tiergarten wegen 2870 RM.

Zu Grundstück Bismarckstraße 22 in Wilmersdorf: 1. 30 000 RM 9 v. H. Zinsen; 2. 35 000 RM 7 v. H. Zinsen Preuß. Hypotheken-Aktien-Bank, Mohrenstr. 65. 3. 10 000 RM Frl. Marg. Hagen, Hohen-Neuendorf, Nordb. 4. 10 000 RM Frau Mathilde von Amsberg, Nauen. 5. 6000 RM Alb. Leichart, Lichterfelde, Lange Str. 23. 6. 15 000 RM Jaques Battenhausen, Dresden. Betr. Gläub. wie zu 1—2.

Zu Grundstück Lefèvrestraße 2 in Wilmersdorf: 1. 28 746 RM 6 v. H. Zs. Lübeck-Schweriner Lebensvers., Lübeck. 2. 363 RM Allianz- und Stuttgarter Lebensvers., Stuttgart. 3. 22 000 RM 10 v. H. Zs. Dr. W. Heilgendorff, Schöneberg, Am Park 14. 4. 35 000 RM Bruno Klessen, Lichterfelde, Wilhelmstr. 33b. Betr. Gläubiger.

Zu Acker am Glienicker See in Kladow: 1. 2536 RM 8 v. H. Zs. Georg Ecker, Berlin, Taubenstr. 23. 2. 2500 RM 10 v. H. Zs. Max Winkler, Berlin, Brückenallee 3. 3. 1950 RM Heinz Fleischer, Spandau, und wie zu 2. Betr. Gläub. Jul. Mundhenk, Neuenhagen.

Zu Grundstück Holzung Fuchsberge IXa in Kladow: 1. 3000 RM 10 v. H. Zs. Mittelstandsbank, Spandau. Betr. Gläub. wie vor.

Zwangsversteigerungs-Ergebnisse

Zeichenerklärung:
F. = Fläche. N. = Nutzungswert. R. = Reinertrag.
(Nachdruck verboten.)

Beim Amtsgericht Berlin-Mitte: Paul-Singer-Str. Nr. 97 in Berlin, dem Druckereibesitz. Samuel **Bialer in Charlottenburg** gehörig. F. nicht vermerkt. N. 17 110 M. Mit dem Gebot von 93 000 RM bar blieben Frau Paula Witthuhn in Berlin SO 36, Kottbuser Ufer Nr. 8 und Frl. Martha Frost in Berlin N 58, Kastanienallee 10, Ersteherinnen.

Gerichtstr. 3 in Berlin, der Frau Margarete Solt in Budapest gehörig. F. 5,74 a. N. 9540 M. Mit dem Gebot von 43 000 RM bar blieb die Grundstücksgesellschaft Gerichtstr. 3 m. b. H. in Berlin C 2, Münzstraße 3, Ersteherin.

Einstweilige Einstellungen: Wohnhaus, Fabrikgebäude, Kesselhaus usw. Wrangelstr. 106 in Berlin, der Wrangelhof A.-G. in Berlin gehörig. F. 16,75 a. N. 27 050 M.

Acker, Goldaper Str. 11 in Berlin, dem Kaufm. Erich Schenke in Berlin gehörig. F. 6,31 a.

Werneuchener Str. 4 in Berlin, dem Kfm. Wilhelm Grelle in Berlin gehörig. F. 6,48 a. N. 9280 M.

Kleine Markusstr. 5 in Berlin, der Frau Alma Dietrich in Berlin gehörig. F. 4,91 a. N. 9780 M.

Beim Amtsgericht Köpenick: Siemensstr. 20 in Berlin-Schöneweide, der Bank für Handel und Gewerbe e. G. m. b. H. in Bln.-Oberschöneweide gehörig. F. 9,54 a. N. 7647 M. Mit dem Gebot von 52 000 RM bar blieb Oskar Willmann in Bln.-Schöneberg, Hauptstr. 38, Ersteher.

Acker an der Chaussee von Köpenick nach Gosen bzw. Wohnlaube usw. Schrödersche Kolonie in Berlin-Müggelheim, dem Gastwirt Gustav Hoffmann in Berlin und dessen Ehefrau in Charlottenburg gehörig. F. zus. 17,57 a. N. 105 M. Mit dem Gebot von 6600 RM bar blieb der Archt. Fritz Jürgens in Berlin O 27, Blumenstraße 17, Ersteher.

Einstweilige Einstellung: Fahlenbergstraße 70 in Bln.-Rahnsdorf, der Gemeinnützige Bausparkasse Groß-Berlin e.G.m.b.H. in Berlin gehörig. F. 7,61 a. N. 540 M.

Handelsregister

Neueintragungen
(mit Angabe von Straße und Hausnummer)
(Nachdruck verboten.)

Abt. B: Borsigwalder Holzvertrieb, G. m. b. H. Berlin-Borsigwalde, Wittestraße 1—3. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsführer: Kfm. Hans Schröder, Berlin. — Grundstücksgesellschaft Gerichtstraße 3. m. b. H. Berlin C 25, Münzstraße 22. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsführer: Kfm. Dawid Prüwer, Berlin. — Horbach & Schmitz G.m.b.H. Berlin NW 40, Döberitzer Straße 3. (Vertrieb von Stahl, Eisen und verwandten Artikeln usw.) Stammk.: 150 000 RM. Geschäftsf.: Kflte. Gustav Horbach, Köln; und Walter Lippold, Berlin. — Grundstückserwerbsgesellschaft Karlsruher Straße 3 G. m. b. H. Berlin N 58, Stargarder Straße 56, bei Schmegg. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Stadtamtmann a. D. Paul Schmegg, Berlin. — „Kawara“ Grundstückserwerbs- u. Verwaltungs-G. m. b. H. Kohlhasenbrück b. Berlin, Königsweg 6. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Verwalterin Ww. Mary Jehnich, Kohlhasenbrück. — Schaub - Radio - Vertriebsgesellschaft m.b.H. Charlottenburg 4, Fritschestraße 27—29. Stammk.: 30 000 RM. Geschäftsführer: Kaufm. Herbert Tint, Berlin. — Wilhelm Neye G. m. b. H. Bln.-Neukölln, Liberdastraße 14. (Herstellung und Vertrieb von Metallmöbeln, Krankenhaus- und Lazarettbedarf usw., sowie Ausführung von Schlosserarbeiten jeder Art.) Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsführer: Kflte. Rudolf Gaschütz und Wilhelm Neye, Berlin.

Vergleichsverfahren

Neuangeordnete:

Kauffrau Ottilie Czaika geb. Bennisch, Alleininh. d. Firmen Berliner Maschinen Treibriemenfabrik Adolph Schwartz u. Co., Berlin-Rixdorfer Gummiwarenfabrik Hans Schumann und A. G. Fletcher, Berlin N; „Horeska“ Gasthausbetriebs G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg; Duisburger Wäschereimaschinen-Fabrik G. m. b. H., Duisburg; Bauer u. Häselbarth, Fabrikation chirurgischer Instrumente, Hamburg; o. H. Hamburger Metallocherei und Filterrohrfabrik Lehmann Gebr., Hamburg; „Penika“ Maschinenbau G. m. b. H., Penig.

Aufgehobene:

Letmather Kettenfabrik Görke u. Steins G. m. b. H., Letmathe; o. H. Maibusch u. Thümena, Iserlohn; „Andreas“, Maschinenbau G. m. b. H., Münster, Westfalen.

Neue Konkurse

Berlin-Mitte. Hütteningenieur Heinrich Bothe, Inh. der Firmen Stahlwerk Heinrich Bothe in Berlin, Morsestr. 2, und Hermann Hiebsch Nachfl. Heinrich Bothe in Stargard in Pomm. E. 5. 2. A. 7. 3. G. 26. 2. P. 8. 4.

Berlin-Köpenick. Kfm. Robert Glasfeld, Inh. d. Fa. Warenhaus Robert Glasfeld, Berlin-Friedrichshagen. E. 2. 2. A. 10. 3. G. 3. 3. P. 24. 3.

Burgstädt. Chemische Fabrik Diethensdorf G. m. b. H. E. 6. 2. A. 22. 2. G. 29. 2. P. 21. 3.

Hirschberg (Schl.). o. H. Carl Geyer, Inh. Erich und Carl Geyer. E. 6. 2. A. 30. 3. G. 2. 3. P. 13. 4.

Kassel. o. H. Hermann Kolkhort's Herrenkonfektionsgeschäft. E. 6. 2. A. 5. 3. G. 7. 3. P. 21. 3.

Bessert sich der Spichernring?

Ein aktueller Hauptkampf

Wir haben dem Spichernring an dieser Stelle oft genug Qualitätsmangel seiner Programme vorgeworfen und auch manchen Mißerfolg vorausgesagt. Warum sollen wir ihm heute, bei seiner ausgezeichneten Karte, nicht bescheinigen, daß er wirklich ernsthaft bestrebt ist, sich zu bessern. Konkurrenz belebt ja stets das Geschäft und an dieser fehlt es zur Zeit nicht, den Breitensträter, Sabri Mahir und Böcker verstehen allesamt etwas von der Branche. Daß heute, 20¼ Uhr, im Spichernring der Breslauer Tobeck gegen den talentierten Sabottke kämpft, ist ein Beweis, wie sehr man dort augenblicklich um aktuelle Paarungen bemüht ist. Sabottke befindet sich nach längerer Pause, verursacht durch eine Handoperation, im Aufstieg, der Breslauer hingegen lieferte am Freitag einen schwachen Kampf und schlug den Westfalen Stich nur nach Punkten. Beide kommen daher im richtigen Moment zusammen und es ist nicht ausgeschlossen, daß der technisch bessere Berliner sich mit einem Unentschieden in die vorderste Reihe unserer Halbschwergewichte bringt. Sein Sieg würde uns überraschen.

Auch das Nebenprogramm kann sich sehen lassen. Seyfried wird gegen Boja gewinnen, aber längere Zeit dazu benötigen als gegen Wieser. Volkmar und Meergrün sind eine ausgeglichene Paarung und passen ebenso zusammen wie Dalchow und Stegemann, die auf ihren Amateur-„Wanderfahrten" bei der A. E. G. auch einige Zeit Klubkameraden waren.

Auch die Amateure bringen Interessantes

Den 6. Meisterschaftskampftag bei den Amateuren führt Hermes heute 20 Uhr in den Germaniasälen, Chausseestraße 110, durch. Unter den elf Kämpfen befinden sich so interessante Begegnungen wie Pierentz - Post gegen Tiedke - A.E.G., Gehlhaar - Tennis gegen Jonschker-Astoria, Weitkowitz-Astoria gegen Ewert-Oberspree, Lungwitz-Astoria gegen Goericke-Heros und Scheuing-Sparta gegen Borch-Helios. Da kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Eishockey der Schulen

Pokalturnier in der Niebuhrstraße

Das Bezirksamt Charlottenburg führt auch in diesem Jahr die Eishockeyspiele für Schüler um den Wanderpreis des Bürgermeisters Augustin auf der Städtischen Eisbahn in der Niebuhrstraße durch. Sechs haben Mannschaften gemeldet. Der Spielplan ist folgender: Donnerstag, 14.30 Uhr: Herderschule gegen Goetheschule; 15.30 Uhr: Treitschkeschule gegen Schiller-Realgymnasium; Freitag 14.30 Uhr: Herderschule gegen Rheingauschule; 15.30 Uhr: Treitschkeschule gegen Grunewald-Gymnasium.

Schwedens und Amerikas Flagge am Siegesmast

Beginn der Skiwettkämpfe in Lake Placid / U.S.A. siegte im Zweierbobrennen

Das hochinteressante Skiprogramm der III. Olympischen Winterspiele nahm am Mittwoch mit dem 18-Km.-Langlauf seinen Anfang. Von den ausgelosten 62 Bewerbern stellten sich 61 dem Starter.

In Zeitabständen von einer halben Minute wurden die Bewerber vom Starter entlassen, als erster der Norweger Rustadstuen, der trotz grade überstandener Krankheit und mit der schlechten Startnummer 1 ein hervorragendes Rennen lief. Unter begreiflicher Spannung verfolgte die kleine skandinavische Kolonie die Meldungen von der Strecke. Bald hatten sich die im Mittelfelde liegenden Schweden Utterström und Vikström zu einem scharfen Rennen engagiert. Vikström leistete im Interesse der Landesfarben für seinen favorisierten Landsmann Führerdienste. Finnlands Kanone Martti Lappalainen hatt es mangels geeigneter Konkurrenz ebenso schwer wie sein Landsmann Saarinen. Beide mußten sich ihr Rennen selber machen.

Inzwischen hatte Utterström sich von seinem Landsmann Vikström getrennt und nach kurzem Kampfe den anderthalb Minuten vor ihm gestarteten Norweger Ole Stenen passiert, um in einem fabelhaften, gleichmäßig schnellen Tempo dem Ziele zuzueilen, das der Norweger Rustadstuen als erster erreichte, von starkem Beifall seiner Landsleute begleitet. Als aber schon zehn Minuten später Utterström mit langen Schritten herbeieilte, war es ziemlich sicher, daß der Schwede von keinem der anderen Mitbewerber in seiner Zeit von 1 : 23 : 05 erreicht werden würde.

Schweden hatte die erste Goldmedaille davongetragen, aber auch auf dem zweiten Platze placierte sich in Vikström ein Vertreter des gleichen Landes. Dann folgten die beiden Finnen Saarinen und Martti Lappadainen vor dem Norweger Rustadstuen. Der Favorit für die Kombination, Johann Gröttumsbraaten-Norwegen, endete als sechster, hatte sich aber anscheinend etwas zu viel zugemutet, denn er wurde kurz vor dem Ziel von einem Magenkrampf befallen und stürzte durch die Linie. Für die Kombination hat Gröttumsbraaten jedoch immer noch die besten Chancen, dann von den übrigen, für den zusammengesetzten Lauf gemeldeten Bewerbern benötigte Hans Vinjarengen-Norwegen als Zweitbester eine um mehr als fünf Minuten längere Zeit. Recht enttäuscht haben die Amerikaner.

Die Ski-Wettbewerbe werden nun am Donnerstag mit dem Skispringen für die Kombination fortgesetzt. Am Freitag folgt der Spezialsprunglauf und am Sonnabend der 50-Km.-Dauerlauf. Nachstehend das genaue Ergebnis des 18-Km.-Langlaufes:

1. Sven Utterström (Schweden) 1 : 23 : 07. 2. Vikström (Schweden) 1 : 25 : 07. 3. Saarinen (Finnland) 1 : 23 : 23. 4. Martti Lappalainen (Finnland) 1 : 26 : 31. 5. Arne Rustadstuen (Norwegen) 1 : 27 : 06. 6. Johann Gröttumsbraaten (Norwegen) 1 : 27 : 15. 7. Toikka (Finnland) 1 : 27 : 21,5. 8. Ole Stenen (Norwegen) 1 : 28 : 05. 9. Liikanen (Finnland) 1 : 28 : 29. 10. Nils Svärd (Schweden) 1 : 29 : 04. 11. G. Mattson (Schweden) 1 : 29 : 53. 12. Hans Vinjarengen (Norwegen) 1 : 32 : 40. 13. Chr. Hovde (Norwegen) 1 : 32 : 46. 14. Sverre Kolterud (Norwegen) 1 : 34 : 36.

Tollkühne Fahrt der Amerikaner

Weit mehr noch waren die Amerikaner am Ausgang des Zweierbobrennens interessiert, und so herrschte hier ein besonders starker Andrang. Die Ergebnisse des Vortages erhielten eine gründliche Korrektur, gelang es doch dem zweiten amerikanischen Bob die führenden Schweizer zu überflügeln, während Deutschland an fünfter und siebenter Stelle landete.

Der erste Bob, der auf der vereisten Bahn seine dritte Fahrt zu erledigen hatte, war unser Schlitten „Deutschland II" mit Huth und Ludwig. Sie fuhren auf „Nummer sicher", und ihre Zeit von 2 : 11,32 war unbedeutend. Gleich nach ihnen legten die Schweizer Capadrutt-Geier mit 2 : 03,52 einen neuen Bahnrekord vor. Die Sensation brachten aber die Amerikaner H. Stevens-Adams. Um die Sicherheit ihrer Bobs zu erhöhen, gleichzeitig aber auch die Glätte der Bahn voll ausnutzen zu können, hatten sie die Stahlkufen ihres Schlittens mit Lappen umwickelt. In gradezu halsbrecherischem Tempo fegten sie durch die Geraden und Kurven und als ihre Zeit von 1 : 59,69 einen neuen stark verbesserten Bahnrekord anzeigte, gab es Riesenbeifall. Mit dieser Fahrt war die Gesamtzeit der Schweizer erreicht, so daß im letzten Lauf alles auf eine Karte gesetzt werden mußte. Abermals zeigte die elektrische Zeitmessung für H. Stevens-Adams einen neuen Rekord an. Auf 1 : 57,68 steht die neue Höchstleistung, die sobald nicht mehr übertroffen werden wird. Da die Schweizer einige Sekunden mehr benötigten, war das Rennen zugunsten der Amerikaner entschieden.

Der erste deutsche Bob mit Kilian-Huber konnte seinen Platz etwas verbessern und im Gesamtergebnis auf den fünften Rang vorrücken, während Huth-Ludwig mit dem siebenten Platz vorlieb nehmen mußten. Das Schlußklassement:

1. „Amerika II" (H. Stevens-Adams). 2. „Schweiz" (Capadrutt-Geier). 3. „Amerika I" (J. Heaton-Minton). 4. „Rumänien" (Papana-Hubert). 5. „Deutschland I" (Kilian-Huber). 6. „Italien I" (Montelera-Casini). 7. „Deutschland II" (Huth-Ludwig).

Unentschieden 3 : 3 endete der Tenniskampf Mailand—Aegypten, der in Kairo zur Durchführung gelangte. Am Schlußtage siegte de Stefani (Italien) gegen Campbell mit 6 : 2, 6 : 3, während Gaslini-Sertorio mit dem gleichen Ergebnis von den Gebr. Grandguillot geschlagen wurden.

Familien-Nachrichten

Kurze Familienanzeigen

Verlobt: Esther Steinle mit Dr. Otto **Philippi**, Hamburg. — **Ilse-Ruth Dietsch** mit **Robert Koch**, Greiz i. Th. — **Thea Meyer** mit Zahnarzt **Robert Schmidt, Breslau.**

Vermählt: Dr. **Rudolf Huhle** und Frau **Ilse**, geb. Ringger, Leipzig. — **Fritz Duckstein** und Frau **Erika**, geb. Lehmann, Dresden.

Geboren: Ein Sohn: Dr. jur. **Gabriel de Perregaux** und Frau Elsi, geb. Gehlsen, Genf. — Dr. jur. **Gerhard Beckmann** und Frau Lore, geb. Mertens, Crimmitschau. — Studiendirektor **Fritz Doerfler** und Frau **Gabriele**, geb. Mayr, München. — **Hans Schöne und Frau Hanna, geb. Lehmann, Dresden.**

Eine Tochter: **Fritz Hildebrandt und Frau Else**, geb. Räuper, Hamburg. — Amtsgerichtsrat Dr. **Hermann Schmitt** und Frau Elisabeth, geb. Arndts, Leipzig. — **Heinrich Radenbach** und Frau Lotte, geb. Prinz, Erndtebrück. — Dr. **A. Goldrei** und Frau Anny, geb. Pohorvles, Dresden. — Oberstabsarzt Dr. **Scholl** und Frau Julia, geb. **Kares**, Stettin. — **Hans Ehrenlieb** und Frau Rosa, geb. **Guttentag**, Breslau.

Gestorben: Direktor **Georg Müller, Breslau.** — Kaufmann **Traugott Wagner**, 76 Jahre alt, Breslau. — Frau **Klara Bautz**, geb. Moses, Breslau. — Frau **Anna Geipel**, geb. Danzig, Dresden. — Frau **Ernestine Emilie Sommerschuh**, 78 Jahre alt, Dresden. — **Wilhelm Schönau**, 82 Jahre alt, Hamburg. — **Wilhelm von Baring**, Hamburg. — Frau verwitw. **Agathe Clasen, geb. Meyer**, 79 Jahre alt, Bad Schwartau. — Dr. **Erich Buchholz**, Altona. — **Heinrich Rittscher**, Hamburg. — **Eugen Offermann**, Hamburg. — **Heinrich Behrmann**, 76 Jahre alt, Hamburg. — Frau **Conradine Fölster**, geb. Fischer, Hamburg. — Berufsschuldirektor **Julius Otto Moser**, Leipzig. — Hotelier **Albert Wilhelm Faber**, Bad Elster. — Kommerzienrat **Karl Barth**, München. — **Karl Hanner**, München. — Frau **Anna Dafinger**, geb. Holzmüller, München. — Postinspektor **Josef Groll**, München. — Regierungsrat a. D. **Georg Munker, München.** — Frau Kommerzienrat **Wilhelmine Fabricius**, geb. Rating, 81 Jahre alt, Duisburg. — Dr. med. **Karl Vogelgsang**, Bad Adelholzen. — Frau **Laura Huber**, geb. Buhler, Passau. — Zollinspektor a. D. **Martin Hebel**, 70 Jahre alt, München. — Kunstmaler **Friedrich Curt Schäffer**, Dresden. — **Marie Gräfin von Schwerin-Löwitz**, geb. von Gerstenbergk-Zech, 74 Jahre alt, Löwitz. — Frau **Ernestine Feige**, geb. Kaelter, 79 Jahre alt, Breslau. — Frau **Helene Wedemann**, geb. Methner, Breslau. — Schulvorsteherin **Anna von Ebertz**, 89 Jahre alt, Breslau. — Aufsichtsratsvorsitzender **Philipp Jacoby**, 83 Jahre alt, Zweibrücken. — **Ernst Auerbach**, Mannheim.

Heute entschlief im 72. Lebensjahr unser geliebter Mann, Vater, Schwiegervater und Großvater

Justizrat

Max Drucker

Berlin, den 9. Februar 1932.

Sophie Drucker, geb. Bucky
Anita Schaefer, geb. Drucker
Stephanie Wittkowsky, geb. Drucker
Dr. phil. Oskar Schaefer
Dr. med. Curt Wittkowsky

Wir bitten **sehr**, von Beileidsbesuchen Abstand zu nehmen. Die Beisetzung findet am Freitag, dem 12. Februar, um 1 Uhr von der Neuen Halle Weißensee aus statt.

Am 10. Februar entschlief sanft nach arbeitsreichem Leben unser geliebter Vater, Fabrikbesitzer

Richard Riedel

im 72. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz

Amina Riedel, geb. Shaw
W. A. R. Riedel
Amina Riedel, geb. Ramsden

Berlin W 10, den 11. Februar 1932
Hohenzollernstr. 18.

Die Beisetzung erfolgt am Sonnabend, dem 13. Februar, nachmittags 1½ Uhr, auf dem Friedhof Heerstraße. (Untergrundbahnstation: Stadion.)

Tiefbewegt beklagen wir das Hinscheiden unseres hochverehrten Senior-Chefs, Herrn Fabrikbesitzer

Richard Riedel

Damit hat ein Leben rastlosen Fleißes und unermüdlichster Arbeit seinen Abschluß gefunden.

Unseren unauslöschlichen Dank können wir nur dadurch beweisen, daß wir seinen Geist in unserer Arbeit fortleben lassen.

**Prokurist Robert Seckendorf,
Angestellte, Meister und die Belegschaft
der Firma W. Riedel.**

Berlin SO 16, Köpenicker Straße 50.

Webfehler-Teppiche
Velours, Tournay, ferner
Ausnahme-Angebot:
ca. 2×3 . . . M 17.—, 23.—, 35.—
„ 2½×3½ M 27.—. 34.—
„ 3×4 . . . M 35.—, 48.—, 65.—
TEPPICH-KÖRNER
Potsdamer Straße 26 b

Bechsteinflügel 675.—, 775.—, Blüthnerflügel 875.—, Ibachflügel, Salonflügel 550.—, gebr. **Potsdamer Str. 74.**

MODERNE MÖBEL
Speise- u. Salonz., fast neu, u. andere Sachen günst. zu verk. **Tel. Pfalzb. 1364.**

Vermietungen

Ein sonniges Zimmer
möbliert oder teilmöbliert, einfenstrig, z. 1. März vermietbar. Inkl. Zentralheizung, Bad, elektr. Licht, Bedienung 42 Mark. Gute Lage, direkt **am Bahnhof Botanischer Garten (Wannseebahn)**, 16 Min. bis Potsdamer Platz, außerdem Straßenbahn 40, 177 und Autobus 20. Anruf: **Breitenbach 1940.**

Für Dauermieter
gut möbliertes Zimmer
an Dame oder Herrn (Bad, elektr. Licht), gute Fahrverbindung n. d. Innenstadt, ab 1. März 32 **zu vermieten.** Besichtigung außer Montags bei **Schulz, NW 5**, Wilhelmshavener Straße 30, vorn I.

Grundstücks-Verkehr

Für Siedler!
Holzschuppen, Standort Döberitz, Zustand gut, 18×9×3 **M 500,—**, 14×9×3 **M 400,—. Lützow 6032.**

Ehe Sie Möbel
kaufen, besichtigen Sie das Riesenlager von
H. Lipke, gegr. 1848
Beachten Sie aber genau **Nr. 6 bis 7 Koch-Str.**
Rauchtische von 4 Mark an, Teewagen mit 4 Gummirädern von 9 Mark an, kl. Sessel von 12 Mark an, Couches von 35 Mark an. Einzelmöbel aller Art, modern u. Stilmöbel, hocheleg. Schlaf-, Speise-, Herren-, Wohn-Zimmer u. Salons
Nur Nr. 6 bis 7 Koch-Str.

Pensions-Anzeigen

Sanatorium Lichterfelde
unter fachärztlicher Leitung
für innere und nervöse Kranke, Erholungsbedürftige. Neuartige Entziehungskur. Kurpr. v. RM 9.— an. Bln.-Lichterfelde-O., Jungfernstieg 14. Tel. G 3. Lichterfelde 2020

Brückenberg i. Riesengeb.
Haus Reinke, bek. preisw. gute Pension, Zimmer mit Zentralheizung.

Bergmannbaude
Seidorf (Riesengebirge) bei Brückenberg, 600 m hoch, best. empf. i. waldr. zentr. Lage, Bäd. i. Hause, Wass. stark radiumaktiv, ausgez. Verpfleg., nimmt noch Dauergäste auf. Gemütl. Heim, Vollpension 100,— monatlich.

Sanatorium Wölfelsgrund
im Glatzer Schneegebirge, 650-1425 m. Klinisch geleitete Kuranstalt für innere, Stoffwechsel, Nervenkranke und Rekonvaleszenten. Ganzjährig geöffnet. Zeitgemäße Preise — auch Pauschalsätze — Näheres durch Prospekte. Aerztl. Leitung: **Dr. Jaenisch u. Dr. Sommer.**

Herrlicher Pulverschnee, beste Ski- und Rodelbahn. Ski- und Gymnastiklehrer im Hause und die beliebte Stimmungskapelle.
Darum auf zur
Teichmannbaude
Krummhübel—Brückenberg
Pensionspreis 8—10 Mark.

FINANZ- UND HANDELSBLATT DER VOSSISCHEN ZEITUNG

BEILAGE ZU NR. 70 · MORGEN — VERANTWORTLICH: DR. HANS BUSCHMANN, BERLIN — DONNERSTAG, 11. FEBRUAR 1932

Gerechte Vorauszahlung

Anpassung der Einkommensteuer

Von

Dr. Herbert E. Hirschberg

Nach einer Verfügung des Reichsfinanzministeriums wird Vermögenssteuerpflichtigen, soweit sie einen neuen Steuerbescheid noch nicht erhalten haben, die am 15. Februar fällige Vorauszahlung zur Hälfte zinslos gestundet. Die Verfügung ist damit begründet worden, daß durch die mehrfach erfolgte Hinausschiebung des Erklärungstermins für die Vermögenssteuerveranlagung in der Mehrzahl der Fälle die neue Festsetzung noch nicht erfolgt ist, so daß die Steuerpflichtigen trotz des allgemeinen Vermögensrückgangs eine Vorauszahlung leisten müßten, die auf der Grundlage des Vermögens vom 1. Januar 1928 beruht.

Diese sehr begrüßenswerte (wenn auch nur billige) Verfügung des Reichsfinanzministers bedarf noch einer Ergänzung hinsichtlich der Vorauszahlungen für die Einkommensteuer. Diese erfolgen ebenfalls solange unvermindert weiter, bis ein neuer Steuerbescheid erfolgt ist. Es müssen also — da die Steuererklärungen für 1931 erst mit dem Schluß Februar abgegeben zu werden brauchen — bestimmt am 10. März 1932 (entsprechend der Vorverlegung um einen Monat) und wahrscheinlich in zahlreichen Fällen auch noch am nächsten Vorauszahlungstermin (ob 10. Juni oder 10. Juli steht noch nicht fest) Einkommensteuervorauszahlungen geleistet werden, die nach dem Einkommen 1930 berechnet sind. Nur wenn der Steuerpflichtige nachweisen kann, daß sein Einkommen sich im Jahre 1931 gegenüber dem des Vorjahres um mehr als 20 pCt. gemindert hat, konnte und kann er auf Grund des § 100 des Einkommensteuer-Gesetzes eine Herabsetzung der Vorauszahlungen verlangen.

Dieser Nachweis wird trotz des allgemeinen erheblichen Einkommenrückgangs in zahlreichen Fällen nicht zu führen sein. Denn die katastrophale Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage hat sich 1931 etappenweise vollzogen, so daß für das Gesamteinkommen des Jahres die Grenze von 20 pCt. vielfach auch in solchen Fällen nicht erreicht sein wird, in denen der Steuerpflichtige auf heutiger Basis eine wesentlich größere Einkommensminderung, etwa 30—40 pCt., zu verzeichnen hat. Hier ist also eine Aenderung der Bestimmungen dringend erforderlich. Die Härte wäre sehr leicht dadurch zu beseitigen, daß bis zum Erhalt einer neuen Steuererklärung an den Vorauszahlungsterminen nur je ¼ derjenigen Einkommensteuer zu leisten wäre, die der Steuerpflichtige auf Grund seiner jetzt abgegebenen Einkommensteuererklärung für 1931 nach eigener Berechnung zu zahlen hat. Hierbei ist der Unterschied zu beachten, der sich bei den Vorauszahlungen der selbständigen und der nichtselbständigen (im Arbeitnehmerverhältnis stehenden) Veranlagten ergibt. Bei den Selbständigen bezieht sich die vierteljährlich zu leistende Vorauszahlung auf die ganze zu entrichtende Einkommensteuer. Bei den nichtselbständigen Veranlagten betrifft die vierteljährliche Vorauszahlung nur den voraussichtlichen Differenzbetrag zwischen der beim Arbeitgeber abgezogenen Steuer von 10 pCt. und der endgültig veranlagten, bei der die für Einkommen über 8000 RM festgesetzten Steigerungssätze von 12½, 15, 20 usw. pCt. berücksichtigt werden. Bei diesen Steuerpflichtigen ist daher auch die Reduzierung des zu leistenden Vorauszahlungsbetrages wesentlich größer als der Grad der Einkommensminderung. Denn bei dem Sinken des Einkommens gelangt der Steuerpflichtige mit seinen Spitzenbeträgen in eine wesentlich geringere Stufe, etwa von 20 pCt. auf 12½ pCt., so daß nur noch eine kleine Differenz zwischen dem abgezogenen Lohnsteuerbetrag und der endgültigen Steuer übrig bleibt. Vielfach — etwa wenn sich ein Einkommen von 11 000 RM im Jahre 1930 auf nur etwa 8000 RM im Jahre 1931 vermindert hat — kommen vierteljährliche Vorauszahlungen überhaupt nicht mehr in Frage, da die Abzüge beim Arbeitgeber die Steuer bereits vollständig decken. Man kann nicht verlangen, daß Steuerpflichtige in solchen Fällen noch an einem oder zwei Terminen im Jahre 1932 unnötige Vorauszahlungen leisten, um so weniger, als in diesen Fällen meist auch die bereits für 1931 geleisteten und jetzt endgültig abzurechnenden Vorauszahlungen zusammen mit dem Gehaltsabzug beim Arbeitgeber den Betrag der endgültigen Steuer übersteigen werden, so daß dem Steuerpflichtigen aus dem Jahre 1931 noch eine Rückzahlung zustehen wird.

Neben diesen Sonderbestimmungen für die nächsten Vorauszahlungstermine ist aber noch etwas anderes, Generelles, zu fordern. Während in früheren Jahren das Einkommen bei normaler Entwicklung mehr oder minder gestiegen oder gleich geblieben ist, gibt es heute kaum jemand, der nicht 1932 mit einer erheblichen Minderung auch gegenüber dem schlechten Jahre 1931 zu rechnen hat. Es muß daher verlangt werden, daß auch für die Vorauszahlungen, die auf Grund des Einkommensteuerbescheides für 1931 als Vorauszahlung für 1932 neu festgesetzt werden, allgemein ein gewisser Abschlag zugelassen wird. Angesichts der absoluten Höhe der Einkommensteuer — zu der ja noch der 5proz. Zuschlag, die Bürgersteuer, die Ledigensteuer usw. kommt — ist es bei der Schwere der Zeit ein Erfordernis der Gerechtigkeit, daß die Vorauszahlungen für einen Steuerabschnitt den endgültig zu zahlenden Steuern so nahe wie möglich angepaßt werden.

10000 Versicherte warten

Allzu langsame Abwicklung der Rothenburger — Was tut das Reichsaufsichtsamt?

Vor mehr als drei Monaten hat das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung gegen die Rothenburger Feuerversicherung Antrag auf Konkurseröffnung gestellt. Seitdem schwebt das Verfahren, ohne daß sich für den Außenstehenden auch nur das Geringste ereignet hätte. Die Gesellschaft, die der Ansicht ist, sie sei nicht überschuldet, hat Rekurs eingelegt, über den ebenfalls noch nicht entschieden ist. Vielleicht im März, so heißt es, würde der Rekurs-Senat des Aufsichtsamts seinen Spruch fällen. Das Amtsgericht Görlitz andererseits, zu dessen Zuständigkeit der Konkurs gehört, hat den Prüfungstermin erst für Anfang Mai anberaumt. Es ist nicht erfindlich, warum, wenn der Konkurs bestehen bleibt, vom März bis Mai noch zwei Monate vergehen müssen, ehe der bürokratische Apparat sich in Bewegung setzt.

Wenn also die Bürokratie viel Zeit zu haben scheint, so liegen die Dinge für die Versicherten ganz anders. Die Gläubigerverbände unter Führung eines Berliner Rechtsanwalts, die 2 Millionen Forderungen vertreten, und der Konkursverwalter sind der Meinung, daß angesichts der vorhandenen Bankguthaben von über einer Million M ein Liquidationsvergleich angemessen sei, weil immerhin mit einer Quote von 50 pCt. gerechnet werden könne. Wie sich die amtlichen Stellen die weitere Abwicklung der Rothenburger Feuer denken, weiß man nicht. Das Schauspiel, das sich bietet, ist aber überaus traurig für die zum Teil sehr schwer geschädigten Versicherten und unerträglich, weil unter eine entscheidungsreife Sache kein Schlußstrich gezogen wird.

Es ist unwidersprochen behauptet worden, daß 10 000 Versicherte auf ihr Geld warten. Die Behörden sollten doch nicht vergessen, daß mit Menschenschicksalen gerechnet wird und nicht mit toten Ziffern. Viele Geschädigte sind auf die Ausschüttung angewiesen und wissen nicht, wie sie sich helfen sollen, da ihre Ansprüche nicht befriedigt werden. Es kann nicht der Sinn der Reichsaufsicht sein, die Rechte der Versicherten und Geschädigten durch ein langsames Abwicklungsverfahren zu schmälern. Es muß sich ein Ausweg finden lassen, der sowohl den Formalien als auch den Existenznotwendigkeiten der Versicherten Rechnung trägt.

In ihrer verzweifelten Lage wird in den Kreisen der Geschädigten der Gedanke erwogen, das Reich um Vorschuß anzugeben, der aus der Masse später zurückgezahlt werden könnte. Eine juristische Konstruktion, die das ermöglicht, ist aber nicht ersichtlich. Vielleicht geht es aber ohne Juristerei, wen man den guten Willen dazu hat. Auch im Reichsaufsichtsamt meint man wohl, daß etwas geschehen müßte. Das Amt selbst aber könnte hilfreich wirken, wenn es möglichst schnell die Rekursentscheidung trifft und dabei die Wünsche der Versicherten auf der Grundlage des Status berücksichtigt. Wenn dieser Schritt getan ist, sollte, falls nicht der Liquidationsvergleich stattfindet, dem Amtsgericht Görlitz aufgegeben werden, seinerseits den Prüfungstermin vorzuverlegen. Wo ein Wille, da ist ein Weg.

Notwendige Iduna-Bereinigung

Ebenso wie diese Rothenburger Angelegenheit zum Nachteil der Versicherten zu langsam abgewickelt wird, ist auch über die finanziellen Maßnahmen beim Iduna-Germania-Konzern noch nichts bekannt geworden. Zugegeben, daß die Zeit schwierig ist, Vermögensobjekte zu realisieren: aber das Interesse der Betriebsgesellschaften des Iduna-Konzerns erfordert eine intensivere Bearbeitung durch das Reichsaufsichtsamt. Es ist nicht ersichtlich, warum seit dem 19. Dezember auch wieder erst zwei Monate vergehen mußten, ehe . . . wieder nichts geschieht. Nach einigen Anläufen, die das Amt seit dem Favag-Skandal genommen hat, ist es wieder still geworden. Die Oeffentlichkeit muß der Wirksamkeit der Reichsaufsicht gegenüber immer skeptischer werden. Weiter wird ihr der Prüfungsbericht vorenthalten, so daß man über die schädigenden Transaktionen im Bereiche der Iduna-Holding keine Klarheit erhalten hat. Es ist nicht damit getan, daß der Generaldirektor sich von den Betriebsgesellschaften zur Holding zurückgezogen hat. Die zu lösenden Fragen sind wiederholt klar zur Erörterung gestellt worden. Man hat kein Verständnis mehr dafür, worauf die Behörden eigentlich warten, und man weiß nicht, wie sie ihre Autorität gegenüber der zögernden Taktik der Gesellschaften zur Geltung bringen wollen.

Zusammenschlüsse in der Hagelversicherung

Zur weiteren Rationalisierung im deutschen Hagelversicherungswesen haben Vorbesprechungen zwischen der Norddeutschen Hagel-Versicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit in Berlin (gegr. 1869), sowie der seit 1930 vereinigten Firma Borussia-Ostdeutscher Verband Hagel-Versicherungs-Verein a. G., Berlin (gegr. 1873) und der Preussischen Hagel-Versicherungs-Gesellschaft a. G., Berlin (gegr. 1885), über einen Zusammenschluß dieser drei Unternehmen stattgefunden.

Bei Verwirklichung des Fusionsprojekts dürfte die Norddeutsche Hagel-Versicherungs-Gesellschaft a. G. die beiden anderen Gegenseitigkeitsgesellschaften aufnehmen. Wie erinnerlich, ist bereits im Vorjahr zur Rationalisierung die Borussia Hagel-Versicherung mit dem Ostdeutschen Verband zusammengeschlossen worden. Nach dem Zustandekommen der jetzt geplanten weiteren Hagelsversicherungs-Fusion werden noch 15 private Hagelversicherungsgesellschaften bestehen, davon sind 4 Aktiengesellschaften. Weiterhin bestehen noch 10 öffentlich-rechtliche Hagelversicherungsanstalten.

Deutsche Ford AG. dividendenlos

Die Vermutung, daß der Dividendenausfall der belgischen und der holländischen Ford-Gesellschaft auf einem einheitlichen Bilanzschema für alle kontinental-europäischen Filialunternehmungen des amerikanischen Autokonzerns beruht, scheint sich zu bestätigen. Nach unseren Informationen wird auch die Ford-Motor-Company AG in Köln für 1931 keine Ausschüttung an die Aktionäre vornehmen, während im Vorjahre nach 1,3 Mill. M Abschreibungen auf Goodwill und Patente sowie 1,9 Mill. M Rückstellungen für die Kosten der Uebersiedlung nach Köln und Zollforderungen 10 pCt. Dividende auf das Aktienkapital von 15 Mill. M verteilt und 534 000 M vorgetragen worden waren.

Das Ergebnis ist nicht zuletzt dadurch beeinträchtigt worden, daß die Eröffnung des Kölner Werkes zeitlich fast genau mit dem Ausbruch der Julikrise, die den Automobilabsatz für mehrere Monate lähmte, zusammenfiel. In der letzten o. GV. hatte die Verwaltung der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Umsatz 1930 auf mehr als 50 Mill. M steigen würde. In Wirklichkeit dürfte er erheblich hinter der Vorjahrsziffer von 47 Mill. RM zurückgeblieben sein. Auch die Hoffnung, die für den Kölner Bau aufgenommenen Kredite durch eine Kapitalerhöhung ablösen zu können, ließ sich nicht verwirklichen. Wenn die Gesellschaft auch in erheblichem Umfang eigene Mittel bereitgestellt hatte, so dürften sich doch die im Vorjahr nur mit 3,2 Mill. M ausgewiesenen Verbindlichkeiten erhöht haben, ganz abgesehen von den Erfordernissen in der Absatzfinanzierung. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Verwaltung in erster Linie an die Stärkung der Reserven und der Liquidität denken will, selbst wenn ein Gewinn ausgewiesen werden sollte. Die Bilanzsitzung findet Anfang März statt.

●

Bankgeschäft Braun u. Co. insolvent. Die seit 1881 bestehende Berliner Bankfirma Braun u. Co. hat infolge größerer Ausfälle bei Debitoren und Unmöglichkeit schneller Verwertung sonstiger Aktiven die Zahlungen eingestellt. Mit der Aufstellung des Status ist der Treuhänder Walter Scherk, Berlin, beauftragt. Wie wir hören, werden nach einem vorläufigen Ueberblick die Passiven auf 400 000 RM geschätzt. Börsen-Engagements sollen nicht bestehen. Die Geschäftstätigkeit der früher angesehenen Firma hatte in den letzten Jahren einen erheblichen Rückgang erfahren. Ein Inhaber gehörte als Aufsichtsratsmitglied verschiedenen Industriegesellschaften an, u. a. der kürzlich insolvent gewordenen Eisen- und Emaillierwerke AG. Sprottau. Im übrigen war die Firma durch ihre langwierigen Anfechtungsprozesse gegen die Stolberg-Transaktion der Mansfeld AG. für Bergbau und Hüttenbetrieb hervorgetreten.

Neuer Verlust Stolberger Zink. Die Abschlußarbeiten der AG. für Bergbau, Blei- und Zink-Fabrikation zu Stolberg und in Westfalen, Aachen, für 1931 sind noch nicht beendet. Im Hinblick auf die außerordentliche Depression des Zink- und Bleimarktes ist aber auch für 1931 ein größerer Betriebsverlust entstanden. Die Dispositionen der Gesellschaft haben es ermöglicht, daß, obwohl die Vorräte des Zinkkartells bekanntlich weiter gestiegen sind, das Unternehmen seine eigenen Bestände an fertigen Metallen sehr gering halten konnte. Weitere Einschränkungen der Produktion sind nicht vorgesehen, da die derzeitige Erzeugung zur Erfüllung der Quote im Zinkkartell erforderlich ist (i. V. Verlust 1,38 Mill. vorgetragen).

Noch keine Banken-Entscheidung

Die gestrige Chefbesprechung der Reichsregierung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning hat in der Bankenfrage noch keine Entscheidung gebracht. Sie galt in erster Reihe einer Aussprache mit den beteiligten Ressorts, die nunmehr an die eigentliche Vorarbeit für die Durchführung des Reformplanes der Regierung gehen sollen.

Für diese Vorarbeiten sind in der gestrigen Chefbesprechung eine Reihe wichtiger Richtlinien aufgestellt worden. Es ist kaum anzunehmen, daß schon die nächsten Tage eine endgültige Lösung des Bankenproblems bringen werden.

In Berliner Bankkreisen herrscht nach wie vor die Auffassung, daß das Fusionsprojekt Dresdner Bank — Danatbank nur einen Ausschnitt aus dem Reformprogramm der Regierung für das gesamte Bankgewerbe darstellt.

Verlustreiche Börsen-Intervention

Die Bank für Industriewerte Aktiengesellschaft, nach dem im März v. J. erfolgten Ausscheiden der Privatbankfirmen aus dem Interventionskonsortium, an der Börse als Interventionsbank der Großbanken bekannt, verzeichnet in ihrer Bilanz vom 30. September 1931 neben 2 Mill. Aktienkapital 53 000 RM Teilschuldverschreibungen und 0,6 Mill. Reserven nur noch Kreditoren in Höhe von 30,89 (i. V. 59,98) Mill. RM. Diesen Betrag hat das Institut von dem hinter ihm stehenden Bankenkonsortium im Laufe der Zeit entliehen, um die Kursinterventionen an der Börse durchzuführen. Der Wertpapierbestand beziffert sich auf 33,34 (i. V. 62,75) Mill. An flüssigen Mitteln verzeichnet die Bilanz 2000 RM Kassebestand und 139 000 RM Bankguthaben. Die Ertragsrechnung schließt mit einem Verlust von 60 000 RM ab.

Da im letzten Geschäftsjahr nennenswerte Abverkäufe kaum möglich gewesen sind, während der Zeit der Börsenderoute hingegen wiederholt Stützungskäufe beträchtlichen Umfanges vorgenommen wurden, darf man schließen, daß die Minderbewertung des Portefeuilles um ca. 30 Mill. RM in etwa entsprechender Höhe durch Kursverluste herbeigeführt worden ist. Die obenerwähnte Beschränkung des Konsortiums auf die Großbanken dürfte angesichts des Kräfteverhältnisses zwischen Aktien- und Privatbanken keine entscheidende Rolle bei der Bilanzkontraktion der Bank für Industriewerte gespielt haben. Der Rückgang der Kreditoren stellt demnach zum überwiegenden Teil einen Schuldennachlaß der Stempelvereinigungsbanken dar, die den Verlust quotenmäßig aufteilen. Bei ihnen wirken sich also die Verluste auf den Interventionsbeständen als notwendige Abschreibung auf Debitorenkonto aus.

●

Ermäßigte Tilgungssätze für Neubau-Hypotheken. Amtlich wird mitgeteilt: Im Hinblick auf die schwierige Lage des Neuhausbesitzes und in dem Bestreben, die weitere Senkung der Neubaumieten zu fördern, hat der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister die Spitzenverbände der Realkreditinstitute gebeten, bei der Bemessung der Tilgungssätze von Tilgungshypotheken ein möglichst weitgehendes Entgegenkommen zu üben. Der Reichsarbeitsminister bezeichnet es als erstrebenswertes Ziel, daß allgemein ein Tilgungssatz von ½ pCt. zur Regel wird, und nur da Tilgungssätze von mehr als ½ bis 1 pCt. festgehalten werden, wo dies nach Lage des Einzelfalles unbedingt geboten ist.

Ausländische Börsen

AMSTERDAM, 10. FEBRUAR. (Effekten-Schlußkurse.)

	10. 2.	9. 2.
Staats- u. Stadtanl.		
6% Nederland 1922	100,63	100 9/16
4½% „ 1916	96,75	97,00
4½% „ 1917	99,25	99,63
4% „ 1931	91,75	93,00
4% „ 1916	92,88	93,63
7% Dt.Rijksl.49 (Daw.)	48,50	49,75
5½% do. 65 (Young)	36,38	36,00
6½% Bayr. Staats. Obl. 1945	39,75	39,75
7% Bremen 1935	38,00	—
6% Preußen Obl. 1952	31,75	—
7% Dresden Obl. 1945	—	—
6½% Keul. Cert. 1950	—	26,63
Bank- u. Kreditanst.		
7% D. Rt. Bk. Obl. 50	41,50	41,75
7% Dtsch. Hyp.-Bk. Berlin, Pfdbrf. 1953	—	—
7% do. Spark. & Giro-Verband 1947	30,50	30,00
7% Frankf. Hyp. Bk. Pfdbrf. 1958	60,00	—
7% Preuß. Pfdbrf.-Bk. Pfdbrf. 1953	—	—
7% Preuß. Zentralbod. Kred. Pfdbrf. 1960	—	62,50
7% S. Bdkr. Pfbr. 53	—	—
Amsterdamsche Bank	100,38	101,00
Nederld. Handel. My	—	—
Rotterdamsche Bank	70,00	70,00
Koloniale Bank	52,75	54,50
Nederl. Ind. Hd. Bk.	59,00	58,50
Dtsch. Rijksbank	—	—
Industrieunternehm.		
7% A. R. B. E. D. 1951	90,25	—
7% A. G. für Bergbau, Blei u. Zink O. 48	37,50	37,00
R. Bosch Dollar-Obl. 1951	60,25	—
8% C. Caoutsch. O. 50	—	—
7% Dtsch.Kalisyndikat Obl. Ser. A 1950	54,63	55,50
7% do. Gummiw. A. G. Obl. 1956	—	—
6% Gelsenk. Goldnt. 34	37,00	38,00
6% Harpener Bergbau Obl. mit Opt. 1949	41,00	39,00
6% I. G. Farben Obl.	—	—
7% Mitteld. Stahlw. Obl. m. Opt. 1951	—	—
7% Rhein. Westf. Bod. Cred. Bk. Pfdbrf. 53	—	—
7% Rhein-Elbe Un. Obl. m. Opt. 1946	35,63	—
7% R. W. E. Obl., 5jähr. Noten-Certif.	—	56,00
7% Siemens & Halske Ob. 1935	—	—

	10. 2.	9. 2.
6% Siemens & Halske, gewinnberecht. Obl.	—	—
7% Ver. Stahlw. O. 51	—	34,25
6½% Ver. Stahlwerke Obl. Lit. C	—	28,25
6½% Wintershall Obl.	40,00	41,88
Algemeene Kunstzijde	40,13	40,50
van Berkels Patent	26,25	26,25
Calvé Delft. Certif.	58,00	58,50
Holl. Kunstzijde Ind.	—	—
Intern. Viscose	—	—
Küchenm. I. Mij. v. A.	10,00	10,50
do. Int. Ultraphon	—	—
Philips, gem. Bez.	84,50	85,25
N. V. Unilever, Certif.	101,50	102,50
Wintershall A. G.	—	—
Americ.Bemb.Cy, Cert.	2 1/16	—
do. B. Cert.	2 1/16	—
do. Pref. Cert.	—	—
Americ. Enka, Cert.	9 9/16	9,25
Am.Glanzst.Kl.A. Cert.	—	—
do. 7% Cert. m. Opt.	—	20,00
Certif. J.G. Farben Act.	73,50	—
Int.Ges.f.Chem.Untern.	93,00	—
Ougrée Marihaye	113,50	117,00
Polyphon Werke, Cert.	—	—
Separator	—	38,00
Nederl. Kabel-Fabrik	245,00	243,50
v. Geld. (Ver. Kk. Papf.)	68,75	68,75
El.-, Gas-, Tel., Tlg., Wa		
7% Rh.-W. El.Obl. 1950	—	56,00
A. N. I. E. M.	167,00	168,00
Chade	—	—
Minen		
6% Eschw.BergwObl 52	45,00	48,00
Boet.Mijnbouw en Cult.	25,50	26,00
Redjang LebongMijnh.	70,00	—
Petroleum		
Kon. Ned. Petrol. Mij.	126,38	127,63
Schiffahrt		
Holl.Amerik. Lijn. alte	3,50	2,63
neue	2 9/16	—
Nederl. Scheepvrt. Unie	62,50	62,75
Verschiedenes		
Kreug.&TollWstd. Obl.	133,00	—
do. A. G. B. Ant.	120,00	118,00
Mueller&Co. Wstd. Pref	11,00	11,13
Montecatini	125,00	—
Vorläufig not. Werte		
6% Siem. & H. Obl. 2930	—	—
A. E. G. Cert. v. Akt.	—	—
Associated Rayon Cert.	—	—
Dtsch. Bank Cert.	—	—
Soc. Intern. de Placem.	—	252,00
Ford Akt., Berl. Em.	—	—
5% Associated Rayon Debentures	36,50	37,00

Deutsche Reichsschuldbuchforderungen

	10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.
			Fälligkeit 1942	40,00	—
Fälligkeit 1933	66,50	66,00	„ 1943	—	—
„ 1935	—	—	„ 1944	39,25	—
„ 1936	—	—	„ 1946	—	38,50
„ 1940	44,00	45,50	„ 1847	—	38,50
„ 1941	—	—	„ 1948	—	—

Tendenz: Träge.

PARIS, 10. FEBRUAR. (Effekten-Schlußkurse.)

	10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.
3% frz. Rente	79,10	79,10	Energ.d.Nrd.	654	669	Energie Ind.	278	279
4% 1917	97,75	97,65	Thomson	399	415	Est Lumière	535	536
5% 20 Amort.	126,55	126,40	Courrières	420	425	Industrie El.	670	680
6% 1920	104,17	104,15	Lens	480	488	Union d'Electric	850	910
6% 27 Amort.	107,90	108,05	Kuhlmann	390	400	Aciéries Longwy	545	550
B. de France	125,20	125,20	Gafsa	352	359	Schneider (Creuzot)	1020	1350
B. Nat. Crédit	99,00	105,00	Prod. Chim. Alais	1301	1306	Saint Gobain	2185	2180
B. Paris Pays Bas	1345	1349	Charg. Réun.	260	275	Soie Artif.	—	3460
Comp. Algér.	1420	1430	Transatlant.	95,50	94,50	Messageries Maritimes	86,00	92,00
Compt. Nat. d'Esc., Paris	1225	1244	Air. Liquide	702	716	Deutsch.Anl. 7% 1924	61,75	64,00
Crédit Fonc.	4740	4775	Union Europ. et Finance	428,00	460,00	5½% Young-Anleihe	453	456
Créd. Lyonn.	1850	1850	RussenCons.	3,70	3,70	Russ. Anl. 4½% 1909	1,90	1,85
Créd. Mobil. Français	439	438	Serben 4% 1895	60,50	61,50	Caoutchoucs	69,00	70,50
Soc. Générale	1068	1074	Türken Unif.	21,00	21,70	Hotchkiss	1230	1220
Suez	137,50	138,05	Banq. Ottom.	438	438	Jagersfont.	77,50	80,00
Est	912,00	917,00	Wagons Lits	100,00	99,00	Terres Roug.	139,00	145,00
Lyon	1274	1280	Tramways	481,50	490,00	Tharsis	237,00	239,00
Midi	1010	1008	Eaux (Cie Gén.)	1730	1730	Tubize	157,50	153,00
Nord	1730	1760	Electr. Paris	1125	1150	Harp. Bergb.	—	—
Orléans	—	—	Energie Electric	1035	1020			
Métropolit.	1255	1256						
Electricité (Cie. Gén.)	2340	2340						

LONDON, 10. FEBRUAR. (Effekten-Schlußkurse.)

	10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.
2½% Consols	54,50	54,75	Lond. North East Defd.	4,75	4,75	Brit. Burmah	3/9	3/—
War Loan	98,50	98 11/16	Metropolit.	36,00	36,00	Bwana M'Kubwa	2/7½	2/7½
4% Argent. 97	66,00	66,00	South Def.	9,25	9,50	Mex. Eagle C.	6/10½	7/1½
3½% Buenos Air. 1906-09	39,00	39,00	Undergrnd.	18/7½	18/9	Royal Dutch	15,00	15,13
4% Brazil. 89	20,00	20,50	Brazil Tract.	15,50	15,75	Shell Transp.	1 15/16	2,00
5% Chil. 11	20,00	20,00	Radio Corp.	10,50	10,38	ShellTr 5% Pr	9,00	9,00
5% do. 1896	20,00	20,00	Svenska Kugellager	6,88	7,00	Anglo Dutch Plantations	10/9	10/9
4½% Chin. 98	79,00	79,00	Cons. Goldf.	15/—	15/—	Rubb. Plant.	14/7½	14/9
5% do. 1896 (German)	100,00	100,00	Central Mining Corp.	6,25	6,25	Elect. Music. Industries	19/6	20/—
5% Chinese Reorg. Loan	57,50	57,00	East Rand	13/9	13/9	British Celanese Ord.	8/9	9/6
4% Egyptian	83,50	83,00	GeduldProp.	78/9	78/9	Courtaulds	30/7½	31/3
7% Germ. L.	72,50	73,75	Gen. Mining	15/—	15/—	Glanzstoff	*)	*)
6% State of Hamb. L. 26	49,50	49,50	Rand Mines	57/6	57/6	Snia Viscosa	—	45/7½
Köln.Sterl. L.	45,00	45,00	Randf. Est	27/3	27/6	Brit. Match	22/3	22/4½
5% D. Reichsanl. (Young)	52,50	54,00	West Rand	11/6	11/6	Swedish Match B	5,50	5,63
4% Japan 99	56,50	57,00	Cons. Diamd SW.-Africa	2/3	2/6	Kreug. & Toll	9,00	9,13
5% Mex. L. 99	7,00	7,50	DeBeers Def	3,50	3,25	Dunlop Rubb	11/7½	11/6
5% Russian 1906	0,75	0,75	do. Pref.	5,25	5,25	7% Germ. Pot	80,00	81,00
4% Türk.Unif	6,00	6,00	NewJagersfontein	0,88	0,88	Imper. Chemical Ind.	15/—	15/—
Great West.	42,00	43,25	Rio Tint.Ord	14,50	15,50	Intern. Hold.	1,25	1,25
London Midl.	16,75	16,50	Otavi Mines	10-12	10-12	Hydro Elect. Sec. Corp.	11,75	11,75
			Anglo-Pers.	35/7½	36/3			

*) Unerhältlich.

ZÜRICH, 10. FEBRUAR. (Effekten-Schlußkurse.)

	10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.
Orientbetrieb	119,00	120,00	A. E. G. Berlin	26,00	30,00
Elektrobank A.	599,00	618,00	J. P. Bemberg Barmen	82,00	83,00
Basler Handelsbank	471,00	473,00	Comp.Sevillana deElectr	159,00	—
Cont.LinolUnionZürich	56,00	58,00	Steaua Romana Petrol.	—	—
I.G.Chemie,Basel,volle	498,00	—	Svenska Serie B	99,00	102,00
Motor Columbus A.-G.	362,00	368,00	3½% S. B. B., Serie A.-K.	96,00	95,90
Schweiz Bankgesellsch	472,00	475,00	5½% Dt. Reichsanleihe (Young)	39,50	39,75
Schweiz. Bankverein	580,00	583,00	Int. Oest.Bundesanl.1930	53,00	53,00
Indelec Basel	—	618,00	7% Dt.Reichsanl., Frank	—	68,00
Schweiz. Kreditanst.	618,00	622,00	7% Dt.Reichsanl., Pfund	—	54,00
Böhler Stahl	—	—	Ungar. Staatsanl.	64,00	63,00
A. B. Kreuger & Toll	157,00	163,00	7% Bewag	—	—
Hispano Americ.A.B.C.	—	1045	7% Dt. Kalisyndikat	56,50	56,50
Italo-Argentina	—	153,00	**Basel**		
E. Licht u. Kraft Berl.	227,00	—	Chem. Fbk. vrm. Sandor	3200	3200
Gesfürel Berlin	57,00	59,00	Ges. f. chem. Industrie	2525	2560
Wiener Bankverein	6,00	—	5½% Young-Anleihe	—	—
Alumin.-Ind. Neuhaus.	1595	1635	**Genf**		
Brown,BoveriCoBaden	160,00	—	Totis	226,00	227,00
Elektr. Werk Lonza	93,00	98,00	Nasic	—	—
Nestlé & Anglo Suiss.	488,00	499,00			
Sulzer Unternehm.A.G.	450,00	465,00			

Tendenz: Schwächer.

Devisen und Noten

LONDON, 10. FEBRUAR.

	10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.
Paris	87,12	87,59	Belgien	24,59	24,72½	Italien	66,12	66,40
New York	342,88	344,88	Spanien	44,37½	44,75	Schweiz	17,56	17,67½
Berlin	14,41	14,52	Holland	850,00	854,75	Wien	31,00	31,00

LONDON, 10. FEBRUAR. (Privat-Telegramm.) Telegrafische Auszahlung in London auf Ostasiatische Plätze:

		10. 2.	8. 2.
Bombay	per Rupee	1/6 13/32	1/6⅛
Calcutta	per Rupee	1/6 5/32	1/6 5/32
Hongkong	per Dollar	1/5⅞	—
Shanghai	per Tael	1/11	—
Singapore	per Dollar	2/3⅞	2/3 7/[illegible]
Manila	per Dollar	2/10½	2/10½
Kobe	per Yen	2/0⅝	2/0 9/16

Amerikanischer Funkdienst

Fonds schließen matt

NEW YORK, 10. FEBRUAR

In Ermangelung anregender Momente und verstimmt durch die Preisverluste an verschiedenen Warenmärkten zeigte die Effektenbörse zu Beginn des Verkehrs **wiederum** ein eher schwächeres Aussehen, und die Stimmung war als ziemlich gedrückt zu bezeichnen. Der Beschäftigungsgrad der Stahlindustrie wird mit 28 pCt. der Kapazität unverändert geschätzt; die Frachtwagenanforderungen bei den amerikanischen Bahnen zeigten in dieser Woche einen weiteren Rückgang. Bei lustlosem Geschäft bröckelten die Kurse im Laufe des Vormittags bis zu 2 Dollar ab. Auburn-Automobile büßten 6 Dollar ein. Die Mehrzahl der führenden Werte zeigte allerdings kaum Veränderungen. Gegen Mittag setzten Deckungen ein, so daß sich im Laufe des Nachmittags Erholungen von 1 bis 2 Dollar ergaben. Union Pacific fielen durch einen Gewinn von 3 Dollar auf, da gerüchtweise verlautete, diese Gesellschaft werde morgen die reguläre Dividende erklären. Auch Auburn-Automobile konnten ihren Verlust voll wieder aufholen. In der letzten Börsenstunde trat unter dem Eindruck der Auslassung der Extra-Dividende bei Eastman Kodak ein allgemeiner Rückschlag ein. Eastman Kodak schwächten sich um 6 Dollar ab, und die Börse schloß matt.

Effekten-Schlußkurse

	10. 2.	9. 2.
Amerik. Eisenbahnakt.		
Atch., Topeka & St. Fé	71,75	71,75
Baltimore & Ohio	15,13	15,00
Canadian Pacific*)	13,75	13,75
Chesapeake & Ohio*)	21,63	21,38
Chic., Milwauk. & St.P.	2,25	2,13
Chic., Rock Isl. & Pac.	10,25	10,25
Erie com.	7,00	6,88
Great Northern pref.	17,38	17,50
Missouri Pacific pref.	16,63	15,75
New York Central	25,13	24,75
Northern Pacific	17,50	17,25
Pennsylvania	18,75	18,88
St.Louis & St.Francisco	4,00	3,75
Southern Pacific	28,25	28,25
Southern Railway com.	8,75	8,25
Union Pacific	69,00	67,50
Amerik. Industrieakt.		
Allied Chemical	63,25	64,75
American Can.	56,88	57,00
American Smelting	13,00	12,75
Americ. Steel Foundr.	6,75	5,88
Americ. Tel. & Telegr.	111,00	110,88
American Tabacco	70,00	73,50
Anaconda Copp Mining	8,75	8,88
Bethlehem Steel Corp.	16,50	16,25
Chile Copper	7,50	7,50
Chrysler	10,75	10,50
Columbia Gas u. El.	12,00	12,25
Consolidated Gas	54,00	55,13
Du Pont de Nemour	46,63	46,75
Eastman Kodak	69,25	75,00
General Electric	17,88	17,75
General Motors (St. 10 $)	20,00	19,88
Gillette Safety Razor	13,88	13,00
Good Year	13,00	13,25
International Harvest.	22,00	21,88
Internat. Match. pref.	19,88	19,38
Internat. Nickel	7,38	7,38
Lehman Corporation	36,50	37,25
Nash Motors	15,50	15,25
North American Co.	29,50	30,88
North American Trust shares	2,10	2,15
Radio Corporation	7,25	7,13
Royal Dutch	16,63	16,50
Sears Roebuk & Co.	27,88	28,88
Standard Oil	25,75	25,63
U. S. Rubber	3,63	3,88
U. S. Steel Corp. com.	38,38	38,13
Woolworth	37,38	38,13
National City Bank	42,75	42,00
Westinghouse Electric	23,75	23,38
Dtsch. Industrieaktien		
Karstadt	0,63	0,63
Norddeutscher Lloyd	7,50	7,63
Rhein.-Westf. El.-W.	13,00	13,00
Ausl. Industrieaktien		
Kreuger & Toll (20 schwed. Kronen)	7,25	7,25
Sofina	—	6,00
Amerik. Obligationen		
3½% U. S. A. Liberty B	94,25	94 5/16
4% St.LouisS.Francisco	29,00	29,50
5½% J. G. Chemical	67,00	67,75

*) Neue Aktien.

	10. 2.	9. 2.
Ausl. Industrie-Obligat.		
5% Kreuger u. Toll, 1959 (20 schwedische Kronenstücke)	55,25	55,00
Dtsch. Industrie-Werte		
6½% Berl. Städt. E.-W.	45,00	45,00
5½% Commerzbank 37	41,50	42,50
6½% El. Hoch- u. U.-B.	—	34,00
6% A. E. G. 1948	40,00	41,00
7% dito 1945	49,00	50,00
7% Dtsch. Atl. Telegr.	38,50	38,50
6% Deutsche Bank u. Diskontoges. 1932	72,00	72,50
6% Dt. Landesb. Ser. B	40,50	40,00
7% Rentenb.-Kred.-A.	42,00	41,63
6% do. Serie II	36,00	36,63
6½% Elektrowerke 50	35,00	34,50
6% Gesfürel 1953 o.Opt.	40,13	44,75
7% Hamb. El.-W. 1935	—	71,00
6½% Hapag 1940	35,00	35,00
6% Ilseder Hütte 1948	26,00	26,13
7% Miag m. Opt. 1956	—	28,00
6% Norddt. Lloyd 1947	31,25	31,75
6% Gelsenkirchen 1934	35,50	36,00
7% Rh.-Elbe-U. o.O. 46	35,00	34,25
7% Rhein-Main-Donau	—	51,00
6% Rhein.-W.El.W. 55	36,13	36,63
7% do. 50	—	51,00
6% do. m. Opt. 53	36,00	36,63
7% Sächs. Werke 1945	32,00	32,50
6½% Siem. & Halske 51	56,00	55,00
6% do. Deb. 2930	300,00	300,00
7% Hugo Stinnes 1946	24,00	24,25
7½% Leonh.Tietz o.Opt.	—	50,50
6% Ver. El.-W. Westf.	25,63	25,63
6% Rh.-W.Wasserw. 53	—	26,00
6½% V.Stahl S.A.o.O. 51	28,25	29,00
6% Viag 1945	34,00	34,00
6% Karstadt-Oblig 1943	23,00	23,00
6½% Ruhrgas-Anl. 1953	—	34,00
Ausländische Anleihen		
6½% Bayer. St.-Anl. 45	38,50	39,88
7% Belg. Stab. Anl. 55	94,50	94,50
7% do. 56	94,63	95,25
6½% Berl. Stadtanl. 50	—	27,75
7% Brem.Staats-Anl. 35	36,63	35,00
6% Spark u. Girov. 47	—	29,00
7% do. 47	30,38	30,50
7% Deutsche Reparat.-Anl. (Dawes-Anl. 49)	60,50	60,25
7% Dresd. Stadtanl. 45	40,00	40,00
6% Hamb.Staatsanl. 46	31,00	32,00
6½% Köln.Stadtanl. 50	—	28,50
7% Leipz. Stadtanl. 47	—	30,50
5% Mex. Ausl.-Anl. 45	2,75	2,75
4½% Mex. Irrigat. 43	2,13	2,13
4% Mex. Goldanl. 1954	1,50	2,00
7% Münch. Anl. 1941	30,00	30,00
7% Oesterr. Reg.-Anl. 1943 (Völkerb.-Anl.)	90,50	90,38
6½% PreußStaatsanl 51	31,13	32,00
6% do. 52	—	30,25
6% Stadt Wien 1952	56,00	56,00
5½% Dt.Reichsa.(Young)	36,13	35,75
Aktienumsatz	1 300 000	1 200 000

Tägliches Geld 2½ (Vortag: 2½) pCt. — Bankakzepte (90 Tage) Brief 2¾ (2¾) pCt.; do. Geld 2⅞ (2⅞) pCt. — Prima Handelswechsel: niedr. Kurs 3¾ (3¾) pCt.; do. höchst. Kurs 4 (4) pCt.

Devisenkurse: London (Cable Transf.) 3,42½ (3,44¼); Paris 3,93 11/16 (3,93⅝); Brüssel 13,95 (13,94½); Rom 5,19½ (5,20); Madrid 7,88 (7,70); Bern 19,52½ (19,51½); Amsterdam 40,37 (40,38); Stockholm 19,37½ (19,38); Oslo 18,70 (18,80); Kopenhagen 18,95 (19,00); Prag — (2,96½); Wien — (14,15 nom.); Budapest — (15,50); Belgrad — (1,78½); Athen — (1,28⅞); Japan 35,37 (35,37); Buenos Aires 25,75 (25,75); Rio de Janeiro 6,39 (6,39); **Berlin 23,77 (23,75).**

Silber: 29½ (29⅝).

Amerikanische Warenmärkte

NEW YORK, 10. FEBRUAR. Getreide. (Schluß.) Weizen: Rotwinter loko 69 (Vortag 68¾); Hartwinter loko 69 (69); Mais loko 46¾ (46½); Mehl spring wheat clears 4,20—4,60 (4,20 bis 4,60); Getreidefracht nach England 1 sh 6 d bis 2 sh 3 d (1 sh 6 d bis 2 sh 3 d); nach dem Kontinent 5—8 c (5—8 c).

Kaffee: Santos Nr. 4, loko 9⅛ (9⅛); do. Rio Nr. 7, loko 7⅛ (7⅛); Tendenz ruhig; März 6,10 (6,10); Mai 6,19 (6,22—21); Juli 6,27 (6,30); Sept. 6,33 (6,37—35); Dez. 6,40 nom. (6,44).

Baumwolle: Tendenz stetig; loko 6,55 (Vortag 6,65); März 6,45—6,46 (6,55—6,56); Mai 6,63—6,64 (6,75—6,75); Juli 6,80—6,80 (6,91—6,91); Okt. 7,01—7,02 (7,11—7,12); Dez. 7,17—7,17 (7,27—7,27); Jan. 33: 7,25—7,25 (7,35—7,35); Baumwollzufuhren in Atlantik- und Golf-Häfen 24 000 (47 000).

Metalle: Elektrolytkupfer loko 6 B (Vortag 6 B); prompte Lieferung 6 B (6 B); 30—90 Tage 6 B (6 B); Zinn loko 21,45 (21⅝); Blei loko 3,75 (3,75); Zink loko 2,80 (2,85); Roheisen 2 einfach Buffalo Lieferung Boston per Bahn 19,79 (19,79); Weißblech 4,75 (4,75).

Schmalz prime Western 5,30 (5,35); Talg extra lose 2¾ (2⅞); Baumwollsaatöl loko 3,75 (3,75); März 4,20 (4,28); Mai 4,34 (4,40).

Petroleum Standard white in Cases 16,65 (Vortag 16,65); in Fässern 12,25 (12,25); Midcontinent 33/33,9 g in Barrels 0,71 (0,71); Pennsylvania Rohöl 1,25—1,85 (1,25—1,85).

Zucker Zentrifugal, Tendenz stetig; März 89 (Vortag 89); Mai 92—93 bz (92); Juli 99 (98); Okt. 1,08 nom. (1,06 nom.).

Kautschuk thin crepe loko 4 9/16 (Vortag 4⅝); smoked sheet 3 15/16 (4).

Terpentin 39 (Vortag 38½); Savannah Terpentin 34 (33½).

NEW ORLEANS, 10. FEBRUAR. Baumwolle: loko 6,41 (Vortag 6,56); März 6,47—6,47 (6,62—6,62); Mai 6,65—6,65 (6,79 bis 6,80).

CHICAGO, 10. FEBRUAR. Getreide. (Schluß.) Weizen: Tendenz stetig; März 54¾ (54⅜); Mai 57⅞—57¾ (57⅛—57¼); Juli 58½—58⅜ (57¾—57⅞); Sept. 60—59⅞ (59¼—59⅛). Mais: Tendenz stetig; März 35 (34¾); Mai 38¼ (38); Juli 40⅜ (40); Sept. 41⅜ (41⅛). Hafer: Tendenz kaum stetig; Mai 24¼ (24⅜); Juli 24 (24); Sept. 24¼ (24⅜). Roggen: Tendenz stetig; März 41⅞ (—); Mai 44¾ (44⅛); Juli 45⅞ (45¼).

Infolge der schwächeren Veranlagung der Effektenbörse und auf Grund des günstigen Wochen-Wetterberichts eröffnete der Weizenmarkt mit niedrigeren Preisen. Infolge des Tendenzumschwungs in Wallstreet und angesichts der stetigen Winnipeger Meldungen traten später aber Preissteigerungen ein, zumal die Berufsspekulation als Käufer im Markte war. — Angesichts der größeren Zufuhren überwog am Maismarkte das Angebot. Im Einklang mit der Tendenz des Weizenmarktes machte sich im Verlaufe eine Erholung geltend.

Schmalz: Tendenz kaum stetig; März 4,67½ (Vortag 4,80); Mai 4,82½ (4,90); Juli 5,00 (5,07½); Sept. 5,17½ (5,22½). Speck 5,75 (5,75). Schweinezufuhren in Chicago 19 000 (27 000); im Westen 96 000 (113 000).

Leichte Schweine: niedr. Preis 4,00 (Vortag 3,85); höchst. Preis 4,20 (4,05); schwere: niedr. Preis 3,60 (3,50); höchster Preis 3,75 (3,65).

WINNIPEG, 10. FEBRUAR. Getreide. (Schluß.) Weizen: Tendenz stetig; Mai 63⅝ (Vortag: 63⅛); Juli 65 (64⅝); Okt. 66⅜ (66). — Hafer: Mai 31¾ (31⅞); Juli 31½ (31¾). — Roggen: Mai 45½ (44⅞); Juli 46½ (45⅞). — Gerste: Mai 39¾ (40); Juli 39⅜ (39½). — Leinsaat: Mai 102½ (102); Juli 102¼ (101⅝).

BUENOS Aires, 10. FEBRUAR. Getreide. (Schluß.) Weizen: Febr. 6,11 (Vortag: 6,06); März 6,23 (6,18); April 6,36 (6,31). — Mais: Febr. 4,24 (4,15); März 4,37 (4,26); April 4,51 (4,42). — Hafer: Febr. 4,85 (4,80). — Leinsaat: Tendenz stetig; Febr. 9,28 (9,30); März 9,40 (9,40); April 9,50 (9,50).

ROSARIO, 10. FEBRUAR. Getreide. (Schluß.) Weizen: März 6,10 (Vortag: 6,05); April 6,25 (6,20). — Mais: März 4,30 (4,20). — Leinsaat: März 9,25 (9,25); April 9,35 (9,40).

PARIS, 10. FEBRUAR.

	10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.
London	87,30	87,68	Oslo	476,00	—	Belgrad	44,70	—
New York	25,40	25,40	Stockholm	491,25	—	Rio	—	—
Belgien	354,25	354,25	Helsingfors	—	—	Warschau	—	—
Spanien	196,00	195,00	Prag	—	—	Sofia	—	—
Italien	131,85	131,95	Rumänien	—	15,15	Athen	—	—
Schweiz	495,50	495,50	Budapest	—	—	Konstantinopel	—	—
Kopenhag.	479,00	—	Wien	—	—	Buen. Aires	—	—
Holland	10,25⅛	10,23¾	Berlin	—	—			

AMSTERDAM, 10. FEBRUAR.

	10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.
			Italien	12,85	12,95	Prag	7,35	7,36
Berlin	58,82½	58,87½	Madrid	19,10	19,05	Belgrad	—	—
London	8,52⅝	8,56	Oslo	46,50	46,50	Warschau	—	—
New York	247 13/16	248,00	Kopenhag.	47,00	47,10	Helsingf.	—	—
Paris	9,75¾	9,76¼	Stockholm	48,00	48,15	Bukarest	—	—
Belgien	34,57½	34,58	Wien	35,25	35,25	Yokohama	—	—
Schweiz	48,35	48,20	Budapest	—	—	Buen. Aires	—	—

KOPENHAGEN, 10. FEBRUAR.

	10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.
						Stockholm	102,15	102,10
London	18,16	18,16	Antwerpen	73,75	73,55	Oslo	98,85	98,85
NewYork	529,50	527,50	Zürich	103,35	103,00	Helsingf.	8,17	8,17
Berlin	126,00	125,35	Rom	27,55	27,55	Prag	15,75	15,70
Paris	20,95	20,95	Amsterdam	213,90	212,65	Wien	—	—

OSLO, 10. FEBRUAR.

	10. 2.	9. 2.					10. 2.	9. 2.
			New York	537,00	535,00			
London	18,35	18,35	Amsterdam	217,00	216,00	Stockholm	104,00	103,50
Berlin	127,50	127,00	Zürich	105,50	105,00	Kopenhag.	101,50	101,50
Paris	21,20	21,10	Helsingfors	8,50	8,50	Prag	16,25	16,25
Rom	28,00	28,00	Antwerpen	75,00	75,00	Wien	—	—

STOCKHOLM, 10. FEBRUAR.

	10. 2.	9. 2.					10. 2.	9. 2.
			Schweiz	102,00	101,50			
London	17,84	17,84	Amsterdam	209,50	209,00	Helsingfors	8,00	8,00
Berlin	123,75	123,25	Kopenhagen	98,50	98,50	Rom	27,25	27,25
Paris	20,60	20,45	Oslo	97,00	97,00	Prag	15,75	15,75
Brüssel	73,00	72,50	Washington	519,00	516,00	Wien	—	—

Alles nominell.

ZÜRICH, 10. FEBRUAR. (Devisenkurse.)

	10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.
Paris	20,17⅞	20,17⅞	Wien	—	—	Belgrad	905,00	905,00
London	17,62½	17,70	Stockholm	99,25	99,50	Athen	660,00	660,00
NewYork	512,50	512,50	Oslo	96,30	96,50			
Brüssel	71,46	71,47½	Kopenhag.	97,25	97,50	Konstantinopel	245,00	244,00
Italien	26,57	26,60	Sofia	370,00	370,00	Bukarest	302,25	302,25
Madrid	39,55	39,40	Prag	15,17	15,17½	Helsingfs.	770,00	770,00
Holland	206,88	206,50	Warschau	57,30	57,40	BuenosAir.	132,00	130,00
Berlin	121,70	121,60	Budapest	—	—	Japan	180,00	180,00

MAILAND, 10. FEBRUAR.

	10. 2.				
		Belgien	268,00	Stockholm	373,00
Wien	—	Bukarest	11,50	Madrid	148,00
Paris	75,60	Berlin	460,00	Sofia	—
New York	19,20	Zürich	376,00	Athen	—
Prag	57,00	Belgrad	—	Budapest	—
London	66,50	Oslo	363,00	Rußland	—
Holland	807,78	Kopenhagen	368,00	Warschau	215,00

●

Ermäßigung des Privatdiskonts. Der Satz für Privatdiskont wurde Mittwoch um ⅛ pCt. ermäßigt, und zwar auf 6¾ Geld und 6⅝ Brief.

Noch keine Borsig-Entscheidung. Wie wir hören, dauern die Verhandlungen über die Rekonstruktion der August Borsig G. m. b. H. in Berlin-Tegel noch an. In der Zwischenzeit wird der Betrieb mit einer Belegschaft von 750 Mann weitergeführt.

Erste Auswirkung der Notzölle

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 10. FEBRUAR

Die englischen Außenhandelsziffern für Januar zeigen für den Import einen Rückgang um 15 Mill. Pfd. von 77,027 Mill. Pfund im Dezember auf 62,266 Mill. Pfd. im Januar. Es spiegeln sich hier die ersten Auswirkungen der Notzollverordnungen wider. Allerdings zeigt auch der Export einen leichten Rückgang um 0,921 Mill. von 32,077 Mill. Pfd. im Dezember auf 31,156 Mill. Pfd. im Januar. Die Wiederexporte betrugen 5,239 Mill. Pfd. im Januar gegenüber 5,536 Mill. Pfd. im Dezember.

Dividenden

Ilse, Bergbau-AG., in Grube Ilse: Schätzung 8 (i. Vorjahr 10) pCt.

Eintracht, Braunkohlenwerke und Brikettfabriken in Welzow (N.-L.): Schätzung wieder 10 pCt.

Wolfram Lampen A G., Augsburg: Wieder 10 pCt. aus 94 623 (i. V. 97 793) RM Reingewinn.

Kammgarnspinnerei Düsseldorf: Schätzung 0 pCt.

Bremer Straßenbahn, A G., Bremen: Schätzung 6 (i. Vorjahr 8) pCt.

Bayerische Actien-Bierbrauerei, Aschaffenburg: Schätzung 7½ (i. V. 15) pCt.

Gewerbebank Eisleben: Vorschlag 5 pCt., nach Stärkung der Reserven.

●

Amerika-Ausschuß für deutsche Anleihen. Auf Anregung deutscher Bankiers hat sich, wie der „Vossischen Zeitung“ aus New York gekabelt wird, unter Vorsitz von Henrik Jolles (Vizepräsident der National City) ein Ausschuß gebildet, der prüfen soll, ob ein ständiges amerikanisches Komitee zu Verhandlnugen mit Deutschland über Stillhalte-Abkommen für kurzfristige Kredite an deutsche Länder und Gemeinden gegründet werden soll. Es kommen insgesamt Beträge von 20 Millionen Dollar in Frage. Die deutsche Anregung wurde in der Bankierssitzung der Federal Reservebank erwogen.

Rheinische Verkehrsgesellschaft liquidiert. Die Rheinische Verkehrsgesellschaft, die in der weiteren Umgebung Kölns eine Reihe von Autobuslinien selbst betreibt und gleichzeitig die Dachgesellschaft für örtliche Omnibusverkehrsgesellschaften bildet, wird nunmehr, nach einer Drahtung unseres Kölner Korrespondenten, von der Reichsbahngesellschaft und der Reichspost gemeinsam liquidiert. Die Reichspost wird den Wagenpark zum Teil übernehmen. Ueber die Einzelheiten wird noch verhandelt. Die Rheinische Verkehrsgesellschaft arbeitete, wie in der „Vossischen Zeitung“ bereits dargelegt wurde, seit Jahren mit hohen Verlusten, die auch nach der vor drei Jahren erfolgten Zusammenlegung des Aktienkapitals nicht beseitigt werden konnten.

Existenz-Kampf der Baumwolle

Verzweifelte Farmer — 70 prozentige Preisrückgänge — Gefährliche Zwangswirtschaft

Halbierte Exporte

Eigener Bericht der „Vossischen Zeitung"

NEW ORLEANS, La., ENDE JANUAR 1932

Die verzweifelte Situation am amerikanischen Baumwollmarkt, die bereits zu Stützungskäufen der Regierung und der Verbrennung von Tausenden Hektaren Weizen auf dem Halm zwang, ist auf zwei Bewegungen zurückzuführen: Die Preis- und Verbrauchsbaisse.

Während der Preis für das Pfund Roh-Baumwolle noch im Februar 1931 sich um 12 Cents herum bewegte, betrug er im Oktober des gleichen Jahres nur noch gegen 6 Cents für das Pfund. In den letzten 150 Jahren hat der Baumwollhandel nur zweimal, 1844 und 1898, Preise erlebt, die gleich den heutigen nur gegen 6 Cents für das Pfund mittlerer Qualität in New Orleans ergaben. Der Farmer, der in Jahren der Hochkonjunktur nach dem Kriege 200 Dollar und mehr für den Ballen Baumwolle erzielen konnte, erhielt in den letzten Monaten für die gleiche Menge seines Erzeugnisses nur gegen 27 Dollar. Der Preis der Baumwolle beträgt damit nur noch ein Siebentel des höchsten Nachkriegspreises.

In dem mit Januar 1932 endenden Halbjahr z. B. zeigt der Weltverbrauch in Baumwolle mit 10,94 Mill. Ballen gegen 12,98 Mill. im Vorjahr einen relativ bescheidenen Abfall. Eine Aufteilung dieser Einschränkung auf die einzelnen Baumwolle produzierenden Länder ergibt jedoch für Nordamerika die verhängnisvolle Erscheinung, daß sie mit 5,38 nach 7,05 Mill. Ballen fast vollständig auf Kosten der nordamerikanischen Baumwolle gegangen ist. Der Verbrauch von nichtamerikanischer Baumwolle (indischer, ägyptischer usw.) ging nur von 5,93 auf 5,56 Millionen Ballen zurück. Am Rückgang des Weltverbrauchs um ca. 15,8 pCt. war somit die nichtamerikanische Baumwolle nur mit ca. 6,1 pCt., die amerikanische dagegen mit 23,7 pCt. des Gesamtabsatzes beteiligt.

16,9 Millionen Ballen auf Lager

Kein anderes Bild ergeben die Lagerbestände des amerikanischen Baumwollhandels. Bei einem Durchschnittsweltverbrauch im Jahr an Rohbaumwolle von 1921 bis 1931 von 18,73 Mill. Ballen, war 1930 ein unverkaufter Restbestand aus der amerikanischen Ernte von 8,92 Mill. Ballen zu verzeichnen. Die 1931 fatalerweise besonders günstige Ernte ergab schätzungsweise 16,9 Mill. Ballen. Der amerikanische Baumwollhandel allein verfügte demnach um die Jahreswende über etwa 25,82 Mill. Ballen Rohbaumwolle, d. h. über wesentlich mehr als Jahresdurchschnittsverbrauch der ganzen Welt beträgt. Amerika selbst verbrauchte im Durchschnitt der letzten 10 Jahre nur etwa 6 Mill. Ballen im eigenen Lande. Der amerikanische Baumwollhandel ist daher — was seine augenblicklichen Schwierigkeiten weiterhin erhöht — stärker als alle andern amerikanischen Rohstoffproduzenten auf Export angewiesen. Deutschland, England, Frankreich und Italien haben im August, September und Oktober 1931 etwa 800 000 Ballen, d. s. etwa 40 pCt. weniger amerikanische Baumwolle gekauft als in der gleichen Zeitspanne des Vorjahres; darunter Deutschland allein 325 000 Ballen oder 50 pCt. weniger! **Man weiß in Baumwollkreisen, daß eine Streichung der Kriegsschulden der früheren Verbündeten, die auch zu einer Entlastung Deutschlands führen müßte, speziell auf das Baumwollgeschäft belebend wirken würde.**

Andererseits bemüht man sich eifrig, den inneramerikanischen Verbrauch von Baumwolle zu heben. Amerika verbrauchte in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt von seinen landwirtschaftlichen Produkten 99,55 pCt. seiner Wolle, 98,26 pCt. seines Maises, 98,11 pCt. seines Hafers, 74,10 pCt. seines Weizens; aber nur 45,07 pCt. seiner Baumwolle. Es wird viel Propaganda dafür gemacht, die Einfuhr von Jute durch Zölle einzudämmen und Baumwolle zu Verpackungen, Treibriemen usw. an Stelle von Jute zu verwenden. Ein solcher Zoll würde vor allem den englisch-indischen Jutehandel treffen und vielleicht die englischen Baumwollkäufer veranlassen, um so weniger amerikanische Baumwolle zu kaufen, was den erhofften günstigen Effekt eines Jutezolles für den amerikanischen Baumwollhandel zunichte machen könnte.

Nur etwa 10 pCt. der gesamten Güterproduktion der U.S.A. geht ins Ausland. In diesem Export von 10 pCt. der Gesamtproduktion bildet die Baumwolle den wertmäßig größten Bestandteil; 60 pCt. der amerikanischen Baumwolle gingen in den letzten 10 Jahren durchschnittlich ins Ausland. Baumwollhandel und Bankiers sind somit die größten Interessenten für ein Wohlergehen des größten Rohstoffkäufers, Europas.

Die Gründe für seine verzweifelte Situation sucht der amerikanische Baumwollhandel vor allem in der verfehlten Zoll-, Preis- und Anbaupolitik der amerikanischen Bundes- und Staatsbehörden. Immer wieder hebt der Baumwollhandel hervor, daß die hohen amerikanischen Einfuhrzölle auf europäische Fertigwaren es den europäischen Ländern unmöglich machen, ihre Produkte gegen amerikanische Rohstoffe, insbesondere Baumwolle, einzutauschen.

Der gehaßte Farm-Board

Der bitterste Haß des Baumwollhandels gilt aber nicht den Zöllen — man wünscht sich ja selbst einen Einfuhrzoll auf Jute —, sondern der Preis-Stabilisierungs-Politik des Federal Farm Board und der von diesem begünstigten Farmer-Cooperation. Das Federal Farm Board gemeinsam mit einer Reihe von Banken der Südstaaten der Union haben beschlossen, insgesamt etwa 7 Mill. Ballen Baumwolle bis zum August 1932 vom Markt fernzuhalten. Außerdem liegen dem Kongreß zwei Gesetzentwürfe vor (der „export debenture und equalization fee"-Plan), die beide darauf hinauslaufen, auf eine recht komplizierte Weise mit gleitenden Exportprämien den Inlandpreis für Baumwolle über dem Auslandpreis zu halten. Beide Entwürfe sind schon einmal in den Vorberatungen vom Präsidenten abgelehnt worden. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß sie trotzdem in irgendeiner Form demnächst Gesetz werden.

Verhinderte Auslese

Außerdem verhindert die künstliche Preisfixierung die Ausschaltung der zur Baumwollkultur ungeeigneten Farmen und Farmer, sie bewirkt sogar in vielen Fällen eine höchst unerwünschte Erweiterung des Anbaues: der seines Preises für Baumwolle sichere Farmer baut mehr Baumwolle an, um den niedrigen Verkaufspreis durch die größere Menge des Produkts auszugleichen. Noch bis 1927 begnügten sich viele Baumwollfarmer mit einer Baumwollernte im im Jahr; heute ist es üblich, so viel und so oft Baumwolle anzupflanzen, als nur immer das Land hergibt. Das hatte zwei verhängnisvolle Folgen: Der Farmer war nicht mehr imstande, sich selbst mit Lebensmitteln und Viehfutter zu versehen; außerdem saugen die sich überstürzenden Baumwollernten den Boden über Gebühr aus; in den letzten zehn Jahren war die Baumwollausbeute pro Ernte und Bodeneinheit im Durchschnitt bis zu 20 pCt. geringer als in den letzten zehn Jahren vor dem Kriege.

Viele Staaten der Union versuchen nun dieser Gefahr durch eine gesetzliche Beschränkung der Anbaufläche vorzubeugen, was praktisch fast unmöglich ist und überdies die zwangsweise Verminderung des mit Baumwolle bepflanzten Bodens um 30 bis 50 pCt. zur verhängnisvollen Folge hat. An die Stelle hochwertiger Produkte zu niedrigen Kosten ist heute die mit hohen Kosten auf ungeeigneten Böden erzeugte Baumwolle getreten, woran die Farmer entweder bankrott gehen oder versuchen, mit anderen Nutzpflanzen mehr zu verdienen. Diese Einschränkung des Baumwollanbaues durch Gesetz trifft die Farmer auf guten Böden ebenso wie auf ungeeigneten.

Die Unterbindung der natürlichen Auslese bewirkt die schematische Einschränkung des Baumwollanbaues, die Ausbeute an hochwertigen Produkten in gleichem Maße sinkt, während sie bei natürlichem Ablauf des Prozesses nicht nur relativ, sondern wahrscheinlich auch absolut steigen würde.

Baumwollhandel, Baumwollarbeiter und ein großer Teil der Plantagenbesitzer können nach allem mit guten Gründen die Beseitigung sämtlicher staatlichen Anbau- und Preiskontrollen fordern, und fordern sie auch laut und energisch.

A. E. Johann

Warenmärkte

Kupferpreis 6,37½ Cents

Nachdem bereits den Kupferhütten anheimgestellt worden war, insgesamt 2000 To. zum Preis von 6,37½ Cents gegenüber der offiziellen Kartellnotiz von 6,87½ Dollar-Cents abzugeben, hat das Internationale Kupferkartell, die Copper Exporters Inc., soeben auch die offizielle Notiz cif Nordseehäfen auf 6,37½ Cents je lbs. herabgesetzt.

*

Amtliche Berliner Metall-Terminnotierungen vom 10. Februar. Kupfer: Febr. 51¾ B 51 G; März 52 B 50½ G; April 51½ B 50½ G; Mai 51¾ B 51¼ G 51½ bz; Juni 52½ B 51½ G; Juli 52¾ B 52¼ G; Aug. 53½ B 52½ G; Sept. 54 B 53 G; Okt. 54½ B 53½ G; Nov. 55 B 54 G; Dez. 55¾ B 54¾ G; Jan. 1933: 56¼ B 55 G; Tendenz schwach. — Blei: Febr. 20¼ B 20 G; März 20¾ B 20¼ G 20½ bz; April 21 B 20½ G; Mai 21½ B 21 G; Juni 23 B 22 G; Juli 23½ B 23 G; Aug. 23¾ B 23¼ G 23½ bz; Sept. 24 B 23 G; Okt. 24 B 23 G; Nov. 24¼ B 23¼ G; Dez. 24¼ B 23½ G; Jan. 1933: 25 B 23½ G; Tendenz stetig. — Zink: Febr. 20¼ B 19¾ G; März 21 B 20 G; April 21 B 20¾ G; Mai 22 B 21¼ G; Juni 22½ B 21½ G; Juli 23 B 22 G; Aug. 23½ B 22¼ G; Sept. 24 B 23 G; Okt. 24½ B 23¼ G; Nov. 25 B 23¾ G; Dez. 25½ B 24 G; Jan. 1933: 25¾ B 24¼ G; Tendenz lustlos.

LONDON, 10. FEBRUAR. Metalle. (Schluß.) Kupfer: Tendenz flau; Standard per Kasse 35¾—35⅞; 3 Monate 35¼—35⅜; Settl. Preis 35¾; Elektrolyt 40—41; best selected 37½—38¾; strong sheets 72; Elektrowirebars 41. Zinn: Tendenz willig; Standard per Kasse 137—137¼; 3 Monate 139⅞—140⅛; Settl. Preis 137; Banka 157; Straits 140. Blei: Tendenz stetig; ausländ. prompt $14^{9}/_{16}$; entft. Sichten $14^{11}/_{16}$; Settl. Preis 14½. Zink: Tendenz willig; gewöhnl. prompt 13¾; entft. Sichten $14^{3}/_{16}$; Settl. Preis 13¾. Aluminium: Inland 95. Antimon Regulus: Erzeug.-Preis 42—42½; chines. 25—25½; Quecksilber 17⅞—18; Platin 11/4; Wolframerz 14¾—15¼; Nickel inländ. 240—245; Ausländ 37; Weißblech 14¼—14¾; Kupfersulphat 19½—20; Cleveland Gußeisen Nr. 3 58½. — Gold: 120/4. — Silber: $19^{5}/_{16}$; do. Lieferung $19^{7}/_{16}$.

Kautschuk

LONDON, 10. FEBRUAR. Kautschuk (Pence per lbs.): Tendenz träge; Standard Nr. 1, Crepe loko 3¼ bzW; Standard smoked sheet, loko 2¾ bzK; do. März $2^{13}/_{16}$ bzV; do. April 2⅞ V; do. April-Juni 2⅞ bzK; do. Juli-Sept. 3 bzK; do. Okt.-Dez. 3⅛ bzK.

Leder und Häute

HAMBURG, 10. FEBRUAR. Häuteauktion. Die heutige Auktion des Verbandes norddeutscher Häuteverwertungen ergab bei gutem Besuch und ziemlich reger Kauflust eine Steigerung der Preise, namentlich für Kalbfelle. Die Preise für diese Sorten lagen entsprechend der letzten Berliner Auktion um 8—10 pCt. höher als bei der vorigen Hamburger Versteigerung, während Großviehhäute so ziemlich eine ruhigere Preistendenz behaupten konnten. Im weiteren Verlauf der Versteigerung schwächte die Kauflust etwas ab, so daß viele Lose unverkauft blieben. Teils wurden überhaupt keine Gebote abgegeben.

Textilien

BREMEN, 10. FEBRUAR. Baumwolle. (Schluß.) Termine: März 7,34 B 7,28 G 7,34 bz; Mai 7,46 B 7,40 G; Juli 7,55 B 7,52 G 7,57 bz; Okt. 7,73 B 7,70 G 7,77 bz; Dez. 7,83 B 7,79 G; Tendenz kaum stetig.

Der Nachmittagsverkehr eröffnete leicht abgeschwächt, 4 bis 6 Punkte niedriger. Im Verlauf gaben die Preise bei zunehmendem Angebot langsam weiter nach. Der Markt schloß kaum stetig, 3 bis 5 Punkte unter den Nachmittags-Eröffnungsnotierungen.

LIVERPOOL, 10. FEBRUAR. Baumwolle. (Schluß.) Gesamter Tagesimport 10 800. — Lokomarkt: American middl. 5,55; ägypt. Sakellaridis F. G. F. 7,35; do. Upper F. G. F. 6,38; ostind. M. G. Surtee F. G. 5,49. American Universal Stand. middl.: Tendenz ruhig; Febr. 5,22; März 5,20; April 5,19; Mai 5,19; Juni 5,19; Juli 5,20; Aug. 5,21; Sept. 5,22; Okt. 5,24; Nov. 5,26; Dez. 5,30. — Aegypt. Sakellaridis: Tendenz stetig; März 7,13; Mai 7,32; Juli 7,50; Okt. 7,74; Nov. 7,80; Dez. 7,89. Upper, März 6,22; Mai 6,30; Juli 6,38; Okt. 6,51; Nov. 6,55; Dez. 6,64.

ALEXANDRIA, 10. FEBRUAR. Baumwolle. Sakell./Ashmouni: Febr. 10,88; März 13,46; April 11,01; Mai 13,88; Juni 11,16; Juli 14,17; Okt. 11,46; Nov. 14,85.

BOMBAY, 10. FEBRUAR. Baumwollnotierungen: Fullygood M. G. Bengal, März 187; Fine M. G. Oomra, März 207; London auf Bombay 1/613.

Kolonialwaren

LONDON, 10. FEBRUAR. Zucker. (Schluß.) Termine: Februar 6/4½ B 6/0 G; März 6/1½ B 6/1¼ G; April 6/3½ B 6/2 G; Mai 6/4 B 6/3¾ G 6/4 bz; Juni 6/5½ B 6/4½ G; Juli 6/6¼ B 6/5 G; Aug. 6/7¼ B 6/7 G; Sept. 6/8¼ B 6/7¼ G; Okt. 6/9¼ B 6/8 G; Dez. 6/10¼ B 6/9¼ G; Tendenz stetig. — Reis (Shilling per cwt. C. J. F.): Tendenz fest; Burma Nr. 2, Febr.-März 9/3 V; Saigon Nr. 1, Febr.-März 9/4½ nom.

Oele und Fettwaren

LONDON, 10. FEBRUAR. Talgauktion. Heute fand keine Talgauktion statt. Die Tendenz war für Lokoware lebhaft, Preise 1 Shilling höher bezahlt, später ruhiger bei zeitweise 6 Pence höheren Preisen.

Kasse gegen Dokumente

Hamburger Handelskammer an das Reichsgericht

Infolge einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 24. November 1931 über die bei Dokumentengeschäften wichtige Klausel: „Kasse gegen Dokumente", die in der Hamburger Kaufmannschaft große Beunruhigung hervorrief, hat die Hamburger Handelskammer an den Präsidenten des Reichsgerichts eine Eingabe nachstehenden Inhalts gerichtet:

„Das Reichsgericht hat sich in einer Entscheidung vom 24. November 1931 seiner bisherigen Praxis entsprechend (vgl. R.G. 47, 145; 59, 23; 106, 299) wiederum auf den Standpunkt gestellt, daß die Klausel „Kasse gegen Dokumente" jede Bedeutung verliert, sobald die Ware am Ablieferungsort oder Bestimmungsort eingetroffen ist, und daß der Käufer in diesem Falle trotz der Klausel „Kasse gegen Dokumente" nicht zu zahlen braucht, bevor ihm nicht Gelegenheit gegeben ist, die Ware zu untersuchen.

Diese Entscheidung hat in der Hamburger Kaufmannschaft eine solche Beunruhigung hervorgerufen, daß die Handelskammer sich für verpflichtet erachtet, das Reichsgericht auf die Rechtsauffassungen hinzuweisen, die nicht nur als lokale Hamburger Handelsgebräuche, sondern im internationalen Handelsverkehr als Handelsgewohnheitsrecht in die Erscheinung getreten sind.

Enthält der Abladekontrakt die Klausel „Kasse gegen Dokumente", so ist der Käufer verpflichtet, Zug um Zug gegen Uebergabe der Dokumente Zahlung zu leisten, sofern diese nach Form und Inhalt den kontraktlichen Verpflichtungen des Verkäufers entsprechen. Die Klausel „Kasse gegen Dokumente" ist die typische Klausel, die nicht nur das Abladegschäft, sondern auch andere Kontrakte zu einem „Dokumentengeschäft" macht. Das Charakteristikum des Dokumentengeschäfts besteht darin, daß die Ware in Gestalt der sie vertretenden Dokumente geliefert wird, ohne Rücksicht darauf, ob bei dem Abladegeschäft die Ware erst abzuladen ist, schwimmt oder bereits im Bestimmungshafen eingetroffen ist.

Der Käufer hat nicht das Recht, die Zahlung zurückzuhalten bis zum Eintreffen der Ware im Bestimmungshafen, um Gelegenheit zu haben, die Qualität derselben auf ihre Kontraktmäßigkeit hin zu prüfen. Der Käufer ist aber auch nicht berechtigt, wenn die Ware bereits am Kai des Bestimmungshafens liegt, vor Aufnahme der Dokumente sich von ihrer Beschaffenheit zu überzeugen; der Käufer ist vielmehr unter allen Umständen zur Vorleistung verpflichtet.

Es handelt sich, was die vorstehenden Ausführungen anbelangt, nicht um doktrinäre Auslegungsgrundsätze, sondern um Rechtsauffassungen, die Allgemeingut der Kaufmannschaft geworden sind und die sich demnach zweifelsfrei aus dem in der Vereinbarung der Klausel „Kasse gegen Dokumente" liegenden stillschweigenden Willen der Parteien ergeben.

Da die Abladegeschäfte regelmäßig die Klausel enthalten „Kasse gegen Dokumente bei Eintreffen des Dampfers auf der Elbe bzw. im Hamburger Hafen", so hat die Entscheidung des Reichsgerichts bedauerlicherweise zu einer großen Rechtsunsicherheit geführt. Die Käufer können sich jetzt weigern, unter Hinweis auf die höchstrichterliche Entscheidung, die ihnen angedienten Dokumente aufzunehmen, mit dem Verlangen, die Ware zunächst zu besichtigen. Da der Verkäufer resp. die von ihm beauftragten Banken kraft internationalen Handelsgewohnheitsrechts einen Anspruch darauf haben, gegen Uebergabe kontraktgemäßer Dokumente Zahlung zu empfangen, so werden ihnen erhebliche Ungelegenheiten bereitet.

Da sich das Recht in einer den Bedürfnissen der beteiligten Kreise entsprechenden Weise nur dann fortentwickeln kann, wenn zwischen den Gerichten und den beteiligten Kreisen eine gewisse Fühlung besteht, die darin zum Ausdruck kommt, daß die Gerichte Auskünfte und Gutachten von den Handelskammern bzw. den betroffenen Handelszweigen einholen, so hält die Handelskammer sich für verpflichtet, das verehrliche Reichsgericht auf die offensichtliche Anomalie hinzuweisen, die zwischen der ständigen Rechtsprechung des Gerichts und den übereinstimmenden Rechtsauffassungen aller beteiligten Kreise in- und außerhalb Deutschlands besteht.

Will der Käufer die Ware nur nach Besichtigung bezahlen, so steht es ihm frei, etwa in Gestalt der Klausel „Zahlung nach Empfang und Richtigbefund der Ware" eine entsprechende Vereinbarung zu treffen. Die Klausel „Kassa gegen Dokumente" steht im Gegensatz zu derartigen Vereinbarungen, sie erlaubt dem Käufer ausschließlich die Prüfung der Richtigkeit dessen, wogegen er zu zahlen hat, nämlich der Dokumente."

Schweres Braugeschäft

HAMBURG, 10. FEBRUAR

Die Holstenbrauerei A.G., Altona, erzielte im Berichtsjahr 11,09 (1930: 13,56) Mill. RM Einnahmen (nach Abzug der Rohstoffkosten), die damit noch unter das Ergebnis 1928/29 sanken. Für Betriebs- und Handlungsunkosten, Löhne und Gehälter wurden 4,26 (5,13), für Steuern 4,79 (5,45) Mill. RM aufgewendet. Nach Abzug von 1,43 Mill. RM Abschreibungen (1,5) verbleibt ein Reingewinn von 0,62 (1,48) Mill. RM, aus dem, wie schon berichtet, 6 pCt. (in den beiden Vorjahren 14 pCt.) Dividende vorgeschlagen werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ging der Gesamtumsatz um rund 23 pCt. zurück.

Wie die Verwaltung berichtet, war auch das Auslandsgeschäft der Holstenbrauerei durch die Weltkrise in der Entwicklung gehemmt, und die Entwertung des englischen Pfundes und anderer Währungen bereitete der Gesellschaft weitere Schwierigkeiten im Verkauf. Die Verwaltung hebt im Bericht hervor, daß die Betriebe der Holstenbrauerei wirtschaftlich arbeiten. Der Absatz sei jedoch weiter rückläufig und die Aussichten für das neue Geschäftsjahr ungünstig.

In der Bilanz werden die Anlagen mit 11,8 (12,1), Bier- und Warenvorräte mit 3,58 (3,57), Waren- und Darlehensschuldner mit 6,87 (6,42) Mill. RM aufgeführt. Die Abschreibungen auf Waren- und Darlehensschuldner, die 1930 183 770 RM betrugen, sind im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 0,55 Mill. RM erhöht worden. Bankguthaben, Kasse und Wertpapiere erscheinen mit 0,196 (1930: 0,4; 1929: 0,6) Mill. RM. Bei unverändert 10 Mill. RM Aktienkapital stellen sich die Akzepte auf 1,82 (1,24), verschiedene Gläubiger auf 3,67 (4,06), noch nicht fällige Bier- und andere Steuern auf 1,17 (1,03), Barhinterlegungen und verzinsliche Einlagen auf 2,9 (3,18) Mill. RM. Neu erscheint das Währungsverrechnungskonto mit 0,73 Mill. RM, auf welchem die Verwaltung die Differenz zwischen Gold- und Kurswert der Verpflichtungen bzw. Außenstände in Pfundwährung per 30. September 1931 einstweilen verbuchte.

●

Frachtausschüsse gebilligt. Die Beiräte der Märkischen Wasserstraßen, für Elbe und Oder traten gestern, wie angekündigt, unter Vorsitz von Ministerialdirektor Stapenhorst zusammen. Einleitend umriß Staatssekretär Königs nochmals die Ziele der Vorlage. Die Zusammensetzung der Frachtenausschüsse durch die Aufsichtsbehörden könne nur nach den Vorschlägen der Wirtschaft erfolgen, damit die Ausschüsse das Vertrauen aller Beteiligten genössen. Es handle sich nicht um Bestrebungen der Regierung, Einfluß zu gewinnen. Die Initiative für Frachtenfestsetzungen bleibe der Wirtschaft. Die Aufsichtsbehörde habe nur ein Bestätigungsrecht. Vorsicht sei geboten mit der Befugnis der Frachtenausschüsse zur Verteilung des Frachtgutes. Zum Schluß warnte der Redner davor, auf eine restlos vollkommene Lösung zu warten, da dann leicht überhaupt nichts zustande käme. Nach einer Aussprache wurde für die märkischen Waserstraßen und für die Elbe der Regierungsvorlage zur Errichtung von Frachtenausschüssen zugestimmt. — Der Oderwasserstraßenbeirat bat, es angesichts der Bewahrung des bestehenden freiwilligen Frachtenausschusses bei dem jetzigen Zustande zu belassen.

Streik in der Maschinenfabrik vorm. Wagner u. Co., AG., Cöthen. Durch einen Schiedsspruch war den Facharbeitern des Unternehmens eine außertarifliche Zulage um ein Drittel gekürzt worden. Als diese Kürzung bei der Lohnzahlung vorgenommen werden sollte, trat, wie der „Voss. Ztg." aus Halle gedrahtet wird, die Belegschaft von 225 Mann, geschlossen in den Streik.

RECHT UND LEBEN · WOCHEN-BEILAGE DER VOSSISCHEN ZEITUNG

VERANTWORTLICH: RECHTSANWALT DR. ERICH EYCK-BERLIN · DONNERSTAG, 11. FEBRUAR 1932 · NUMMER 6

Vom Reichsgericht / Aus dem 133. Band

Von Dr. jur. PAUL SCHULIN, Amtsgerichtsrat in Witzenhausen a. d. Werra

Ich kann mich nicht entsinnen, daß einer der bisher hier besprochenen 26 Bände mir soviel Schwierigkeiten in der Auswahl bereitet hätte wie dieser 133. Band. Die erste Auswahl ergab 42, die zweite immer noch 35 Entscheidungen, die sich zur Besprechung drängten, alles Erkenntnisse, die für das Wirtschaftsleben hichtig und sehr wichtig sind, und von denen man keine missen möchte. Gleichwohl bleibt nichts übrig, als weiter auszusondern und das übrigbleibende so knapp wie möglich darzustellen.

I. Gesellschaftsrecht

1. Entgegen der Entscheidung des 7. Senats (RGZ. 131 S. 179) hält der 2. Senat *Wahlabreden unter Gesellschaftern* nicht für nichtig, denn die Wahlfreiheit in der Generalversammlung werde dadurch nicht angetastet; der einzelne Gesellschafter sei und bleibe in seiner Abstimmung der Gesellschaft gegenüber frei; auf Erfüllung könne nicht geklagt werden, höchstens auf Schadensersatz, der aber auch dann entfalle, wenn der Verpflichtete gegen die Person des Vorgeschlagenen triftige sachliche Gründe anzuführen vermag (S. 90). Der kaufmännischen Reinheit halber möchte ich die Entscheidung des 7. Senats für zweckmäßiger halten.

2. Grundsätzlich können die *Ansprüche der Aktiengesellschaft auf Kapitaleinlagen* und die der *GmbH. auf Einzahlung von Stammeinlagen* abgetreten und gepfändet werden. Doch darf der Vermögensstand der Gesellschaft dadurch nicht verringert werden; sie muß also bei der Abtretung ein vollwertiges Entgelt erhalten und bei der Pfändung darf die Schuld der Gesellschaft, wegen deren gepfändet wird, nicht wirtschaftlich minderwertig sein, denn dann läge keine vollwertige Gegenleistung (durch Tilgung der Gesellschaftsschuld) vor (S. 81). Diese Beschränkungen gelten nicht für die Nachschußverbindlichkeiten im Sinne der §§ 26 ff GmbHG. (S. 297).

3. Nach § 30 GmbHG. darf das zur Erhaltung des Stammkapitals erforderliche Vermögen der Gesellschaft nicht an die Gesellschafter ausgezahlt werden. Wenn und soweit aber der Gesellschaft eine *vollwertige Gegenleistung* zugeflossen ist, ist für § 30 kein Raum. Maßgebend ist allein der Zeitpunkt der Erfüllung des Gegenleistungsversprechens (S. 393).

4. Aus der Rechtsprechung, daß bei der Veräußerung sämtlicher Geschäftsanteile einer „*Grundstücks-G. m. b. H.*" die Gewährleistungsvorschriften wie beim Verkauf eines Grundstücks anzuwenden sind, folgt nicht, daß *alle* Vorschriften über den Verkehr mit Grundstücken anwendbar sind; das muß für jede einzelne Vorschrift aus den wirtschaftlichen Erwägungen geprüft werden. Will z. B. ein Minderjähriger seinen Gesellschaftsanteil veräußern, so bedarf es nicht der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung wegen Grundstücksverkaufs (S. 7).

II. Firmenrecht

Auch wenn der Geschäftsinhaber sein Geschäft nicht auf die Dauer veräußert, sondern nur *verpachtet, haftet* der Pächter, der die gleiche Firma beibehält, *für die Geschäftsschulden* des Verpächters; und führt nach Beendigung des Pachtvertrags der Verpächter das Geschäft in gleicher Weise fort, so haftet er wieder für die Geschäftsschulden des Pächters. Um dieses zu vermeiden, muß der Verpächter schon im Pachtvertrag eine entsprechende Vereinbarung treffen. Firmengleichheit besteht auch, wenn der bisherigen Firma ein auf ein neues Gesellschaftsverhältnis hindeutender Zusatz beigefügt wird; streicht aber ein Einzelkaufmann, der das Geschäft einer offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft übernimmt, den Zusatz, so wird die Firma willkürlich geändert, und es besteht keine Firmengleichheit mehr (S. 318).

III. Kreditvertrag

Kann ein Unternehmen, insbesondere ein solches, das Abzahlungsgeschäfte betreibt, seine *Buchforderungen* je nach der Höhe des gewünschten Kredits an seinen Geldgeber in der Weise abtreten, daß es selbst zum Einzug und Verfügungen im eigenen Namen berechtigt bleibt und der Kreditgeber seine Gläubigerrechte nur geltend machen, insbesondere die *Drittschuldner von der Abtretung nur benachrichtigen* darf, wenn das Unternehmen seinen Rückzahlungsverpflichtungen nicht nachkommt? Aus der Entscheidung, Band 118, S. 361, konnte man auf einen dieser Vereinbarung recht ungünstigen Standpunkt des Reichsgerichts schließen. Die Erkenntnis der heutigen Wirtschaftsnot, des Mangels an Betriebskapital, der Notwendigkeit des Abzahlungsgeschäfts hat aber zu einer *Bejahung* der Frage gezwungen. Genau in Umkehrung des früheren Spruchs legt das Reichsgericht nicht mehr dem Kreditgeber, sondern den anderen, die mit dem Unternehmen in Verbindung treten wollen, die *Erkundungspflicht* auf; *denn jeder müsse heute damit rechnen*, daß solche oder ähnliche Verträge vorliegen (S. 234). Wie stark unser ganzes Wirtschaftsleben schwankt, erkennt man an solchen entgegengesetzten Entscheidungen. (Siehe auch Recht und Leben Nr. 34/1931.)

IV. Preisbindungen

1. Die reversmäßige Bindung, gewisse Preise einzuhalten, geschieht durch die Verpflichtungserklärung des Abnehmers und die Annahme dieser Erklärung durch den Lieferer, ist also ein schuldrechtlicher Vertrag. Der Lieferer ist aus diesem Vertrag verpflichtet, das Preissystem ernst gegen Verstöße zu verteidigen und hierbei nicht willkürlich zu verfahren; er muß alles tun, um die durch den Preisschutz bezweckte Gleichmäßigkeit der Preise durchzusetzen. Sonst wird der Kunde frei (S. 51).

2. Vertragliche Preis- und Absatzbedingungen, die der einzelne Unternehmer selbst, ohne seinerseits insoweit durch Kartellvertrag gebunden zu sein, mit seinen Kunden eingeht (sog. *autonome Preisbindungen der zweiten Hand*), *fallen nicht unter die Kartell-VO.* und auch nicht unter § 1 Abs. 3 des 5. Abschn. der NotVO. vom 26. Juli 1930 (RGBl. I S. 311), gegen die vielfache Ansicht im Schrifttum (S. 51, 330).

3. Das Unterbieten im gewerblichen Wettbewerb ist nur dann unerlaubte Handlung, wenn es *einerseits* auf Mißachtung eigener Rechtspflichten oder auf geflissentliches Ausnutzen fremden Vertragsbruchs, *anderseits* auf die Spekulation auf die Vertrags- und Gesetzestreue der Mitbewerber gegründet ist. Nur dieser Gesamttatbestand macht das Geschäftsgebaren unsittlich. Voraussetzung ist lückenloser Ausbau und Handhabung des Preisschutzsystems schon zur Zeit des Erwerbs der Ware (S. 330).

V. Bestätigungsschreiben und Rechnung

Weil die Rechnung nach Geschäftsabschluß übersandt wird und Rechnungen im allgemeinen nur zur Angabe der Warenmenge und des Preises dienen, sind sogenannte *Fakturenklauseln* unbeachtlich und werden nicht durch Stillschweigen des Abnehmers Vertragsinhalt. Wird Auftragsbestätigung und Rechnung in einer Urkunde verbunden, so müssen beide so rechtzeitig abgesandt werden, daß der Empfänger *noch vor Eingang und Abnahme der Ware* in der Lage ist, den Bedingungen der Auftragsbestätigung zu *widersprechen*. Sonst werden die Bedingungen der Bestätigung nicht Vertragsinhalt, und der Käufer kann sie unberücksichtigt lassen; er braucht dann nicht zu widersprechen. (S. 339.)

VI. Konkurs- und Anfechtungsrecht

1. Der Treugeber kann im Konkurs des Treuhänders das Treugut aussondern. Kein Treuhandverhältnis liegt vor, wenn jemand einen Gegenstand nur für Rechnung und im Interesse eines anderen als dessen *stiller Stellvertreter* von einem Dritten erworben hat; dann steht dem Vertretenen aus dem Auftragsverhältnis nur ein schuldrechtlicher Anspruch auf Uebereignung des erworbenen Gegenstandes zu; und daran wird auch nichts durch den Glauben beider Parteien, es handle sich um ein Treuhandverhältnis mit seinen Folgen, geändert. (S. 84.)

2. Ein *Verkauf unter Eigentumsvorbehalt* bis zur vollen Bezahlung ist beiderseits noch nicht erfüllt. Hatte der Gemeinschuldner die Waren vereinbarungsgemäß unter gleichen Bedingungen weiterverkauft und übergeben, so kann der Konkursverwalter das Ankaufsgeschäft ablehnen, aber *bezüglich des Weiterverkaufs auf Erfüllung bestehen*; ein etwaiger Rückgabeanspruch des Lieferers gegen den Gemeinschuldner kann die Erfüllung des Weiterverkaufs nicht behindern, denn die Ware befindet sich bei Konkurseröffnung nicht mehr im unmittelbaren oder auch nur mittelbaren Besitz des Gemeinschuldners. Der Gemeinschuldner ist in solchen Fällen regelmäßig nicht Treuhänder seines Lieferers bezüglich der Waren und der an deren Stelle getretenen Kaufpreisforderung gegen seine Abnehmer.

VII. Verkehrsrecht

1. Gab es früher eine Militär-, so gibt es heute eine *Verkehrsfrommheit*. Der Satz im Urteil S. 152 ist für sie bezeichnend: „Jedenfalls aber sind die Bedürfnisse des Verkehrs das vorwiegend Entscheidende"; sie gehen jeder ursprünglichen Eigenart der Gegend, jedem Wohnbedürfnis, jeder Sorge um die Standfestigkeit der Häuser vor. Zwar soll das Verkehrsunternehmen „darauf bedacht sein, durch Wahl und Handhabung der Betriebsmittel Schädigungen möglichst herabzumindern"; aber wenn es nicht möglich ist? Für die Ortsüblichkeit (§ 906 BGB.) seien nicht die Verhältnisse des ruhigen Villenvorortes, sondern die der ganzen Linienführung maßgebend; wenn es der Gesellschaft beliebt, eine neue Omnibuslinie von einem Fabrikviertel durch die innere Stadt in den Villenvorort zu legen, so würde sie dadurch eine neue Ortsüblichkeit für den Vorort schaffen!

2. Nach §§ 823, 831 BGB, also bei Verschulden, ist derjenige, der ein Kind überfährt, regelmäßig auch dessen Mutter schadenersatzpflichtig, die zwar nicht selbst anwesend, durch die Schreckenswirkung einen Nervenzusammenbruch erleidet. Haftet er mangels Verschuldens nur nach dem Kraft-Fahrz.-G. (§ 7), so trifft ihn diese Schadenersatzpflicht nicht, denn solche *Schreckwirkungen* sind nicht dem Kraftfahrzeugbetrieb eigentümlich, sondern können durch jeden Unfall und Schrecken darüber eintreten.

VIII. Vorteilsausgleichung in der Zwangsvollstreckung

Ein in unserer Zeit außerordentlich wichtiges Urteil ist das auf Seite 221: Die Parteien standen in Verhandlungen über den Kauf einer vom Kläger benötigten Spezialmaschine (Preis etwa 20 000 RM); Kläger gab einen Scheck zu treuen Händen auf einen größeren Teilbetrag, die Beklagte stellte die Maschine her und verwertete den Scheck, den der Kläger einlöste; dann zerschlugen sich die Verhandlungen. Der Käufer verlangte den Scheckbetrag als Schadenersatz und ließ auf Grund Arrestes die Maschine pfänden, die ihm bei noch bestehendem Bedürfnis für 1400 RM Höchstgebot schließlich zugeschlagen wurde. Das OLG. Celle wollte ihm von seiner Forderung nur diese 1400 RM abziehen; mit Recht hält das RG. den § 249 BGB. für verletzt: nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge führte die schädigende Handlung der Beklagten zur Zwangsvollstreckung grade in ein Stück, nach dem sonst kaum Nachfrage besteht, und zu einer *Verschleuderung an den Käufer*; adäquater ursächlicher Zusammenhang ist damit gegeben. Kläger kann zwar das Risiko fehlender Mängelhaftung im Zwangsverkauf und sonstige Preisminderungen abziehen; im übrigen *muß er sich aber den erlangten Vorteil anrechnen lassen*.

Jeder ehrbare Kaufmann wird dieses entwicklungsfähige Urteil, an dessen Grundgedanken festgehalten werden muß, begrüßen.

Juristische Nachrichten

Entlassung wegen Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Partei. Zu der Entscheidung des *Reichsarbeitsgerichts*, die wir in Nr. 52 von 1931 von „R. u. L." mitteilten, werden jetzt die Entscheidungsgründe bekanntgegeben. Die Revisionsinstanz hatte das Urteil des Landesarbeitsgerichts aufgehoben, das die Klage eines von der Schutzpolizei wegen nationalsozialistischer Betätigung *vertragsmäßig* entlassenen Arztes abgewiesen hatte. § 118 Abs. 1 Satz 2 der Reichsverfassung, dessen Verletzung der Arzt behauptete, greife auch in das vertragsmäßige Kündigungsrecht ein, aber nur wenn die Kündigung sich als Willkürakt darstellt. Hierfür genüge es aber nicht, daß die Polizei nur der subjektiven, vielleicht unbegründeten Auffassung gewesen ist, die Partei, zu der der Kläger gehört, erkenne die bestehende Ordnung nicht an. Es komme vielmehr darauf an, ob sie nach den zur Zeit der Kündigung gegebenen tatsächlichen Verhältnissen berechtigterweise zu der Auffassung gelangen konnte, die N. S. D. A. P. verfolge das Ziel des gewaltsamen Umsturzes des bestehenden Staates. War das der Fall, so bedeutete die dem Kläger ausgesprochene Kündigung, auch wenn sie wegen der politischen Meinungsäußerung erfolgt war, nicht einen Akt der Willkür oder des Mißbrauchs des vertragsmäßigen Kündigungsrechts und wurde von Art. 118 Abs. 1 Satz 2 RVerf. nicht betroffen. Andernfalls ist die Kündigung als gegen Art. 118 Abs. 1 Satz 2 RVerf. verstoßend und als nach § 134 BGB. nichtig zu erachten. Um eine Entscheidung hierüber zu treffen, bedarf es weiterer tatsächlicher Feststellungen durch das LAG. (RAG. 41/31 — 19. Dezember 1931.) — Auf diese Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts ist inoffiziell hingewiesen worden, um zu begründen, daß die Einstellung von Angehörigen der N. S. D. A. P. in die Reichswehr nicht abgelehnt werden könne. Jedoch darf der Unterschied, der zwischen der Ausübung eines vertragsmäßigen Kündigungsrechts und der Aufnahme in die dem Schutz des Staates dienende Wehrmacht besteht, nicht übersehen werden. Dabei mag hier dahingestellt bleiben, ob die grundsätzliche Auffassung des Reichsarbeitsgerichts, daß die Ausübung eines vertragsmäßigen Kündigungsrechts gegen verfassungsmäßige Grundsätze verstoßen kann, überhaupt juristischer Nachprüfung standhält.

Die Vierte Notverordnung ist jetzt auch der Guttentagschen Sammlung in einer erläuterten Textausgabe angegliedert worden. Eine Einleitung von Dr. Alexander *Elster* weist auf ihre Bedeutung und Gefahren hin. In ihre Erläuterung teilen sich mehrere praktische Juristen, die mit den einzelnen Gebieten besonders vertraut sind. (364 Seiten.) — Auf die privatrechtlichen Vorschriften der Notverordnung beschränkt sich der Kommentar, den RA. Dr. Hans *Rosenfeld* herausgibt (Verlag Vahlen; 191 Seiten). Auch er sucht die Fragen, zu denen der Text Veranlassung gibt, und die zum Teil seit den ersten Tagen nach der Veröffentlichung Gegenstand lebhaften Streites geworden sind, der Lösung zuzuführen. — Von den Einzelausgaben der verschiedenen Abschnitte, die im gleichen Verlag erscheinen, liegt der die Zinssenkung betreffende, von Staatssekretär *Schlegelberger* herausgegebene in dritter Auflage, der von Min.-Rat Dr. *Jonas* herausgegebene Abschnitt „Zwangsvollstreckung" in zweiter Auflage vor. Jene bringt u. a. die Vereinbarungen über die Geldmarktzinsen, diese die Durchf.VO. vom 30. Januar. Die Zwangsvollstreckungsmaßnahmen behandelt ferner ein ausführlicher Kommentar von RA. Ed. *Friedländer* und AG.-Kalkulator *Pasche* (Carl Heymanns Verlag, 77 S.). Im gleichen Verlag ist ein Stichwortverzeichnis über das gesamte, jetzt geltende Reichsnotverordnungsrecht von dem JR. im preußischen Just.-Min. *Klee* erschienen. — Einen sehr dankenswerten Ueberblick über das jetzige *Mietrecht*, wie es sich auf Grund der letzten Verordnungen stellt, gibt RA. *Brumby* teils in Form eines Kommentars, teils in systematischer Darstellung (Verlag „Die Grundstücks-Warte", 86 S.).

Der Vorstand der Berliner Anwaltskammer legt seinen Geschäftsbericht über das Jahr 1931 vor. Die Zahl der Berliner Anwälte hat sich auf 3251 vermehrt, 38 von ihnen haben das Recht, sich als „Fachanwälte" zu bezeichnen. Die Statistik der Vorstandsgeschäfte enthält manche bemerkenswerte Ziffer. Die Zahl der Eingänge betrug über 31 000, die Zahl der im Geschäftsjahr eingegangenen Beschwerden über 5000. Ehrengerichtliche Anklagen wurden gegen 74 Rechtsanwälte erhoben, gegen 59 erging ein Urteil, und zwar 6 davon auf Ausschließung. Die Ausgaben des Unterstützungsfonds überstiegen 117 000 Mark. Nicht weniger als 186 aktive Anwälte reichten Gesuche um Unterstützung ein.

Die *ordentliche Kammerversammlung* findet Sonnabend, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Reichswirtschaftsrat, Bellevuestraße 15, statt.

Zum Calmette-Prozeß. Die Plädoyers der Staatsanwälte sind nach dem Stenogramm von H. Heyen im Wortlaut veröffentlicht worden. (Verlag Albrecht u. Vorkamp in Lübeck.)

Keine Pflicht des Vorgesetzten zur Anzeige strafbarer Handlungen eines Beamten. Zu der im Sklarek-Prozeß viel erörterten Frage, ob der Magistrat verpflichtet gewesen wäre, strafbare Handlungen seiner Untergebenen, die ihm zur Kenntnis gekommen waren, der Staatsanwaltschaft anzuzeigen, ist eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 13. November 1931 (RGZ. Bd. 134 S. 168) von Interesse. Es heißt hier: „Es ist keineswegs Aufgabe jeder Behörde und jedes Beamten, zu seiner Kenntnis gelangende strafbare Handlungen anzuzeigen. Eine solche Verpflichtung liegt dem Vorgesetzten auch dann nicht ob, wenn es sich um Straftaten eines ihm untergebenen Beamten handelt. Welche Schritte er tun will, wenn er von einer solchen erfährt, hängt von seinem pflichtmäßigen Ermessen ab. Zuweilen wird schon das von ihm zu wahrende Interesse seiner Verwaltung eine Nichtanzeige als geboten erscheinen lassen. Aber auch eine billige Rücksichtnahme auf die Belange des schuldigen Beamten ist nicht immer ausgeschlossen und kann den Vorgesetzten unter Umständen veranlassen, von einer Anzeige abzusehen, ohne daß ihm das als Pflichtverletzung ausgelegt werden müßte."

Die nächste Abgeordnetenversammlung des Deutschen Anwaltvereins findet am 16. und 17. April in Leipzig statt. Die Zahl der Abgeordneten hat durch die soeben erfolgten Wahlen eine nicht unerhebliche Vermehrung erfahren. Dies ist sowohl auf den Zuwachs der Anwaltschaft seit 1927 sowie auf die erhöhte Wahlbeteiligung zurückzuführen.

Juristische Gesellschaft. Freitag, 12. Februar, 8 Uhr, Ingenieurhaus, LandGerDir. Dr. *Neumann*: „Die Voruntersuchung im Lichte der Rechtsvergleichung."